



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

72. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 9. März 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Fragestunde**

– Drucksache 4/2142 –	4267
Dr. Ulrich Born, CDU.....	4267
Minister Erwin Sellering	4267, 4268
Andreas Petters, CDU.....	4267
Rainer Prachtel, CDU.....	4268

Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS:
**Entwurf eines Zweiten Gesetzes
zur Änderung der Verfassung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern**
(Erste Lesung)

– Drucksache 4/2118(neu) –	4268
Volker Schlotmann, SPD.....	4268
Dr. Armin Jäger, CDU	4270
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS.....	4271
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	4272
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS	4273
B e s c h l u s s	4274

Unterrichtung durch die Landesregierung:

**Fortschreibung des Landesaktionsplanes
zur Bekämpfung von Gewalt gegen
Frauen und Kinder**

– Drucksache 4/1835 –	4274
-----------------------------	------

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**

– Drucksache 4/2140 –	4274
Dr. Margret Seemann, SPD	4274
Maika Friemann-Jennert, CDU	4276
Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS	4278
B e s c h l u s s	4280

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Konversion in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/1486 –	4280
-----------------------------	------

Unterrichtung durch die Landesregierung:

**Bericht über die weitere Ausgestaltung der
Konversion in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/2039 –	4280
-----------------------------	------

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses**

– Drucksache 4/2138 –	4280
Andreas Petters, CDU.....	4280
Minister Dr. Otto Ebnet	4281
Thomas Schwarz, SPD	4282
Dr. Ulrich Born, CDU.....	4282
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS.....	4283
B e s c h l u s s	4285

Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
**Reduzierter Mehrwertsteuersatz für
das Hotel- und Gaststättengewerbe**

– Drucksache 4/2120 – 4285

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/2147 – 4285

Detlef Müller, SPD..... 4285

Egbert Liskow, CDU 4286, 4290

Minister Dr. Otto Ebnet 4287

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS..... 4288

Ute Schildt, SPD 4289, 4290

Andreas Petters, CDU..... 4290, 4291, 4292

Dr. Ulrich Born, CDU..... 4291, 4292, 4293

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS 4292, 4293

B e s c h l u s s..... 4293

Antrag der Fraktionen
der Linkspartei.PDS und SPD:
**Kommission „Lebenslanges Lernen
in Mecklenburg-Vorpommern“**

– Drucksache 4/2119 – 4294

Antrag der Fraktion der CDU:
**Enquetekommission „Zukunft der Erziehung
und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“**

– Drucksache 4/2126 – 4294

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS ... 4294, 4306

Dr. Armin Jäger, CDU 4297, 4315

Heike Polzin, SPD 4299, 4316

Torsten Renz, CDU... 4301, 4310, 4319, 4320, 4321

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann 4309

Ministerin Dr. Marianne Linke 4311

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS..... 4313

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS..... 4320

B e s c h l u s s..... 4321

Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
**Biokraftstoffe müssen
wettbewerbsfähig bleiben!**

– Drucksache 4/2121 – 4321

Ute Schildt, SPD 4321

Minister Dr. Wolfgang Methling 4322

Renate Holznagel, CDU 4324

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS 4325

Lilly Kühnel, SPD..... 4326

Rudolf Borchert, SPD 4326

B e s c h l u s s..... 4328

Antrag der Fraktion der CDU:

**Berufsschulkonzept für
Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/2129 – 4329

Torsten Renz, CDU 4329

Antrag der Fraktion der CDU:

**Großbildleinwände zur Fußballwelt-
meisterschaft 2006 in den Innenstädten
von Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen**

– Drucksache 4/2124 – 4331

Egbert Liskow, CDU 4331, 4333

Minister Dr. Wolfgang Methling 4331, 4334

Detlef Müller, SPD 4333

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS..... 4334

Lorenz Caffier, CDU 4335

Nächste Sitzung

Freitag, 10. März 2006 4335

Beginn: 9.01 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 72. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7: Fragestunde**. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/2142 vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/2142 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Justizministers. Ich bitte den Abgeordneten Herrn Dr. Born, Fraktion der CDU, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung:

1. Entspricht es den Vorstellungen der Landesregierung von einer funktionsfähigen Sozialgerichtsbarkeit, wenn drei von vier Vorsitzendenstellen einschließlich der Präsidentenstelle längerfristig nicht besetzt sind?

Minister Erwin Sellering: Herr Dr. Born, ich habe schon im Rechtsausschuss von mir aus zu dem gesamten Komplex in nichtöffentlicher Sitzung ausführlich berichtet und ich kann zu dieser Frage ein ganz eindeutiges Nein sagen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Herr Minister, könnten Sie dem Hohen Haus erklären, warum die Besetzung dieser Stellen aus Ihrer Sicht so bedeutend ist?

Minister Erwin Sellering: Diese Zusatzfrage entspricht der Frage 1 von Herrn Petters. Wenn Sie einverstanden sind, würde ich die jetzt schon beantworten.

Das ist auf das laufende gerichtliche Konkurrentenstreitverfahren zurückzuführen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage? (Zustimmung)

Herr Minister, wären Sie bereit, mir zuzugestehen, dass ich meine Frage dahingehend gestellt habe, dass ich von Ihnen gerne wissen wollte, warum Sie die Besetzung der Präsidentenstelle und der weiteren Vorsitzendenstellen für wichtig erachten?

Minister Erwin Sellering: Selbstverständlich ist es richtig, dass an einem Gericht, an dem vier Vorsitzendenstellen eingerichtet sind, möglichst alle diese vier Vorsitzendenstellen besetzt sind. Mein gesamtes Trachten in der Vergangenheit ist darauf gerichtet gewesen, das möglichst ohne die geringste Vakanz zu gewährleisten.

Dr. Ulrich Born, CDU: Darf ich die zweite Frage stellen? (Zustimmung)

Herr Minister, die zweite Frage lautet:

2. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Nichtbesetzung der Stellen und justizpolitischen Vorstößen des Justizministers zur Zusammenlegung verschiedener Gerichtsbarkeiten?

Minister Erwin Sellering: Nein, die gibt es nicht. Lediglich bei der Besetzung der Stelle des Präsidenten ist in

die Überlegungen, zu welchem Zeitpunkt die Ausschreibung erfolgen sollte, zusätzlich eingeflossen, dass Ende 2004/Anfang 2005 eine rasche Zusammenlegung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit zum damaligen Zeitpunkt möglich erschien. Vor diesem Hintergrund ist die zum 1. Februar 2005 frei werdende Stelle zunächst nicht ausgeschrieben worden, sondern erst einige Monate nach ihrem Freiwerden, nämlich Anfang Mai.

Dr. Ulrich Born, CDU: Gestatten Sie eine Zusatzfrage? (Zustimmung)

Herr Minister, kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass Sie einstweilen von den ursprünglichen Vorstellungen der Zusammenlegung der beiden Gerichtsbarkeiten Abstand genommen haben?

Minister Erwin Sellering: Ich habe gesagt, die Stelle wurde zum 1. Februar 2005 frei. Von dem Freiwerden bin ich unterrichtet worden im Dezember 2004 durch einen entsprechenden Antrag des Präsidenten, dass er nicht wie geplant erst im Oktober 2005 altersbedingt aus dem Amt scheidet, sondern einen Antrag stellt, das vorher zu machen, sodass da die Frage war, wie wir darauf reagieren. Zu dem Zeitpunkt, wie gesagt, sah es aus, als ob es im Bund zu einer Lösung käme. In den folgenden zwei, drei Monaten hat sich herausgestellt, dass das nicht zu erwarten ist. Deshalb gehe ich im Moment davon aus, dass dieses Thema völlig erledigt ist.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe nun die **Fragen 3 und 4** des Abgeordneten Andreas Petters, Fraktion der CDU, auf.

Andreas Petters, CDU: Guten Morgen, Herr Minister.

Minister Erwin Sellering: Guten Morgen, Herr Petters.

Andreas Petters, CDU: Die Frage lautet:

3. Worauf ist zurückzuführen, dass bei dem Landessozialgericht die Präsidentenstelle und zwei weitere Vorsitzendenstellen nicht besetzt sind?

Minister Erwin Sellering: Ich hatte gerade schon ausgeführt, dass wir versucht haben, die Vorsitzendenstellen möglichst schnell zu besetzen, und sie auch frühzeitig ausgeschrieben haben. Die Verzögerung von zwei, drei Monaten beim Präsidenten habe ich gerade erklärt. Die Nichtbesetzung ist darauf zurückzuführen, dass wir in allen Bereichen Konkurrentenstreitverfahren haben, die andauern.

Andreas Petters, CDU: Kann ich die nächste Frage stellen? (Zustimmung)

4. Seit wann sind diese Stellen beim Landessozialgericht nicht besetzt und wann soll die Besetzung erfolgen?

Minister Erwin Sellering: Die Stelle des Präsidenten ist seit dem 01.02.2005 nicht besetzt. Der Vorsitzende des einen Senats wird seit dem 1. Januar 2005 nicht wahrgenommen. Die andere Vorsitzendenstelle ist seit dem 1. Februar 2006 unbesetzt. Die Besetzung soll selbstverständlich so rasch wie möglich erfolgen, sobald dies rechtlich möglich ist.

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Rainer Prachtl von der Fraktion der CDU, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Minister, ich stelle jetzt die fünfte Frage:

5. Wann und mit welchen Bewerbern haben die Vorstellungsgespräche für die Präsidentenstelle stattgefunden und wer hat für das Justizministerium an diesen Gesprächen teilgenommen?

Minister Erwin Selling: Die Vorstellungsgespräche haben am 24. August 2005 stattgefunden. Dazu sind sämtliche Bewerber eingeladen worden und nacheinander sind mit ihnen Gespräche geführt worden. Auf Seiten des Justizministeriums nahmen teil der Minister, der Abteilungsleiter I und der Personalreferent. Der Staatssekretär war wegen Urlaubs verhindert, an diesem Termin teilzunehmen.

Rainer Prachtl, CDU: Ich darf noch eine Zusatzfrage stellen.

Herr Minister, sind diese von Ihnen eben genannten Personen bei allen Bewerbern dabei gewesen oder ist das unterschiedlich gewesen? Wenn das unterschiedlich gewesen wäre, wäre eine objektive Beurteilung kaum möglich gewesen. Wie hat sich das abgespielt?

Minister Erwin Selling: Die genannten Personen sind bei allen Gesprächen dabei gewesen, genau die gleiche Besetzung bei allen Gesprächen.

Rainer Prachtl, CDU: Gut. Dann darf ich die sechste Frage stellen:

6. Inwieweit sind Empfehlungen des Präsidialrates bei der Besetzung der Vorsitzendenstellen berücksichtigt worden?

Minister Erwin Selling: Der Präsidialrat ist wie gesetzlich vorgeschrieben jeweils um seine Stellungnahme gebeten worden und diese Stellungnahme ist bei der endgültigen Entscheidung berücksichtigt worden.

Rainer Prachtl, CDU: Gut. Danke.

Minister Erwin Selling: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, meine Herren.

Ich mache in diesem Zusammenhang, da es offensichtlich immer noch Unsicherheiten gibt, noch einmal auf Paragraph 65 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung aufmerksam. Ich zitiere: „Der Fragesteller ist berechtigt, nach der Beantwortung seiner Fragen bis zu 2 Zusatzfragen zu stellen.“ Sie brauchen also diese Frage hier nicht noch einmal zu formulieren.

(Rainer Prachtl, CDU: Das war meine Jungferfrage, Frau Präsidentin. Ich bin seit 16 Jahren dabei und habe die erste Zusatzfrage gestellt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das war allgemein. Das ist offensichtlich eine Unsicherheit bei einer Reihe von Abgeordneten bei den letzten Fragestunden gewesen. Deswegen weise ich noch einmal ausdrücklich darauf hin: Sie können, ohne dass Sie das beantragen müssen, zwei Zusatzfragen stellen, wenn Sie Fragender sind.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/2118(neu).

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Erste Lesung)

– Drucksache 4/2118(neu) –

Das Wort zur Einbringung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Vorsitzende der Fraktion der SPD Herr Volker Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Verfassung oder, sagen wir mal so, die Verfassung ist, denke ich, mit das höchste Gut, das wir zu vertreten, umzusetzen und in die Bevölkerung zu tragen haben. Deswegen freue ich mich, dass wir doch so zahlreich bei dem Thema hier anwesend sind.

„Keine Verfassung kann ohne Kompromiss existieren.“ Meine Damen und Herren, das hat einmal der frühere Reichskanzler Otto von Bismarck gesagt und er hat damit Recht gehabt. Ich erlaube mir zu sagen, damit zumindest hat er Recht gehabt.

Meine Damen und Herren, die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern trat 1994 in Kraft. Dem war, so wissen noch viele hier im Hause, eine intensive und, wie sich nachher gezeigt hat, sehr sorgfältige Beratung vorausgegangen. Am Ende des Jahres 2004 gab es einen Festakt zum zehnjährigen Bestehen dieser Verfassung. Ich habe damals einen Satz unseres Kollegen Rainer Prachtl zitiert, der, wie er gerade selber sagte, heute – man redet ja nach 16 Jahren doch immer wieder etwas Neues – entjungfert wurde mit seiner eigenen Frage vorhin.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich bitte, das jetzt nicht falsch zu interpretieren.

Ich habe damals in dieser Festveranstaltung einen Satz vom Kollegen Prachtl zitiert, der es durchaus wert ist, auch in dieser Debatte heute noch einmal erwähnt zu werden. Sie, Kollege Prachtl, haben als damaliger Landtagspräsident am 12. Mai 1993 in diesem Landtag Folgendes gesagt: „In Mecklenburg-Vorpommern wollen wir den Weg gehen, eine Verfassung im vollen Sinne des Begriffs zu schaffen, die sich an Herz und Verstand der Bürgerinnen und Bürger richtet, von ihnen aufgenommen und mitgetragen wird ...“ Ich habe schon anlässlich dieses Festaktes festgestellt, dass Herr Prachtl damit eine hohe, eine sehr hohe Messlatte für unsere Verfassung in Mecklenburg-Vorpommern angelegt hat. Ich bin nach wie vor der Ansicht, dass wir gemeinsam diese Latte nicht gerissen haben.

Ich habe anlässlich des Festaktes auch gesagt, dass Herr Prachtl uns damit eigentlich aus der Seele sprechen sollte als Politiker jenseits von Ideologie, jenseits von Partei- und Fraktionszugehörigkeit, weil ich denke, das ist die Anforderung, die auch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes an uns haben, und zwar zu Recht.

Meine Damen und Herren, ich habe soeben ganz bewusst von „unserer“ Landesverfassung gesprochen. Da-

mit beziehe ich ganz bewusst alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen ein und darüber hinaus aber vor allem die Menschen dieses Landes. Und gerade deshalb ist es richtig und gut, dass alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen sich auf den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf verständigt haben. Ich möchte dazu anmerken: So manche Sitzung des Hohen Hauses, und das sage ich ganz selbstkritisch, hätte von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schlechte Haltungsnoten bekommen, und das gilt für uns alle, weil es immer wieder mal in Landtagssitzungen – ich sage jetzt mal – jenseits dessen, was wir eigentlich hier gemeinsam tun sollten, Entgleisungen gibt. Ich sage es noch einmal: Das gilt für uns alle. Ich denke, die Einzigen, die daran Freude haben – und wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten damit weiterhin beschäftigen –, die sich darüber freuen, sind die Feinde dieser Demokratie. Das sollten wir bei allen Auseinandersetzungen, und seien sie in der Sache noch so hart, hier im Parlament immer bedenken. Das, was wir hier tun, wird zum Beispiel über das Internet live übertragen und wir wissen, dass es einige – ich sage das einmal so – Schurken gibt, die das sehr genau auswerten. Wir werden analysiert und es wird flächendeckend verbreitet, was wir hier so treiben. Deswegen sollten wir Gemeinsamkeiten dort suchen, wo es Not tut. Profilschärfen, auch für Wahlkämpfe, sollten wir in der Sache tun, aber nicht in der Form und im Stil. Das wäre meine Bitte an uns alle.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Gerade in diesem Sinne begrüße ich es ausdrücklich, Herr Jäger, dass die CDU-Fraktion sich in der vergangenen Woche entschlossen hat, mit uns gemeinsam diesen Antrag einzubringen. Dafür möchte ich mich persönlich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Das ist ein gutes Signal nach draußen und das sollten wir auch gemeinsam nach draußen tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, die drei Fraktionsvorsitzenden haben seit einigen Monaten sehr konstruktive, offene und konsensorientierte Beratungen zu dem Thema „Änderung der Verfassung“ geführt. Ich sage hier ausdrücklich: Keine Idee einer anderen Fraktion wurde einfach mit einem Federstrich zur Seite gewischt. Nein, jeder Vorschlag wurde ernsthaft diskutiert, wurde geprüft, abgewogen und letztendlich entschieden.

Ich habe es auch als sehr positiv empfunden, dass die Verabredung zwischen uns gehalten hat und immer noch hält, dass die Punkte, die letztendlich keine Aufnahme in diesen Gesetzentwurf gefunden haben, nicht in die Öffentlichkeit gebracht worden sind nach dem Motto, wir hätten ja ganz gerne noch das und das gehabt, aber da haben die anderen nicht mitgemacht, denn hier gilt das, was ich vorhin zu unserer Wirkung nach außen gesagt habe. Deshalb werden Sie von mir hier heute auch kein einziges Wort dazu vernehmen, von wem der eine oder andere Punkt aus dem Gesetzentwurf stammt. Ich bin der Überzeugung, nicht die Urheberschaft eines Punktes in diesem Entwurf ist wichtig, sondern die Einigung zum Gesamtgesetzentwurf.

Meine Damen und Herren, vielleicht gibt es den einen oder anderen, der angesichts der überschaubaren Anzahl von Änderungen auf die Idee kommen würde, dass das nicht gerade der große Wurf sei. Meine Damen und Her-

ren, dem würde ich entgegenhalten: Der große Wurf ist nicht diese Änderung oder dieser Entwurf für die Änderung der Landesverfassung, sondern das ist die Landesverfassung selbst. Das ist der große Wurf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aus der Zustimmung leite ich ab, wenn wir alle dieser Auffassung sind, dass die geltende Landesverfassung so gut war und ist, bedarf es eben nur punktueller Änderungen. Dass nach über zehn Jahren nur eine Änderung vorgenommen wurde, nämlich die Einführung des Konnexitätsprinzips,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Das war sehr gut.)

übrigens auch gemeinsam, daran möchte ich erinnern, und wir jetzt diesen Gesetzentwurf gemeinsam beraten, zeigt doch überdeutlich, wie gut unsere Verfassung ist. Deshalb, meine Damen und Herren, bedarf es keiner grundlegenden Revision dieser Verfassung.

Geändert werden sollen in der Verfassung Punkte, wo die Wirklichkeit tatsächlich gezeigt hat, dass sich Gesellschaft und Politik weiterentwickelt haben. Ich will die zu ändernden Punkte nur kurz darstellen:

Erstens. Mit der Einführung des Tierschutzes in die Landesverfassung findet eine jahrelange Debatte ein Ende und wir vollziehen hier im Land das, was seit einigen Jahren auch schon im Grundgesetz steht.

Zweitens. Wir erweitern den dringend erforderlichen Schutz von Kindern und Jugendlichen. Meine Damen und Herren, gerade die sehr bedrückenden und traurigen Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, wie erforderlich, sinnvoll und notwendig die Ergänzung unserer Verfassung dahingehend ist, dass Kinder gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen sind. Damit sind die Probleme natürlich noch lange nicht gelöst. Aber wir halten es trotzdem für sehr wichtig, dass wir uns auf diese neue Regelung in der Landesverfassung verständigt haben, weil wir denken, damit geht ein deutliches Zeichen und Signal nach draußen.

Drittens. Einen deutlichen Akzent setzen wir auch mit dem neuen Artikel 17 a, mit dem wir den notwendigen Schutz von Menschen mit Behinderung hervorheben, indem wir dafür ganz bewusst einen eigenen Artikel einfügen.

Viertens. Wir werden die Wahlperiode des Landtages von vier auf fünf Jahre verlängern, ein Punkt, den es in zahlreichen anderen Bundesländern bereits gibt. Auch auf Bundesebene laufen dazu Gespräche. Ich finde das richtig. Angesichts der Wochen und Monate andauernden Phase der Konstituierung nach einer Wahl und den Monaten vor einer Wahl schafft die Verlängerung der Wahlperiode einfach mehr Zeit für die tatsächlich im Parlament zu leistende Arbeit und die Kontinuität dieser Arbeit.

Fünftens. Wir wollen die Quoren für Volksbegehren senken von derzeit 140.000 auf dann 120.000. Damit geben wir zwei Dingen Recht: Einmal geben wir ein Signal für mehr demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

andererseits reagieren wir damit auch auf die demografische Entwicklung in diesem Land, die wir nicht einfach ignorieren dürfen.

Aus der Erfahrung der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes – da wissen wir alle, denke ich, wovon ich rede – passen wir zum einen die Amtsdauer an die bundesgesetzlichen Vorgaben auf zwölf Jahre an und wir nehmen eine Korrektur im Nominierungsverfahren vor.

Zu diesem Gesetzentwurf gehören natürlich weitere einfache gesetzliche Änderungen, die sich aus den Verfassungsänderungen ergeben.

Meine Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass wir hier und heute den Gesetzentwurf in Erster Lesung beraten. Alle Fraktionen haben den Willen bekundet, in der Junisitzung und damit in der letzten regulären Landtagssitzung in dieser Wahlperiode diese Verfassungsänderung noch abschließend zu beraten. Wir setzen damit ein Signal, dass alle drei Fraktionen nicht nur beim Thema Rechtsextremismus, sondern auch bei diesem schwierigen Thema, der Verfassung, in der Lage sind, sachlich und ergebnisorientiert zusammenarbeiten zu können. Da hat sich – das ist meine ganz persönliche Auffassung – in den zurückliegenden Monaten durchaus eine andere Kultur des gemeinsamen politischen Arbeitens in diesem Landtag ergeben. Es war in den ersten Jahren durchaus nicht selbstverständlich, dass so interfraktionell zusammengearbeitet wird und dann auch noch gemeinsam Anträge eingebracht werden. Diese Blockade, denke ich, ist zumindest punktuell überwunden. Das ist gut für uns, das ist gut für dieses Land. In diesem Sinne möchte ich Ihnen danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Herr Schlotmann, zunächst herzlichen Dank, dass Sie auf die Rolle hingewiesen haben, die Rainer Prachtl gespielt hat, die dazu geführt hat, dass wir heute gemeinschaftlich eine Verfassungsänderung einbringen. Ich sage, er war auch einer der wenigen, eigentlich der Einzige, der sich das Recht herausnehmen durfte, uns dazu anzuregen. Blicken wir zurück: Man redet so gerne von solchen Vergleichen wie Väter der Verfassung, aber hier passt es.

Was mir gut gefallen hat, Kollege Schlotmann, war, dass wir es gemeinsam ermöglicht haben, dass wir heute sagen können, diese Verfassungsänderung bringen alle drei Fraktionen ein. Ich weiß, dass dazu Gespräche notwendig waren, und ich muss sagen, wenn Sie nicht gewollt hätten, hätte es nicht geklappt. Herzlichen Dank! Sie haben etwas getan, was ich von Ihnen erbeten habe und was meine sehr große Hochachtung herausfordert. Dieser Gesetzentwurf trägt die Handschrift von allen drei Fraktionen. Das haben Sie richtig gesagt. So war es auch gewollt. Die Gespräche, an denen zunächst mein Amtsvorgänger Eckhardt Rehberg beteiligt war und die ich erst im November übernehmen durfte, haben gezeigt, dass man, wenn man will, auch kann.

Sie haben einige Aspekte herausgenommen und es liegt in der Natur der Sache, dass bei der Wertung dessen,

was wir jetzt gemeinsam tun, auch die Schwerpunkte sicher unterschiedlich gesehen werden. Der Kernpunkt war – und da sind wir uns einig –, dass wir in die Überlegung eingetreten sind, ob man vier oder fünf Jahre Wahlzeit eines Parlamentes haben will. Ein Teil unserer damaligen Gründe dafür hat sich erledigt, weil in dem Jahr, in dem wir beraten haben, die Bundesregierung eine Wahl herbeigeführt hat – ich sage das jetzt erst einmal wertfrei –, nämlich des Deutschen Bundestages, und damit wurde diesem Land automatisch ein Auseinanderfallen von Landtags- und Bundestagswahl beschert. Aber es ist sicher auch richtig, was in der Literatur, aber auch in unserer eigenen Praxis zu bemerken ist: Es dauert eine Zeit, bis ein Landtag nach einer Wahl tatsächlich arbeitsfähig ist, und, wie wir gemeinsam sehen, es dauert auch eine Zeit, die der Landtag sich selber verordnet, in der er große Entscheidungen nicht mehr trifft, nämlich kurz vor Wahlen. Die Zeit, in der wir in voller Kraft und auch in voller Entscheidungsfreude etwas tun, ist nach der Auffassung unserer drei Fraktionen und von allen, glaube ich, bei vier Jahren doch sehr kurz bemessen. Wir erleben das gerade in diesen Tagen. Deswegen ist es gut, dass wir uns so verständigigen.

Ich sagte, die Handschrift von drei Fraktionen ist deutlich. Sicher ist, dass wir uns daran halten werden, dass es Vorschläge gab, dass diese gleichwertig behandelt wurden und dass wir gesagt haben, dies ist nun wirklich kein Thema, wo man sagen kann, da sind wir die Gewinner und andere Verlierer und umgekehrt. Das muss möglich sein. Wenn man das nicht einhält, kann ein solches Verfahren nicht durchgeführt werden.

Dennoch sage ich, mir persönlich ist es ganz wichtig, dass wir in einem Bereich, wo Menschengruppen keine Lobby haben, obwohl das immer so gesagt wird, etwas in die Verfassung geschrieben haben. Das sind für mich die Kinder und das sind natürlich auch die Senioren. Ich habe selber erlebt bei einer Diskussion, und das ist schon erstaunlich, dass das bei einer Gruppe von Senioren besonders gewürdigt wurde. Ich habe einfach vorgetragen, woran wir sind, und ich war, ehrlich gesagt, erstaunt, dass Senioren, die sehr aktiv sind, es als eine Anerkennung gerade ihrer Arbeit und ihres Engagements ansehen, dass in diesen Tagen der Landtag in die Verfassung genau ihre besondere Stellung und ihre besondere Funktion hineinschreibt. Ich glaube, wir tun da etwas Gutes.

Und wenn wir von Kindern reden, werden wir das, was wirklich zum Schutz von Kindern getan werden muss, nicht über eine Verfassungsänderung hinbekommen. Das, was uns bedrückt, und zwar wie manchmal mit Kindern umgegangen wird, die schrecklichen Schlagzeilen, die wir auch gerade in den letzten Wochen und Monaten haben lesen müssen, werden wir nicht verändern durch die Verfassung. Aber wenn es stimmt, dass eine Verfassung Wert prägend ist, dann haben wir vielleicht die Chance, mit der besonderen Hervorhebung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen auch eine Bewusstseinsänderung in unserer eigenen Bevölkerung zu erzielen. Wenn ich das richtig sehe, hat es Fälle gegeben, wo man sich hinterher fragt: Hat es keiner gemerkt? Hat denn wirklich keiner etwas beobachtet, was ihm ungewöhnlich erschien?

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich glaube, es ist unsere Aufgabe als Parlament, auch als Verfassungsgesetzgeber, daraus Konsequenzen zu ziehen, denn das Strafrecht schafft es hier nicht. Die straf-

rechtlichen Normen, glaube ich, sind hinreichend und die Strafrechtspflege ist sich hier ihrer Aufgabe auch sehr bewusst. Bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten, glaube ich, gibt es keine Defizite. Wo es offenbar Defizite in unserer Gesellschaft gibt, und da können wir tatsächlich auch mit einer Veränderung von Wertaussagen in der Verfassung etwas verändern, das ist der Bereich des Bewusstseins und der Bereitschaft, auch einmal Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen, wenn man etwas beobachtet, und selbst auf die Gefahr hin, dass man einen unberechtigten Verdacht hat, bestimmte Dinge zu tun. Ich glaube, das ist gut.

Zum Volksbegehren: Eigentlich tun wir etwas, was ein Stück überfällig war. Die Demografie schreibt auch hier ihre eigenen Züge in die Verfassung, denn wenn man nachrechnet, und das haben wir alle drei getan, dann ist die Reduzierung von 140.000 auf 120.000 beim Quorum für ein Volksbegehren nichts anderes, als dass wir den Prozentsatz, der damals anlag, um auf 140.000 zu kommen – das haben die Väter der Verfassung natürlich nicht getan, sie haben nicht gesagt, wir nehmen einen Prozentsatz, aber nur um zu belegen, dass wir hier eigentlich auch eine logische Folgerung ziehen, dieser Prozentsatz ist so, dass wir heute bei 120.000 sind –, anpassen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
125.000.)

Ja, richtig, genau. Sie haben es genau gerechnet. Also die in dieser Größenordnung liegen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist für mich etwas wichtig.)

Ich weiß. Das ist, glaube ich, auch richtig so.

Ich will auf ein aktuelles Volksbegehren gar nicht eingehen, aber uns alle gemeinsam auffordern, dass wir sagen, wenn Menschen sich im Rahmen unserer Verfassung und im Rahmen dessen, was wir als Landtag wollen, äußern, wenn ein Volksbegehren ergriffen wird, gestartet wird, vorangebracht wird, dann ist das – und das ist für uns Parlamentsabgeordnete vielleicht eine nicht immer allgemein so getragene Sicht – etwas Gutes, weil nur Menschen, die sich mit dieser Verfassung identifizieren, die sich mit dem Gemeinwesen identifizieren, derartige Initiativen ergreifen, und die verdienen Lob. Es ist sicher eine von Politologen sehr gern betrachtete Frage, wie stark die direkten und wie stark die indirekten Einwirkungsmöglichkeiten in einer Demokratie sein sollen. Aber hier ist es gelebte und praktische Wirklichkeit und ich denke, wir haben hier auch eine gemeinsame Sicht der Dinge gefunden.

Wir glauben, dass es – und da stimme ich vollkommen zu, Herr Schlotmann – ein Wert an sich ist, wenn man an einer Verfassung nicht herumdreht und herumrepariert, sondern wenn man sich darüber Gedanken macht, wie wir Dinge, die damals so nicht erkannt werden konnten, weil sie sich jetzt zwischenzeitlich erst ergeben haben, verändern können. Wir nehmen nichts zurück von der damaligen grundlegenden Entscheidung. Ganz im Gegenteil, diese Verfassungsänderung bestätigt eigentlich die Wertentscheidung, die zu dieser Verfassung geführt hat. Und wenn wir das so sehen, dann, glaube ich, können wir auch sagen, die Verfassung hat sich bewährt. Sie hat sich bewährt und sie hat dazu geführt, dass wir als die – jetzt sage ich mal – Nachfahren derer, die damals diese Verfassung zusammengetragen haben, sagen können: Es gibt nichts Grundlegendes an dieser Verfassung, was zu

ändern ist. Das, was wir heute tun, ist ein Anpassen, und es macht diese Verfassung nur noch ein kleines Stückchen besser.

Lassen Sie mich einen Gedanken, der mir in diesen Tagen doch angebracht erscheint, und den ich bitte, mir nicht übel zu nehmen, noch vortragen: Dieses Modell, von uns über ein Jahr lang hinweg in sehr kollegialer Art und Weise behandelt, in sehr verständnisvoller Art und Weise, ohne einen einzigen Vorschlag von anderen vom Tisch zu wischen und ohne diese manchmal doch von Politikern sehr bevorzugte Haltung „Da haben wir aber wieder Recht behalten“, ist uns kein einziges Mal untergelaufen. Ich würde mich – und das werden Sie von mir erwarten, dass ich das sage – sehr freuen, wenn wir das für ein wichtiges Gesetzesvorhaben in diesem Lande, nämlich die Verwaltungsreform, genauso hätten machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde das schade. Ich weiß, dass Sie das von mir erwarten, weil ich das jetzt seit eineinhalb Jahren so sage, und das ist nichts Neues. Aber es ist an dieser Stelle auch noch einmal eine Möglichkeit, an staatspolitische Vernunft zu appellieren. Man kann nicht grundlegende Entscheidungen in einem Bundesland, grundlegende Entscheidungen, die das Arbeiten und Wirken von gewählten Vertretern, in diesem Fall der kommunalen Vertreter, im Durchzugsverfahren verändern, ohne deren Mitwirkung treffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Das ist nicht gut, meine Damen und Herren. Und wenn das heute ein Signal ins Land ist, dass es gut ist, wenn man lange genug miteinander berät, um dann einvernehmlich hier reden zu können und auch einvernehmlich zu handeln, dann ist mein Appell: Lassen Sie es uns bitte versuchen! Egal, wie dieses Wochenende mit irgendwelchen möglicherweise stattfindenden Parteitagen ausgeht, lassen Sie es uns versuchen! Unsere Verfassung hat auch das verdient, dass wir das den Bürgerinnen und Bürgern draußen zeigen. In den großen Fragen – und da greife ich das auf, was Herr Schlotmann gesagt hat – sollten wir Extremisten zeigen, dass dieses System sehr elegant, sehr effizient und sehr überzeugend als demokratisches System allen anderen Systemen überlegen ist und Macht nur auf Zeit da ist und auch gezügelt werden muss durch die Einsicht, dass man alle bei großen Entscheidungsprozessen mitnehmen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich wünsche den weiteren Beratungen dieser Verfassungsänderung das Klima, das bis zum heutigen Tage geherrscht hat. Und ich wünsche, dass uns das niemand wegnehmen kann. – Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen
Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 14. Mai dieses Jahres jährt sich zum 13. Mal der Tag, an dem die Verfassung des Landes mit Zweidrittelmehrheit im Landtag verabschiedet worden ist. Ich kann von mir sagen – wie Herr

Prachtl, wie Andreas Bluhm –, wir sind damals dabei gewesen. Sie ist dann am 12. Juni 1994 per Volksentscheid, also Volksabstimmung, in Kraft gesetzt worden. Ich kann mich noch ziemlich genau daran erinnern, wie wir gemeinsam parlamentarisch und, Herr Prachtl, besonders außerparlamentarisch über das Ergebnis der Arbeit miteinander diskutiert und gestritten haben.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch Wahlkampf daraus gemacht.)

Für die PDS damals war das ein intensiver demokratischer Lernprozess und wir haben kräftig mitgemischt. Das Ergebnis ist eine moderne Verfassung. Es ist nicht nur ein Organisationsstatut geworden, sondern eine Vollverfassung mit eigenen spezifischen Grundrechten und umfangreichen Staatszielbestimmungen. Und ich sage heute, diese Verfassung hat sich bewährt. Wir wissen heute wie damals um ihren Wert als Verfassung, als Rechtsgrundlage für unser Gemeinwesen, um ihren friedensstiftenden Charakter und ihre Grenzen für staatliche Macht.

Für die PDS und heute Linkspartei.PDS galt es damals wie heute, sich insbesondere dafür einzusetzen, dass es um die Ausgestaltung der demokratischen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern geht, über Volksinitiativen und Volksentscheide. Wir haben uns immer eingesetzt und werden uns immer für die Ausgestaltung sozialer Staatsziele und einklagbarer Grundrechte einsetzen sowie für das Recht auf Arbeit, Wohnen und Bildung streiten. Es ging um weit reichende Grundrechtsbestimmungen, aber wenigstens zwingende Ausgestaltung von Staatszielen.

Ich sage hier auch: Leider haben wir nach wie vor keine Diskriminierungsverbote in unserer Verfassung und auch keine klare antifaschistische Grundregel. Dazu kamen damals unzureichende Festschreibungen zum Schutz und zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen entsprechend der UNO-Kinderrechtskonvention, die wir heute verändern. Und weil dies damals unzureichend war, haben wir 1994 diese Verfassung abgelehnt und wir sind trotzdem seitdem zum Streiter für die Einhaltung der Verfassung und manchmal zur konsequenten Verteidigerin geworden. Trotzdem legt auch meine Fraktion Ihnen heute diesen Kompromiss zur Veränderung der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern vor und die Werthaltigkeit der einzelnen Regelungen wird natürlich unterschiedlich eingeschätzt. Für uns steht an erster Stelle die Verbesserung der demokratischen Teilhabe unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, aber einer klaren Option, Bürgerinnen und Bürger sollen es leichter haben, über Volksbegehren auch entsprechende Veränderungen vorzunehmen. Das gilt auch, wenn die Mehrheiten zusammenkommen für das gegenwärtig laufende Volksbegehren, das legitim ist und Rechte nutzt, die wir gemeinsam in diese Verfassung geschrieben haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich hatte darauf verwiesen, wir verbessern die Rechte zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, wir nehmen den Tierschutz in der Form der Grundgesetzänderung auf und wir betonen das eigenständige Recht und den Schutz für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen. Wir verlängern auch die zukünftige Wahlperiode des Landtages und die Periode der Regierungszeit einer zukünftigen Regierung. Dies war für meine Fraktion nicht die vordringlichste Aufgabe, aber wer das eine will, der darf auch das andere mögen.

Ich bitte Sie deshalb, in dem Wissen um eine sehr heftige Kritik aus meinen eigenen Reihen, diesen Gesetzentwurf in die Ausschüsse zu überweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verfassung unseres Landes gehört zu den wichtigsten Rechtsgrundlagen. Ihre Wirkung reicht in fast alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger hinein. Sie sichert die Regeln für ein freiheitliches, friedliches und soziales Zusammenleben, für den demokratischen Ausgleich der Interessen und die Weiterentwicklung des Landes. Sie gibt unserem Gemeinwesen nicht nur seine rechtliche Grundordnung, sie stellt auch einen Grundkonsens aller politischen Kräfte dar.

Ich glaube, man kann sagen, unsere Landesverfassung hat sich seit ihrem In-Kraft-Treten 1994 in der Praxis von Staat und Gesellschaft bewährt. Sie wirkt effizient und zukunftsorientiert, sie ist geachtet und anerkannt, und darauf können die Väter und Mütter dieser Verfassung – ich schaue auch mal zu Herrn Prachtl hinüber – zu Recht stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Erst zum zweiten Male steht heute eine Verfassungsänderung auf der Tagesordnung des Parlaments. Wir alle sind uns einig, dass wir Verfassungsänderungen nur sehr vorsichtig und sehr sparsam vornehmen dürfen. Eine Verfassung soll sowohl Verlässlichkeit wahren als auch gesellschaftlichem Wandel Rechnung tragen. Und das wollen wir, meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf leisten. Die Bedeutung einer Verfassung für die Gesellschaft und ihre Akzeptanz durch die Gesellschaft hängen maßgeblich davon ab, dass sie auf einem möglichst breiten Konsens beruhen. Deshalb ist sowohl für die Verabschiedung als auch für die Änderung einer Verfassung ein breiter Konsens in Gesellschaft und Politik erforderlich und – ich schließe mich den Vorrednern an – ich freue mich daher, dass dieser Gesetzentwurf von allen drei im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam getragen wird. Er zeigt die Kompromissbereitschaft der im Haus vertretenen politischen Kräfte und macht zugleich die Handlungsfähigkeit dieses Parlaments deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass es uns gelingt, bei gemeinsamen Anliegen über parteipolitische Auseinandersetzungen hinweg an einem Strang zu ziehen – zum Wohle des Landes. Die beabsichtigten Verfassungsänderungen sind das Ergebnis einer offenen, sachorientierten und von allen Seiten verantwortungsvoll geführten Diskussion. Und dafür danke ich allen Beteiligten, insbesondere den Fraktionschefs, ausdrücklich.

Ich begrüße es sehr, Herr Kollege Jäger, dass sich die CDU-Fraktion in der vergangenen Woche doch noch entschieden hat, als Antragsteller mit zu unterzeichnen. Ich

kann allerdings Ihre Kritik an der Verwaltungsreform, die Sie heute hier mit einfließen ließen, nicht teilen. Kein anderes Gesetz haben wir so ausführlich und lange beraten. Zu keinem anderen Gesetz hat es so viele Anhörungen gegeben wie zu der Verwaltungsreform.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
So viele Gegenstimmen.)

Ich hätte mir tatsächlich gewünscht, wenn Sie dort von Anfang an – inzwischen sind Sie auch auf dem Weg, dass eine Verwaltungsreform notwendig ist – konstruktiv mitgearbeitet hätten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir miteinander diskutieren und, wenn es sein muss, auch streiten. Sie erwarten, dass wir miteinander um den besten Weg ringen, aber sie erwarten auch, dass wir miteinander handeln und mit gemeinsamer Anstrengung das tun, was für die Zukunft unseres Landes wichtig und notwendig ist. Das ist unsere Aufgabe. Und dass wir das können, haben wir, glaube ich, alle mit dem vorliegenden Gesetzentwurf bewiesen.

Zu den wichtigsten Inhalten der heute zu beratenden Verfassungsnovelle gehören die Verlängerung der Legislatur auf fünf Jahre sowie die Absenkung des Quorums bei Volksbegehren. Eine Wahlperiode von fünf Jahren verbessert meiner Meinung nach die Möglichkeit, politisches Geschehen längerfristig zu planen und damit wirksamer und kontinuierlicher zu arbeiten. Eine verlängerte Legislatur vergrößert außerdem die Chance, umfangreiche Reformvorhaben zu realisieren. Und ich halte finanzielle und politische Planungssicherheit für eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Politikverdrossenheit und Staatsferne abzubauen und auch das Ansehen der Politiker in der Öffentlichkeit zu verbessern. Unser Ziel ist darüber hinaus die weitere Stärkung der direkten Demokratie. Die geplante Absenkung der Quoren für einen Volksentscheid erleichtert die unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Gesetzgebung auch zwischen den Wahlterminen und das ist gut und richtig. Außerdem wird mit der Absenkung auch der demografischen Entwicklung im Land Rechnung getragen.

Meine Damen und Herren, eine Verfassung ist Richtschnur für demokratisches und staatliches Handeln und zugleich politischer Handlungsauftrag, denn sie vermittelt Ziele und Leitbilder, auf die sich der Staat verpflichtet und auf die sich die Gesellschaft hinbewegen soll. Ein zentrales Leitbild unserer Landesverfassung ist der Schutz der Schwächeren. Das gilt ausdrücklich für den Schutz der Kinder. Aber auch Jugendliche sind heute mit immer mehr Anforderungen konfrontiert, denen sie oft nicht gewachsen sind. Sie brauchen Anleitung, Begleitung, Werte- und Wissensvermittlung, aber auch den Schutz durch Erwachsene, um sich zu eigenverantwortlichen und selbstbewussten Persönlichkeiten zu entwickeln. Der Jugendschutz soll daher in der Landesverfassung gestärkt werden, ebenso wie die Rechte von Kindern und Jugendlichen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft. Die Jugend baut unsere Zukunft und wir wollen sie dabei unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
Linkspartei.PDS, Renate Holznagel, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen, heißt es, und das gilt auch für den besonderen Schutz alter Menschen und Menschen mit Behinderungen. Natürlich gilt das Grundgesetz auch in Mecklenburg-Vorpommern, dennoch ist es vor dem Hintergrund der nach wie vor großen Schwierigkeiten alter und behinderter Menschen und der demografischen Entwicklung wichtig, ihren Schutz noch einmal ausdrücklich als Verfassungsrecht deutlich zu machen und von hier aus ein Signal für ein solidarisches Miteinander zu setzen.

Ein weiteres Anliegen ist die Verankerung des Tier-schutzes in der Verfassung, um den tatsächlichen Schutz des Einzeltieres zu realisieren.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass wir uns alle während der letzten Monate in großer Verantwortung mit den Wünschen zur Änderung der Verfassung auseinander gesetzt haben. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf haben alle Beteiligten einvernehmlich, denke ich, eine gute Lösung gefunden. Dies, meine Damen und Herren, ist ein wichtiges Zeichen für die politische Kultur unseres Landes und es zeigt, nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander liegt die Kraft. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen
Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Linkspartei.PDS.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ist richtig, die Verfasstheit von Mecklenburg-Vorpommern wird durch die Veränderungen, die wir heute auf den Weg bringen wollen, verbessert. Es wurde gemeinsam gestritten, um spezielle Rechte für Kinder, Jugendliche, für sozial Benachteiligte, für Ältere und Behinderte in die Verfassung neu hineinzubringen beziehungsweise ihre Rechte zu verstärken. Und dennoch sage ich, ich hätte mir gewünscht, dass wir gemeinsam den Mut gehabt hätten, nicht nur die Legislaturperiode auf fünf Jahre zu verändern, sondern gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern ein direktes Mitspracherecht zu übergeben, indem wir ihnen über einen Volksentscheid das Recht in die Hand gegeben hätten, zu entscheiden, ob denn die Legislaturperiode vorher beendet werden könnte oder nicht.

(Beifall Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Für mich wäre das ein Zeichen von direkter Demokratie. Richtig ist, wir werden die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Leben behindern, vielleicht vier- oder fünfmal direkt zu sagen, wer im Land Mecklenburg-Vorpommern regieren soll. Und in diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die Debatte um die Auflösung des Bundestages im vergangenen Jahr. Ich kann mich sehr wohl erinnern, dass alle Parteien darüber gesprochen haben, was denn an Grundgesetzänderungen nötig gewesen wäre, um nicht nur eine einzige Möglichkeit zur Auflösung des Bundestages im Auge zu haben, nämlich durch die Vertrauensfrage. Warum nicht die Selbstauflösung des Bundestages? Warum nicht durch die Bürgerinnen und Bürger durch einen Volksentscheid? Wovor haben wir Angst? Dass sie wirklich dieses Recht in die Hand nehmen? Ich hoffe nicht. Das, was wir an Begründungen geben, ist für mich sehr dürftig.

Keine Frage, dass es um die Angemessenheit der Abstände von Wahl zu Wahl unterschiedliche Vorstellungen gibt. Wenn man die demokratischen Wahltraditionen insgesamt betrachtet, sind vier Jahre Wahl- und Amtsperioden in Deutschland wie in Europa, wie in der Welt eher die Normalität. Das sollten wir uns vor Augen halten. Selbst der amerikanische Präsident hat nur zeitlich befristete Mandate. Der Landtag könne in einer längeren Wahlperiode wirksamer und kontinuierlicher agieren, wird uns gesagt. Nur, meine Damen und Herren, ob das Parlament handlungsfähig ist, hängt doch nicht von der Zeit ab, die es hat, das ist wohl eher vor allem eine Frage der Mehrheitsverhältnisse, des Zustandes von Koalitionen, wie auch der Opposition, und nicht zuletzt auch, was für Leute schließlich im Landtag sitzen. Eine kürzere Legislatur übt jedenfalls dahingehend heilenden Einfluss aus, dass vor allem die Abgeordneten der Mehrheit gezwungen werden, frühzeitig und schnell mit der Umsetzung ihres Regierungsprogramms zu beginnen sowie die zeitlich machbaren Schritte abzuleiten. Sie müssen wissen, dass die Zeit gegen sie arbeitet, und umgekehrt hat die Opposition durch Verzögerung die Möglichkeit, ihrerseits schneller zum Zuge zu kommen. Und es geht auch – das sollten wir uns vor Augen halten – nicht allein nur um das Parlament, es geht vor allem um die Exekutive. Im gleichen Zusammenhang haben wir auch ein Jahr mehr die Exekutive und unabhängig davon, wer an der Regierung ist, wird ihre Zeit verlängert.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wenn die Bürgerinnen und Bürger meinen, dass diese Regierung nicht gut ist, haben wir ihnen mit der Verkürzung der Wahlperiode das Recht genommen, dies vorzeitig zu beenden. Ich würde mir wünschen, dass wir in der Debatte um die Frage der Verfassung über diese Frage der direkten Demokratie, also den Bürgerinnen und Bürgern das Recht übergeben, durch einen Volksentscheid selbst zu bestimmen, ob die Wahlperiode verkürzt werden sollte oder nicht, dass wir das vielleicht noch gemeinsam in die Debatte mit einbringen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2118(neu) zur federführenden Beratung an den Rechts- und Europaausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS bei einer Gegenstimme des fraktionslosen Abgeordneten und einer Stimmenthaltung aus der Linkspartei.PDS angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Fortschreibung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder, auf Drucksache 4/1835, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 4/2140.

Unterrichtung durch die Landesregierung: Fortschreibung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder

– Drucksache 4/1835 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses

– Drucksache 4/2140 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Dr. Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 2001 hat die Landesregierung auf Antrag dieses Hohen Hauses einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder vorgelegt. Damit lag erstmals ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder auf verschiedenen Ebenen vor. Dieses Konzept wurde umgesetzt, und das – ich denke, wir können das mit Fug und Recht behaupten – mit gutem Erfolg. Kernstück war die Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes dahingehend, dass Störer bis zu 14 Tagen aus der Wohnung verwiesen werden können. Begleitet durch Erlasse des Innenministers und Schulungen der Polizei wurden die neuen gesetzlichen Möglichkeiten schnell und erfolgreich in die Praxis umgesetzt.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Aufgrund der inzwischen gesammelten Erfahrungen wurde gestern mit der Ersten Lesung zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes das Ziel angestrebt, eine weitere Präzisierung des Paragraphen 52 – dieser betrifft die Wegweisungen – im Sicherheits- und Ordnungsgesetz vorzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass diese Änderung auch so in der Zweiten Lesung beschlossen wird. Zum einen soll hiermit eine Klarstellung vorgenommen werden, sodass aufgrund der ursprünglichen Formulierung, die Polizei könne eine Person – ich zitiere – „bis zu einer richterlichen Entscheidung über zivilrechtliche Schutzmöglichkeiten“ ihrer Wohnung und des unmittelbar angrenzenden Bereiches verweisen, das Problem, eine missverständliche „Tatbestandsvoraussetzung für die Wegweisung“, geändert wird. „Das hieße, das Opfer müsste schon im Moment der Wegweisung entscheiden, zivilrechtlichen Schutz in Anspruch nehmen zu wollen. Dies ist nicht Intention des Gesetzgebers.“ Deshalb soll der Zusatz „bis zu einer richterlichen Entscheidung“ gestrichen und damit klargestellt werden, dass im Falle eines Antrags auf zivilrechtlichen Schutz nach dem Gewaltschutzgesetz die polizeilich verfügte Maßnahme endet.

Eine weitere Ergänzung, nämlich die Verpflichtung der Gerichte, die Polizei über getroffene Entscheidungen zu informieren, ist dringend erforderlich. Dadurch wird die Polizei in Kenntnis gesetzt, ob sie an der von ihr getroffenen Maßnahme festhalten muss oder diese bereits aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung obsolet geworden

ist. Mit der neuerlichen Änderung des SOG werde also eine bessere Handhabbarkeit des Gesetzes möglich. Und deshalb freue ich mich auch, dass diese vorgeschlagene Änderung von uns Aufnahme in das SOG gefunden hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Außer der Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes wurden in Umsetzung des Ersten Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder in den Staatsanwaltschaften Sonderdezernate, an den Land- und Amtsgerichten Zeuginnen- beziehungsweise Opferschutzräume eingerichtet. Bei der Polizei, bei den Staatsanwaltschaften und den Gerichten werden umfangreiche aufeinander abgestimmte Statistiken erhoben – auch eine jahrelange Forderung von uns. Um den Opfern einen lückenlosen Schutz und fachspezifische opferparteiliche Beratung geben zu können, wurden flächendeckend Interventionsstellen, die im pro-aktiven Ansatz arbeiten, eingerichtet. Der Aufbau dieser Interventionsstellen wurde wissenschaftlich begleitet. Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung ist unter anderem, dass eine neue Zielgruppe erreicht wurde, nämlich solche Frauen, die nicht in ein Frauenhaus gegangen sind und somit nicht die Unterstützungsangebote in Anspruch genommen hätten. Diese haben die neuen Formen der Intervention sehr positiv aufgenommen.

Ich habe immer dafür plädiert, dass wir eine geschlossene Interventionskette brauchen. Diese haben wir jetzt. Es ist nicht nur eine Kette, sondern ich glaube, wir können hier in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile von einem Netz sprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS,
und Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Ja, meine Damen und Herren, und wenn sich das jetzt alles so positiv anhört, warum dann eigentlich ein zweiter Aktionsplan? Trotz der erreichten Erfolge ist die Gewalt gegen Frauen und Kinder noch nicht beendet. Es ist nötig, die Hilfe- und Reaktionssysteme zum Wohl der Opfer weiterzuentwickeln, um noch frühzeitiger und wirksamer den Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen und auch Kinder sichern zu können. Im ersten Aktionsplan wurden Problemfelder ausgeklammert, auf die sich jetzt der zweite richtet. Dazu gehören zum Beispiel Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen, Gewalt gegen Migrantinnen, Gewalt gegen Kinder.

Herr Kollege Jäger hat vorhin bei der Verfassungsdiskussion darauf aufmerksam gemacht, dass wir nicht über eine Verfassung das Problem ändern können, aber ich denke, wir können uns mit Einzelschritten für den Schutz der Kinder einsetzen, und in dem Zusammenhang tun wir das jetzt auch mit dem Landesaktionsplan.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die gesundheitliche Versorgung der Opfer.

Von häuslicher Gewalt betroffene Migrantinnen sind häufig mit einer Vielzahl spezifischer Probleme konfrontiert, die ihre Ursachen zum Beispiel im ausländerrechtlichen Status, in sprachlichen Schwierigkeiten oder der Unkenntnis der vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten haben können. Wenn diese Frauen Hilfe suchen, steht ihnen oft ein langer Weg durch verschiedene Institutionen bevor, bis sie eine Einrichtung finden, in der sie eine ihrer besonderen Lebenssituation entsprechende Unterstüt-

zung erfahren. Es geht also in diesem Punkt darum, die Entwicklung spezifischer Angebote hinsichtlich Schutz, Sprache und Aufklärung mit voranzutreiben.

Ein anderer Problembereich sind die von Menschenhandel betroffenen Frauen. Sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen findet leider auf der ganzen Welt statt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch ganz nah unter uns. Und das ist meiner Meinung nach viel zu gering im öffentlichen Bewusstsein. Unabhängig davon, ob die Ausübung der Prostitution erzwungen wird oder, wie es manchmal so schön heißt, im „Konsens“ erfolgt, werden die Frauen und Mädchen von kriminellen Banden ihrer individuellen Rechte beraubt und in eine Art moderne Sklaverei gezwungen. Als Opfer des internationalen Menschenhandels werden viele von ihnen, vor allem aus Osteuropa, nach Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern gebracht. Oft werden sie nach ihrer Ankunft in Isolation gehalten und sind Repressalien hilflos ausgeliefert.

Um hier zu helfen, hat die Landesregierung mit dem Landesaktionsplan beschlossen, ein Konzept für die wirk-same Bekämpfung von Frauenhandel in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Der Innenausschuss hat ausführlich darüber diskutiert. Ich gehe davon aus, dass auch mit der heutigen Diskussion im Landtag deutlich wird, welche Schwerpunkte die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen bei dem Konzept sehen. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Justizministers wird das gewünschte Konzept bis zum 15. Mai 2006 erstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fachleute gehen davon aus, dass Mädchen und Frauen mit Behinderungen und dabei insbesondere mit geistiger Behinderung zu einer besonderen Risikogruppe gehören. Sie sind potenzielle Opfer, da sie in ihrem Leben von anderen Menschen abhängig sind und ein fremdbestimmtes Leben auch erlernt haben. Sie haben gelernt, das zu machen, was andere Menschen gut für sie halten und/oder von ihnen verlangen. Äußern sie sich über sexualisierte Gewalt, so wird ihnen meist nicht geglaubt. Die Täter nutzen das Vertrauen der Opfer, seine Schutzlosigkeit und Abhängigkeit aus. So spezialisiert wie die Probleme dieser Frauen und Mädchen sind, so spezialisiert muss auch das Beratungs- und Präventionsangebot sein. Dies umzusetzen ist auch ein Ziel des Landesaktionsplanes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einbeziehung verschiedener Berufsgruppen in das Hilfenetz. Zwei Berufsgruppen möchte ich beispielhaft herausgreifen:

Einmal die Gesundheitsprofession und auch die Lehrerinnen und Lehrer. Frauen, die häufig Gewalt erlebt haben, verschweigen das in der Regel lange Zeit und sind aus zahlreichen Gründen selten bereit, Anzeige zu erstatten oder sich an eine Beratungsstelle zu wenden. Die niedergelassenen Praxen sowie auch Kliniken sind häufig die erste Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Frauen. Für alle Berufsfelder im Gesundheitswesen ist es aber immer wieder ein Problem, mit Gewaltfolgen umzugehen. Deshalb ist es so wichtig, dass dort eine angemessene Versorgung erfolgt. Diese setzt voraus, dass der Blick für gesundheitliche Folgen von Gewalt geschult wird und der Zusammenhang zwischen der Gewalt und den bestehenden Gesundheitsproblemen in Anamnese, Diagnose und Behandlung mehr Beachtung findet. Im April 2004 habe ich deshalb eine Arbeitsgruppe „Gewalt und Gesundheit

in Mecklenburg-Vorpommern“ initiiert. In dieser Arbeitsgruppe wirken Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Gesundheitsprofessionen mit. Übereinstimmend wurde von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe festgestellt, dass die Folgen von Gewalterfahrung im sozialen Nahraum bei der Diagnose und Therapie von Verletzungen und Erkrankungen stärker beachtet werden müssen. Als erster Schritt wurde für das medizinische Fachpersonal ein Handlungsleitfaden zum Umgang mit von Gewalt betroffenen Frauen erarbeitet. Ich kann in der Zwischenzeit sagen, er wird auch sehr stark nachgefragt. Die zusammengestellten Informationen sollen sensibilisieren, Handlungssicherheit in Rechtsfragen, aber auch praktische Unterstützung geben. Das Angebot des Leitfadens ist im Ärzteblatt veröffentlicht und kann auch von Interessierten bei mir abgefordert werden. Zurzeit werden für die Gesundheitsprofessionen Fortbildungsveranstaltungen und weitere Materialien konzipiert. Dazu gehört zum Beispiel auch ein so genanntes „Kittelkärtchen“, das von Gewalt betroffenen Frauen bei Bedarf von den Ärzten sofort überreicht werden kann. Dort sind die wichtigsten Informationen, zum Beispiel wo Anlaufstellen vorhanden sind, enthalten. Das geht demnächst in Druck.

Die andere Berufsgruppe, und zwar die Lehrerinnen und Lehrer, muss eine besondere Wahrnehmungs- und Handlungskompetenz bei den Problemen von Geschlechtergewalt und Gewalt im sozialen Nahraum entwickeln. Auch für diese Berufsgruppe sind besondere Fortbildungen konzipiert worden. Darüber hinaus werden in den Schulen Möglichkeiten angeboten, die Problematik in SCHILF-Tagen zu bearbeiten. Der neue Erlass des Bildungsministeriums zur Gesundheitserziehung, Sucht und Gewaltprävention an den Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird auch die Problematik häusliche Gewalt und Gewalt gegen das andere Geschlecht mit aufnehmen.

Letztendlich ist aber ein koordiniertes, kooperatives Vorgehen aller Berufsgruppen nötig. Im vergangenen Jahr wurden durch den Justizminister in den vier Regionen der Landgerichte Workshops mit dem Ziel durchgeführt, einen Erfahrungsaustausch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unterstützungseinrichtungen sowie Vertreterinnen und Vertretern der vor Ort zuständigen Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft, Richterinnen und Richter sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zu erreichen. Diese Workshops haben insbesondere das Verständnis für die unterschiedlichen Rollen der am Strafverfahren Beteiligten sowie die Dialogbereitschaft gefördert. Darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich der Auffassung, dass auch die Familienrichter dringend Fortbildungen benötigen, um gerade in familienrechtlichen Auseinandersetzungen die besonderen Belange von Kindern, die entweder direkt oder indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sind, zu berücksichtigen. Es konnten aufgrund dieser Workshops eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit innerhalb und außerhalb der Justiz gesammelt werden. Insgesamt werden diese Ergebnisse in neue Handlungsleitlinien einfließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, bereits bei der Erarbeitung und an der Umsetzung des Aktionsplans sind verschiedene Ressorts der Landesregierung beteiligt gewesen. Ich denke, dass die Zusammenarbeit auch sehr erfolgreich gewesen ist. Die Steuerung wird und wurde in erster Linie durch den Landesrat zur Umsetzung des Aktionsplanes begleitet, federführend ist mein Bereich. Im Landesrat arbeiten Vertreterinnen und Vertre-

ter aus den involvierten Fachministerien des Landes mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser, den Interventionsstellen, den Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, Männerberatungsstellen und kommunale Gleichstellungsbeauftragte zusammen. Gestatten Sie mir an dieser Stelle vor allen Dingen all denjenigen zu danken, die nicht auf Verwaltungsebene und nicht aus dem parlamentarischen Bereich in diesen Gremien mitarbeiten. Sie machen es nämlich neben ihrer sonstigen Tätigkeit, die meines Erachtens ohnehin schon psychisch sehr anstrengend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat auch mit dem 2. Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder ein Maßnahmenbündel beschlossen, dessen Umsetzung helfen wird, die Gewalt gegen Frauen und Kinder weiter einzudämmen.

Gestatten Sie mir, zum Abschluss noch auf ein aktuelles Ereignis hinzuweisen. Ich denke, es ist in jedem Kopf und in aller Munde, dass wir demnächst die Fußballweltmeisterschaft haben, und wir alle freuen uns darauf. Wir würden uns natürlich noch mehr freuen, wenn unsere deutsche Mannschaft vorneweg schon mehr punkten würde.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Da haben wir wenig Hoffnung. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Du bist aber optimistisch.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wermutstropfen ist trotzdem dabei. Ich teile die Besorgnis des Deutschen Frauenrates und des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern, dass anlässlich der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland damit zu rechnen ist, dass die Prostitution nicht nur an den Austragungsorten zunehmen wird. Ich bitte Sie alle, unterstützen Sie die Aktivitäten und Kampagnen der Menschenrechtsorganisationen und Frauenverbände, um dieses im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland zu verhindern! Das wäre nämlich kein gutes Aushängeschild für uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh, meine erste Rede vor diesem Hohen Hause zu einem Thema halten zu können, das mir persönlich am Herzen liegt, weil es Bestandteil meiner bisherigen Tätigkeit war, bei dem die CDU sehr gut aufgestellt ist und über das interfraktionell große Einigkeit besteht.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Frauen steht heute die Möglichkeit offen, selbstbestimmt zu leben und verantwortungsvolle Posten zu bekleiden. Dafür steht als Allererste unsere Bundeskanzlerin,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

die noch dazu ihre politische Heimat in Mecklenburg-Vorpommern hat. Dafür stehen wir, liebe Parlamentskolleginnen, die Gleichberechtigung leben und die entsprechenden Voraussetzungen vorfinden. Wir fungieren als Vorbild für viele Frauen, deren Rolle sich in der heutigen Gesellschaft vielleicht noch nicht so klar herauskristallisiert hat.

Was aber, wenn es nicht so abläuft? Es gibt auch Familien, in denen das Gefüge alles andere als intakt bezeichnet werden kann. Die Medien sind voll von Beispielen, die Frauen und Kinder als Opfer häuslicher Gewalt darstellen. Jeder kennt Beispiele aus seinem Umfeld und Fälle gibt es nicht nur im sozial schwachen Milieu. Ich bin überzeugt davon, dass durch vernünftige Politik auch Zündstoff aus dem familiären Bereich herausgezogen werden kann, der durch klassische Rollenverteilung, finanzielle Nöte und möglicherweise komplizierte Lebenslagen hervorgerufen wurde und wird. Es wird jedoch noch ein paar Jahre dauern, bis die Verschiebung des Machtgefüges zwischen Männern und Frauen keinen Aufschrei mehr auf der jeweils anderen Seite erzeugt und Gleichstellung normal ist.

Gewalt gegen Schwächere, insbesondere gegen Frauen und Kinder, ist nicht normal, gehört aber leider zu unserem Alltag. Normal nach unserer, das sage ich bewusst, abendländischen Vorstellung ist, dass sozusagen die Familie den Schutzraum bildet gegen all die kleinen und großen Sorgen, die das Leben zu bieten hat. Hier werden Verhaltensweisen in großem Maße geprägt. Das, was im Landesaktionsplan als sozialer Nahbereich bezeichnet wird, sollte Gewalt normalerweise ausschließen. Das ist aber nicht so, das wissen wir alle, sonst bräuchten wir ja diesen Aktionsplan nicht. Darüber hinaus haben sich einige besondere Problemfelder herauskristallisiert, die über das erforderliche Maß an Sensibilität noch einmal hinausgehen.

Hier fiel das Stichwort „Fremdbestimmung“. Wie kann man Opfern von Frauenhandel helfen, die dazu häufig aus einem anderen Kulturkreis kommen und kaum einen Brocken deutsch sprechen? Wie kann man Migrantinnen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind oder die zwangsverheiratet werden sollen, helfen? Wie kommt man überhaupt an sie heran? Da reicht ein deutschsprachiges Infoblatt leider nicht. Was kann man für Stalkingopfer tun? Wie kann man Behinderten und psychisch kranken Frauen helfen, die Gewalt ausgesetzt sind? Wichtig erscheint mir auch, dass betroffene Kinder mehr ins Blickfeld gerückt werden und gegebenenfalls tatsächlich als eigenständige Opfer angesehen werden.

Häufig werden Anzeichen von Gewalt in Familien von außen wahrgenommen, aber ebenso häufig vertuscht und totgeschwiegen. In der Regel sind es Männer, die die Täter sind. Harald Dressing vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim beantwortet die Frage, warum dies so sei, wie folgt, Zitat: „Für alle Formen von Kriminalität sind Männer immer die größte Gruppe. Das ist eine biologische und anthropologische Konstante. Männer neigen eher zu gewalttätigem Verhalten.“ Und das, meine Damen und Herren, hat was mit Macht zu tun. Selbstverständlich gibt es inzwischen auch Täter, die gegen ihr eigenes Fehlverhalten ankämpfen. Es gibt, wie Sie wissen, das wurde auch schon gesagt, Männerberatungsstellen. Schade ist nur, dass solche Einrichtungen aus Kostengründen zumindest in nächster Zeit keine Förderungen zu erwarten haben.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist nicht richtig.)

In einem gestrigen Telefongespräch mit dem Kreisdiakonischen Werk Greifswald, Träger einer solchen Beratungsstelle, wurde mir gesagt, dass man dort mit einem alternativen Finanzierungsflickwerk ums Überleben kämpft. Anderswo konnte man sich gar nicht erst dazu durchringen, solche Anlaufstellen einzurichten. Möglicherweise lässt sich hier der Faden ja wieder aufnehmen, das wird sich zeigen. Es ist hier auf Landesebene offenbar möglich, das hatte ich gar nicht erwartet, sogar bei einigen Themen parteiübergreifenden Konsens herzustellen. In meiner ersten Sitzung im Januar durfte ich das schon einmal erleben und wir haben es eben gerade erlebt. Dies zeigt sich einmal mehr am Beispiel der heutigen „Fortschreibung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder“ in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich habe mir von meinen Kollegen in der CDU-Fraktion berichten lassen, dass es in der letzten Legislaturperiode im Innenausschuss große Einigkeit über den Landesaktionsplan und die Maßnahmen zu seiner Durchsetzung gegeben hat. Ich erinnere, das wurde auch schon gesagt, an die einvernehmliche Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, mit dem für die Polizei eine Eingriffsbefugnis erteilt werden konnte, Gewalttäter aus der gemeinsamen Wohnung zu verweisen, sowie an die Arbeit des Interventionsprojektes CORA mit den fünf regionalen Interventionsstellen.

Trotz der positiven Ergebnisse darf nicht verkannt werden, dass ein noch konsequenteres und systematischeres Handeln erforderlich ist und die Hilfe- und Reaktionssysteme zum Wohle der Opfer weiterentwickelt werden müssen, um noch frühzeitiger und wirksamer den Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder sichern zu können. Bisher blieben, das hat Frau Seemann auch schon gesagt, einige Bereiche häuslicher Gewalt ausgeblendet, um zunächst Kernaufgaben zu lösen, was selbstverständlich nicht heißen soll, dass diesen Aufgaben nun weniger Aufmerksamkeit zu schenken wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind weitere Problemfelder zu bearbeiten und neue Zielgruppen zu erreichen. Ich bin schon kurz darauf eingegangen und Sie, Frau Dr. Seemann, ebenfalls. Auf Bundesebene hat sich die CDU bereits in der letzten Legislaturperiode mit diesen Themenfeldern intensiv auseinander gesetzt. Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Strafrechts hat sie im April 2005 den Versuch unternommen, auch Freier von Zwangsprostituierten zu bestrafen. Ein neuer Paragraf im Strafgesetzbuch sollte den sexuellen Missbrauch von Menschenhandelsopfern mit bis zu fünf Jahren Haft bestrafen, wenn die Freier die Zwangslage der Prostituierten kannten.

Im Sommer 2004 unterstützte die CDU einen Gesetzentwurf aus Hessen, der das so genannte Stalking unter Strafe stellen soll. Stalking ist, um es vielleicht den anwesenden Gästen auch gleich zu erklären, ein aus der Jägersprache abgeleiteter Begriff und heißt Einkreisen oder Anschleichen. Er steht für das Phänomen, andere Menschen zu belästigen. Davon sind nicht nur Popstars betroffen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Auch Politiker.)

Es ist jedoch schwer zu fassen, genau wie Mobbing. Und die erste und einzige Studie zu diesem Thema des

Zentralinstituts für Seelische Gesundheit stammt aus dem letzten Jahr und besagt, dass Stalkingopfer im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung eine signifikant schlechtere psychische Befindlichkeit haben und häufiger Ärzte, Therapeuten und auch die Polizei konsultieren. Im Strafbuch einen eigenen Straftatbestand zu schaffen, der diesen seelischen Terror verhindern hilft, das will man in Berlin alsbald aufgreifen. Der Koalitionsvertrag sieht es auf Drängen der CDU so vor. Ebenso will die CDU einen neuen Straftatbestand der Zwangsheirat einführen. Ein klar definiertes Tatbestandsmerkmal würde für mehr Rechtssicherheit sorgen. Ich hoffe, dass die rot-rote Landesregierung diese Gesetzentwürfe unterstützt und sich bei entsprechenden Bundesratsinitiativen nicht – wie in der Föderalismusreform – der Stimme enthält.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Da hat sie aber gut daran getan, sich zu enthalten. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Auch im Interesse der Frauen. – Zuruf
von Dr. Margret Seemann, SPD)

Doch zurück zu unseren diesbezüglichen Angelegenheiten. Wir haben uns im Innenausschuss zunächst auf das beschränkt, was Aufgabe des Landes ist, und zwar die Einbindung der Beratung und Betreuung der betroffenen Frauengruppen in das bestehende Interventionsprogramm. Hierzu hat die CDU im Innenausschuss einen Antrag vorgelegt,

(Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS:
Interfraktionell.)

mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein Konzept für die wirksame Bekämpfung von Frauenhandel und für die Verbesserung der Situation der von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat betroffenen Migrantinnen zu erstellen. Erfreulicherweise wurde der Antrag mit kleinen Änderungen von allen Fraktionen mitgetragen

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Es ist nicht so, dass wir immer alles ablehnen.)

und liegt jetzt als interfraktionelle Beschlussempfehlung des Innenausschusses zur Abstimmung hier im Landtag vor. Die CDU-Fraktion wird der Beschlussempfehlung zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS und
Dr. Margret Seemann, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Friemann-Jennert. Ich denke, Sie haben Ihre erste Rede hier mit Bravour geleistet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Ich darf jetzt ans Rednerpult bitten die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Karin Schmidt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute einen Tag nach dem Internationalen Frauentag dieses Thema auf der Tagesordnung zu haben. Ich bin des Weiteren froh darüber, dass hier – wenn Sie sich erinnern, im vergangenen Jahr hatten wir am selben Tag, am 9. März, eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Frauen in Mecklenburg-Vorpommern“ – so unstrittig diskutiert worden ist, und die Atmosphäre in diesem Saal eine ganz andere ist. Ich bin, wie gesagt, froh darüber, dass wir heute in dieser Art und

Weise miteinander über ein sehr wichtiges Thema diskutieren.

Nichtsdestotrotz möchte ich eine Sache klarstellen: Das, was hier gerade dargestellt worden ist, und zwar der Antrag, von dem im Innenausschuss die Rede war, ist nicht nur ein Antrag der CDU-Fraktion, sondern es ist ein interfraktioneller Antrag, der von uns allen hier getragen wird,

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

zu dem wir uns alle bekannt haben.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und
Dr. Margret Seemann, SPD)

Des Weiteren freue ich mich an der Stelle – denn es ist so, wie Sie darstellten, der Entwicklungsprozess zum Landesaktionsplan war ja nicht ganz so unstrittig, wie das vielleicht hier den Eindruck erweckt –, dass die CDU und wir um einheitliche Meinungen gerungen haben. Die CDU hat insbesondere einige Positionen überarbeitet und auch begrüßt, dass die Migrantinnen mit ins Blickfeld des Landesaktionsplanes rücken. Umso weniger ist zu verstehen, deshalb sollte man darauf hinwirken, da das Bundesministerium momentan ja darüber nachdenkt, Mittel für die Sprachförderung bei Migrantinnen zu kürzen, sich damit von Seiten der CDU auseinander zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig, Frau Schmidt.)

Seit über 100 Jahren fordern Frauen weltweit die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Beseitigung bestehender Nachteile für Frauen und ganz aktuell die Forderung der heutigen Frauengeneration nach einer Gleichstellungspolitik, die den heutigen Erfordernissen entspricht. Und wenn vorhin die Rede davon war, dass wir heute parteiübergreifend viele Fragen miteinander diskutieren, möchte ich doch ganz persönlich bemerken, dass dieser große Zeitraum von 100 Jahren vielleicht daran liegt, dass es vorher nicht so war. Es wird sicher noch Zeit in Anspruch nehmen, diese vielen Fragen zu realisieren, obwohl die Parteien mittlerweile auch bei uns im Hause fraktionsübergreifend zusammenarbeiten. Dennoch muss die Solidarität von Frauen noch stärker in diesem gesamten Prozess gefördert werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Thomas Schwarz, SPD)

denn zum Kampf um Gleichstellung gehört auch der Kampf gegen die Gewalt an Frauen und Kindern. Gewaltanwendung gegen Frauen und Kinder ist nach wie vor die am häufigsten begangene Menschenrechtsverletzung und gleichzeitig ein Menschheitsverbrechen, das am meisten verschwiegen wird.

Die Gewalt gegen Frauen und Kinder hat viele Facetten. Über das tatsächliche Ausmaß lassen sich schon aufgrund der Definitionsbreite keine gesicherten Angaben machen, zumal es diesbezüglich auch keine aussagekräftige Kriminalstatistik gibt. Erschreckend ist, dass körperliche, sexuelle und psychische Gewalt gegen Frauen und Kinder, aber auch in geringerem Ausmaß an Männern, in allen Kulturen und Gesellschaftsschichten anzutreffen sind. Dabei hat ein wichtiger Erkenntnisprozess stattgefunden, welcher in der Studie der Bundesregierung zur Begleitung der Interventionsprojekte, von denen hier vor-

hin schon die Rede war, gegen häusliche Gewalt Folgen des feststellt, Zitat: „Lange Zeit war die Bearbeitung der Fälle häuslicher Gewalt durch die Polizei und Amts- bzw. Staatsanwaltschaften geprägt von der Haltung, dass Gewalt, die in privaten Beziehungen stattfindet, auch dort geregelt werden sollte. Häusliche Gewalt wurde als Familienstreitigkeit definiert.“ Dieses passiert leider auch heute noch oft.

Die Last des gesamten Gewaltproblems mit all seinen Begleiterscheinungen wurde auf die Institution Frauenhaus gelegt. Das Problem, das ihnen in der Praxis als strukturell verankerte Männerwelt gegen Frauen begegnete, wurde den Frauenprojekten überlassen und damit aber erneut privatisiert. Als Folge erlebten die Tätigen vor Ort, dass ihre Arbeit vielfach ins Leere lief. Mit einem unablässigen Strom misshandelter Frauen konfrontiert wurde deutlich, dass allein Hilfe für Betroffene nicht zum nachhaltigen Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis führen kann.

Bei der Polizei, die häufig direkt das Ausmaß der Gewalt und die schwierige Situation der Opfer und ihrer Kinder erlebte, wuchs das Problembewusstsein, aber es wurden kaum effektive Handlungsmöglichkeiten in diesen konkreten Beziehungen gesehen. Wiederholte Einsätze in der gleichen Familie sowie die Erfahrung, die Situation der Opfer nicht nachhaltig verändern zu können, machten diese Einsätze unbeliebt. Bei den wichtigsten Beteiligten hatte sich also Unzufriedenheit mit den Grenzen des eigenen institutionellen Handelns angesammelt. Es gab eine starke Motivation, diese Grenzen zu überschreiten, und die Kenntnis, dass dies nicht allein für jede Institution zu bewältigen war. In dieser Situation hat die Idee der Interventionsprojekte trotz vielfacher Skepsis erstaunlich schnell Fuß gefasst, was hier ja auch deutlich dargestellt wurde. Daraus entwickelten sich die zentralen und übergreifenden Forderungen: erstens, private und öffentliche Gewalt im staatlichen Sanktionssystem gleichzustellen, zweitens, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, und drittens, für die Opfer zuverlässigen Schutz und Unterstützung sicherzustellen.

Wie notwendig dieses ist, unterstützt auch eine Meldung der Europäischen Kommission für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten aus Brüssel vom 03.03.2006 – also sehr aktuell – mit der Überschrift: „Kommission sagt geschlechterspezifischer Benachteiligung den Kampf an: neuer Aktions-Fahrplan und 50 Millionen Euro für ein Gender-Institut.“ Der beschriebene Fahrplan legt sechs prioritäre Aktionsbereiche für 2006 bis 2010 fest:

- „– gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer;
- bessere Vereinbarkeit von Beruf-, Privat- und Familienleben;
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen;
- Bekämpfung geschlechterbezogener Gewalt und geschlechterbezogenen Menschenhandels;
- Abbau von Geschlechterstereotypen in der Gesellschaft;
- Förderung der Gleichstellung außerhalb der EU.“

Das heißt, dieses Problemfeld gehört in den Kontext der vorangegangenen hinein.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Und genau hier knüpft auch der Landesaktionsplan an, der in seinem Selbstverständnis diese Gewaltproblematik nicht individualisiert, sondern feststellt, Zitat: „Die Veränderung des Machtgefälles zwischen den Männern und Frauen und den damit verbundenen Rollenzuschreibungen an die Geschlechter als Grundlagen der Gewalt gegen Frauen und Kinder sind langfristige Prozesse, die auch weiterhin als Schwerpunkte der Politik in Mecklenburg-Vorpommern befördert werden müssen. Die Spezifik der Gewalterfahrung von Frauen und Kindern im eigentlich sicheren eigenen Zuhause, in der Familie, der Partnerschaft, erfordert auch zukünftig ein Netz von spezifischen Schutz- und Unterstützungseinrichtungen, um weitere Gewalt zu verhindern und die Gewalterfahrung zu verarbeiten.“

Die konkreten Zahlen sprechen für sich: Zwei von fünf Frauen in Deutschland haben in ihrem Leben sexuelle oder körperliche Gewalt erlebt. Jede vierte Frau erlebt vom eigenen Partner Gewalt. 37 Prozent aller befragten Frauen haben körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erfahren. 13 Prozent der befragten Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlitten. 40 Prozent der befragten Frauen haben körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit dem 14. Lebensjahr erlebt. 58 Prozent der Befragten haben unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung erfahren. 42 Prozent aller befragten Frauen haben Formen von psychischer Gewalt wie systematische Abwertung, Demütigung, Ausgrenzung, Verleumdung, schwere Beleidigung, Bedrohung und Psychoterror erlebt.

Dazu eine persönliche Bemerkung: Über solche Zahlen sind immer wieder viele Menschen, sicher auch hier bei uns, erschrocken. Im öffentlichen Bewusstsein ist aber gerade zu dieser Frage sehr viel zu leisten. Viele Denk- und Verhaltensmuster sind in unserer Gesellschaft vorhanden, die gerade diese Thematik betreffen. Wenn es öffentlich zur Sprache kommt, sind umgangssprachlich sehr oft folgende Bemerkungen zu hören: Vielleicht hat sie es gebraucht! Vielleicht hat sie es verdient! Vielleicht hat sie es provoziert! Diese solche Bemerkungen sind nicht nur unangebracht, sondern sie verharmlosen menschenverachtendes Verhalten!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Wenn jemand in einer solchen konkreten Situation sich diesem nicht bewusst entgegenstellt, akzeptiert er meiner Meinung nach solche Äußerungen und nimmt damit einen Täter in Schutz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, Gewalt gegen Frauen ist sehr eng verbunden mit Gewalt gegen Kinder. Fast täglich erscheinen in den Medien Meldungen von Misshandlungen, Vernachlässigungen und Todesfällen. Dabei sind diese Todesfälle nur die Spitze eines Eisberges, medial immer aufgebaut. Gewalt gegen Kinder gibt es aber in allen Ländern dieser Erde und kommt in allen Lebensbereichen vor, und zwar in Schulen, Heimen, Internaten, auf der Straße und bei der Arbeit. Am häufigsten erfahren Kinder Misshandlungen aber ausgerechnet dort, wo sie eigentlich Schutz und Hilfe suchen, in ihren eigenen Familien.

UNICEF hat zum ersten Mal den Versuch unternommen, in einer Studie zu Todesfällen bei Kindern durch Miss-

handlung und Vernachlässigungen in den Industrieländern solche Fakten auszuwerten. Das Ergebnis ist bedrückend. Jede Woche sterben an den Folgen von Misshandlungen und Vernachlässigungen in Deutschland und England 2 Kinder, in Frankreich 3, in Japan 4 und in den USA 27. Überall sind Kleinkinder im ersten Lebensjahr besonders bedroht. Für mich besonders schockierend sind die zunehmenden Meldungen über die Tötungsdelikte bei Neugeborenen. In allen untersuchten Ländern sind Kindesmisshandlungen sehr häufig mit Armut, Stress und Isolation der Eltern, verstärkt durch Alkohol- und Drogenmissbrauch, verbunden. Das Risiko für Misshandlungen hängt aber auch mit der allgemeinen Verbreitung von Gewalt in der Gesellschaft zusammen. So verzeichnen die Länder mit den wenigsten Kindestötungen auch die wenigsten Morde unter Erwachsenen. Umgekehrt weisen die drei Länder mit den meisten gewaltsamen Todesfällen bei Kindern – USA, Mexiko und Portugal – auch die höchsten Mordraten unter Erwachsenen auf. Es gibt also einen Zusammenhang.

Wer Kinder besser vor extremen Formen der Gewalt schützen will, muss ihnen deshalb ein schützendes Umfeld schaffen. Dazu gehören die Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern sowie Hausbesuche und Hilfen für überforderte Eltern.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Doch dieses allein reicht nicht aus. Es gilt, eine Veränderung der Einstellung und des Verhaltens gegenüber Kindern in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Ich komme zum Schluss. Wenn heute schon die Rede davon war, dass wir dieses in unsere Verfassung aufgenommen haben, dann, denke ich – und das sollten wir auch fordern –, ist die Fortschreibung des Landesaktionsplanes zu der Frage Gewalt gegen Kinder, die Aufnahme von präventiven Maßnahmen eine ganz wichtige. Ich möchte abschließend einen Satz eines amerikanischen Wissenschaftlers sagen, der insbesondere auf diesem Feld forscht. Ich denke, er hat völlig Recht damit, wenn er sagt: „Kindesmisshandlungen sind das zerstörerischste und teuerste soziale Problem unserer Tage.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Und wenn wir dieses nicht weiter wollen, muss man präventive Arbeit – und die ist im Landesaktionsplan in vielfältigster Form festgelegt – finanzieren, und dafür müssen wir uns auch bei der Fortschreibung des Landesaktionsplanes gemeinsam einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Linkspartei.PDS und Reinhardt Thomas, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schmidt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/2140 empfiehlt der Innenausschuss, die Unterrichtung auf Drucksache 4/1835 zur Kenntnis zu nehmen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist

nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/2140 einstimmig angenommen.

In Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/2140 empfiehlt der Innenausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/2140 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Konversion in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1486, sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht über die weitere Ausgestaltung der Konversion in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/2039, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/2138.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Konversion in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1486 –**

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Bericht über die weitere Ausgestaltung der
Konversion in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2039 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses
– Drucksache 4/2138 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete und Ausschussvorsitzende Herr Petters von der Fraktion der CDU.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt auf der Drucksache 4/2138 die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu den Unterrichtungen durch die Landesregierung auf den Drucksachen 4/1486 und 4/2039 vor. In beiden Unterrichtungen geht es um die Konversion in Mecklenburg-Vorpommern, also um die Überführung militärisch genutzter Einrichtungen in eine zivile Nutzung. Der Wirtschaftsausschuss war sich einig, dass wir unserem Hohen Hause dazu eine Beschlussempfehlung vorlegen sollten, die Ihnen in Textform zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, eine klare und kleine Feinheit der Geschäftsordnung sei mir am Rande zugestanden: Ich denke, seitdem dieser Landtag besteht, ist das die erste Beschlussempfehlung zu zwei Unterrichtungen, und das sollten wir positiv zur Kenntnis nehmen. Zwischen den beiden Unterrichtungen durch die Landesregierung liegt ein Zeitraum von knapp einem Jahr. Wir waren uns im Ausschuss, nachdem wir die erste Unterrichtung beraten und eine Anhörung durchgeführt hatten, einig, dass wir nach der damals bereits angekündigten zweiten Unterrichtung eine Beschlussempfehlung erarbeiten würden, was dann so geschehen ist.

Mit der Beschlussempfehlung möchte der Wirtschaftsausschuss auch ein Stück weit Öffentlichkeitsarbeit für den Themenkomplex der Konversion machen, ein Themenkomplex, der uns seit Mitte der 90er Jahre und dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte sowie auch infolge der Bundeswehrstrukturreformen in den Jahren 2001 und 2004

immer wieder beschäftigt, ohne dass wir die damit einhergehenden Probleme in den Standortgemeinden und betroffenen Regionen vollständig hätten bewältigen können. Es ist und bleibt eine Herausforderung für das gesamte Land, eine Herausforderung, die aber auch – und das möchte ich positiv hervorheben – dazu geführt hat, dass die betroffenen Kommunen und Regionen bei uns im Land und auch unsere Landesregierung ein erhebliches strukturelles Know-how im Umgang mit den Problemen entwickelt haben. Zuletzt wurde dies dokumentiert durch die Anfang des Jahres zwischen dem Land, den Standortgemeinden und dem Bund, mit der Bundeswehr sowie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vereinbarten Konversionspartnerschaft.

Dass die Ihnen, meine Damen und Herren, heute vorliegende Beschlussempfehlung selbst einstimmig zustande gekommen ist, spricht für sich und spricht auch – und diese Anmerkung sei mir gestattet – für den sach- und ergebnisbezogenen Ansatz der Kolleginnen und Kollegen im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall Ute Schildt, SPD, Thomas Schwarz, SPD, und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Als Vorsitzender des Ausschusses möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen für die konstruktiven und sachbezogenen Beratungen bedanken. Mein Dank gilt selbstverständlich auch Ihnen, Herr Dr. Ebnet, und Ihrem Haus für die Erarbeitung der Unterrichtungen und die ergänzenden Ausführungen im Ausschuss. Ich denke, die Umsortierung des Bereiches Konversion in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums hat der Sache gut getan.

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
Ja, das denke ich auch.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss hat sich einstimmig auf die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung verständigt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen und im Auftrag des gesamten Wirtschaftsausschusses um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Bericht dokumentiert die Landesregierung den Stand der Konversion in Mecklenburg-Vorpommern. Über die Aufgabe, vor der wir stehen, sind wir uns alle einig. Wir müssen im Anschluss an die militärische Nutzung von Gelände und Immobilien zivile Nutzungen finden und wir müssen Ersatzarbeitsplätze finden für die Arbeitsplätze, die durch die Reduzierung der Bundeswehr im Land weggefallen sind.

Der Konversionsbericht zeigt die Instrumente und Maßnahmen auf, mit denen die Standortgemeinden bei der Bewältigung der Konversion unterstützt werden. Dabei wird deutlich, die Landesregierung lässt die Kommunen,

die von der erheblichen Reduzierung der Bundeswehr betroffen sind, nicht allein. Wir stehen den Gemeinden mit dem gesamten Förderinstrumentarium des Landes zur Seite. Insbesondere unsere Standortkonversionsrichtlinie ist ein wirksames Instrument, um den betroffenen Kommunen dabei zu helfen, ehemals militärische Liegenschaften für eine zivile Nutzung herzurichten.

In den Jahren 2000 bis 2005 wurden allein aus unserem Standortkonversionsprogramm insgesamt rund 24 Millionen Euro bewilligt, mit denen 51 Vorhaben in den betroffenen Gemeinden gefördert wurden. Der größte Teil dieser Mittel ging in die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Potenzielle Investoren, die an der Nutzung ehemaliger Militärfächen interessiert sind, können wir darüber hinaus mit unserer Wirtschaftsförderung tatkräftig unterstützen.

Meine Damen und Herren! Die finanzielle Unterstützung der Gemeinden bei der Sanierung der militärisch genutzten Flächen ist wichtig. Deshalb werden wir auch in Zukunft Mittel bereitstellen, um die Folgen der Konversion abzumildern. Der Schwerpunkt wird sich allerdings verschieben, wenn die Infrastruktur geschaffen ist. In Zukunft wird er auf der Ansiedlung von Unternehmen auf dieser Infrastruktur liegen.

Genauso wichtig ist aber für die betroffenen Kommunen, dass alle Akteure, die an der Bewältigung der Konversion beteiligt sind, an einem Strang ziehen. Das ist Gott sei Dank der Fall und führt auch zu Erfolgen. Deshalb hat die Landesregierung mit den betroffenen Standortgemeinden und dem Bund eine Konversionspartnerschaft vereinbart, ein bundesweit einzigartiges Modell. Im Rahmen dieser Konversionspartnerschaft verpflichten sich die Standortgemeinden, das Land und der Bund als Eigentümer der Militärfächen, die ehemaligen Militärfächen möglichst frühzeitig für eine zivile Nutzung vorzubereiten und eine optimale Vermarktung der Flächen zu gewährleisten. Dazu gehört auch, und darauf ist hinzuweisen, dass vom Bund für die Grundstücke realistische, marktgerechte Verkaufspreise festgelegt werden, damit ein möglicher Verkauf und eine mögliche Ansiedlung von Investoren nicht an überhöhten Preisvorstellungen scheitern.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Darüber hinaus stellt der Bund in Aussicht, sich an den Konversionskosten angemessen zu beteiligen, soweit Verwertungserlöse in Aussicht stehen. Außerdem haben wir mit dem Bund vereinbart, geeignete Konversionsliegenschaften in unserer Gewerbeflächendatenbank anzubieten. Das ist eine Serviceleistung, die wir dem Bund entgegenbringen. Diese zentrale Gewerbeflächendatenbank informiert umfassend und detailliert über alle Gewerbeflächen in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den von der Bundeswehrreform betroffenen Kommunen neue Entwicklungschancen aufzuzeigen. Dabei gehen wir auch neue Wege, um den Gemeinden zu helfen. Die Konversionspartnerschaft ist hierfür ein gutes Beispiel. Mecklenburg-Vorpommern ist mit diesem Modell bundesweit Vorreiter. Dass es an den Konversionsstandorten weiter vorangehen kann ist unser Ziel, und dafür werden wir uns auch in Zukunft, ich denke, alle gemeinsam, einsetzen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Wirtschaftsausschusses lesen sich aus meiner Sicht wie ein Bestseller.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Da ist das Bürgermeisterherz freudig gehüpft und – bemerkenswert – in mehrerlei Hinsicht.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Er hat nur sechs Seiten, das ist dünn, aber er hat Substanz. Und wer ihn aufmerksam gelesen hat, hat auf Seite 2 erfahren, dass Konversion noch ein Problem ist. Auf der Seite 5 kann man lesen, dass die Konversion jetzt als Chance begriffen wird. Ich sage aus meiner Sicht, das ist der richtige Weg. Es ist kein Problem, es ist eine Chance, eine Chance, vor allem auch im ländlichen Raum Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich bin den Kommunen sehr dankbar. Es muss hier einmal gesagt werden: Die Kommunen waren die Initiatoren der Konversionspartnerschaft. Wir, alle Bürgermeister und leitende Verwaltungsbeamte, haben in Döbeln – das war auch einmalig – voriges Jahr zusammengesessen und diese Konversionspartnerschaft dort einmütig verabschiedet. Ich habe gelernt, dass alle betroffenen Akteure – alle betroffenen Akteure, nicht mehr und nicht weniger – sehr konstruktiv daran mitgearbeitet haben. Ich möchte dem Bund, dem Land, den Kommunen und der Bundeswehr sehr herzlich dafür danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Mecklenburg-Vorpommern, der Minister erwähnte es gerade, ist jetzt Vorreiter, und das nicht nur wegen der einzigartigen Konversionspartnerschaft, sondern in Stavenhagen wurde die Strategie der gleitenden Konversion geboren, die jetzt überall im Bund Anwendung findet. Die Konversionspartnerschaft ist für uns die Möglichkeit, die Konversion in einer neuen Qualität hier im Land voranzutreiben, nämlich gute Rahmenbedingungen zu schaffen für Investoren, denn das ist das A und O. Es sind nicht die Millionen im Hintergrund, sondern wir brauchen gute Rahmenbedingungen, dass Investoren sagen, ja, hier wollen wir investieren. Und wenn der Investor gefunden ist, dann reden wir über die Kosten und nicht eher.

Ganz wichtig für mich ist es natürlich auch zu sagen, dass die interministerielle Arbeitsgruppe sich bewährt hat. Da sitzen Leute drin, die wissen, wovon sie reden. Es war sehr konstruktiv. Um das einmal zu zeigen: Drei verschiedene Ebenen an einen Tisch zu bekommen auf gleicher Augenhöhe und dazu eine Partnerschaft abzuschließen, das hat nicht einmal ein halbes Jahr gedauert. Ich habe die Erfahrung gemacht, es steht und fällt natürlich mit handelnden Personen. Und ich bin gewiss, das sage ich als ein betroffener Bürgermeister, dass dies nicht das Letzte sein wird und dass wir weiter dranbleiben werden, um die Konversion zu einem guten Ende zu bringen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schwarz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Es hat sich im Laufe der Debatte gezeigt, wie sinnvoll es ist, wenn auch mit für das Land bedeutsamen Themen sachlich umgegangen wird, wenn man aufeinander hört und wenn man vor allen Dingen das ernst nimmt, was Sachverständige einem sagen. Mein Fraktionsvorsitzender hat heute Morgen sehr deutlich darauf hingewiesen, dass wir das in anderen Bereichen auch so machen sollten, dann kommt etwas Vernünftiges dabei heraus.

(Beifall Andreas Petters, CDU)

Wenn Sie sich die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses angucken, die der Herr Ausschussvorsitzende hier so vorgetragen hat, dass wir eigentlich mit dem Bericht hätten abschließen können, weil er gezeigt hat, wie hervorragend die Arbeit unter einer guten Leitung möglich ist. Dann steht da am Ende, dass der Ausschuss empfiehlt, ich lese es lieber nach, damit ich nichts Falsches sage:

(Heiterkeit bei Detlef Müller, SPD, und Harry Glawe, CDU –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Besser ist es.)

„Die Unterrichtungen durch die Landesregierung auf Drucksache 4/1486 ‚Konversion in Mecklenburg-Vorpommern‘ sowie auf Drucksache 4/2039 ‚Bericht über die weitere Ausgestaltung der Konversion in Mecklenburg-Vorpommern‘ werden für verfahrensmäßig erledigt erklärt.“ Das bedeutet nun keineswegs, dass das Thema erledigt wäre. Das haben die Ausführungen, insbesondere des Ausschussvorsitzenden und des Wirtschaftsministers uns hier noch einmal eindringlich vor Augen geführt. Nein, im Gegenteil, die Berichte sind so ausgefallen, dass man ihnen im Wesentlichen nur zustimmen kann und insbesondere die Regierung ermutigen kann und sollte, konstruktiv das jetzt auch umzusetzen, was möglich ist.

Die Auseinandersetzung mit konkreten Fragen der Konversion beinhaltet immer auch den Aspekt der Ursachenkritik, nämlich warum welcher Standort beispielsweise im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform der Jahre 2001 bis 2004 geschlossen worden ist. Weniger kritikfähig ist sicherlich die Frage, warum der Abzug der sowjetischen Streitkräfte im Jahr 1994 noch nicht vollständig bewältigt ist, was Konversion angeht. Aber bei den Bundeswehrstandorten kann ich nur alle ermutigen, sich das sehr genau anzusehen, auch in aktuellen Diskussionen, denn es kann nicht sein, dass man einerseits sagt, wir brauchen Bundeswehr hier im Land an den Standorten, wo sie ist. Wenn es aber um konkrete Schließungen geht, ist die Diskussion plötzlich eine ganz andere. Dann haben wir es mit den Folgen zu tun und damit muss sich dann Konversion auseinander setzen. Das kann immer nur die zweitbeste Lösung sein, nämlich Ersatz zu finden für etwas, was am Standort nicht mehr vorhanden ist. Das bedeutet auch Verlust von Arbeitsplätzen durch Wegzug der Bundeswehr oder durch Nichtwahrnehmung von Chancen.

Bei den Beratungen im federführenden Wirtschaftsausschuss, das hat Kollege Petters in der Berichterstattung deutlich gemacht, hat sich gezeigt, dass Mecklenburg-

Vorpommern bei der Bewältigung der enormen Aufgabe der Konversion auf einem guten Weg ist. Die Schließung von Bundeswehrstandorten ist gerade in einem strukturschwachen Land wie Mecklenburg-Vorpommern für die betroffenen Orte und Gemeinden ein tief greifender Einschnitt. Die Folgen aufgrund sinkender Kaufkraft und geringerer Steuereinnahmen sind für die betroffenen Standorte hart. Eine Zielstellung erfolgreicher Konversion ist deshalb die möglichst schnelle und nutzbringende Verwertung der frei gezogenen Flächen. Das ist nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Diese Schnelligkeit lässt sich nur gewähren, wenn alle am Prozess Beteiligten an einem Strang ziehen. Nicht zuletzt deshalb ist die Landesregierung gefordert, auf Grundlage der Konversionspartnerschaft, die hier schon angesprochen wurde, konstruktiv und unterstützend im Sinne der Landesleitlinien zur Konversion die gesetzten Ziele zu verfolgen.

Die Dimension der Herausforderung der Konversion zeigt sich auch darin, dass insgesamt in 32 Standortkommunen des Landes 65 militärisch genutzte Objekte mit rund 5.300 Hektar Fläche vor der Freigabe stehen. Darauf hat der Ausschussvorsitzende in seinem Bericht hingewiesen. Dies erfordert eine entsprechende Berücksichtigung in den Entwicklungszielen der Konversionsgemeinden, das ist völlig richtig, Herr Bürgermeister Schwarz, aber auch eine entsprechende Berücksichtigung im Raumentwicklungsprogramm, Herr Minister Holter. An diesem Punkt, und das hat auch die Anhörung im Wirtschaftsausschuss deutlich gezeigt, hapert es allerdings noch. Zwischen Wirtschaftsministerium und dem Ministerium, das für Landesentwicklung zuständig ist, knirscht es gelegentlich einmal im Gebälk. Jedenfalls haben wir hier so ein Knirschen, Knacken oder noch mehr gelegentlich auch in Landtagssitzungen vernehmen können.

(Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD: Wir nicht.)

Und ich denke, da wird mir der Kollege Schwarz als, sagen wir mal, selbsternannter Konversionsbeauftragter von Bundesregierung, Landesregierung, Landtag und Kommunen gleichzeitig sicherlich zustimmen: Eine unzweifelhaft noch verbesserungsfähige Vermarktung der Liegenschaften setzt voraus, dass in den einzelnen zuständigen Ministerien auch in die gleiche Richtung gezogen wird, und deshalb auch die schöne Konversionspartnerschaft. Die wurde nicht nur während der Anhörung gelobt. Wie wir hören konnten, ist neben den Standortgemeinden und der Bundeswehr auch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben daran beteiligt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Landesregierung im Bereich der Inanspruchnahme europäischer Programme – an dieser Stelle verweise ich noch einmal auf das Convernet-Programm – noch besser arbeiten muss. Wenn es schon Möglichkeiten gibt, europäische Gelder für diese wichtigen Vorhaben zu generieren, dann muss die Landesregierung davon auch umfänglichen Gebrauch machen.

(Beifall Andreas Petters, CDU –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Ich hatte es gesagt, im Großen und Ganzen, Herr Minister Ebnet, befindet sich das Land bei der Bewältigung der Nachnutzung militärischer Liegenschaften für die zivile Nutzung auf einem guten Weg. Die Schwächen, die es schnellstmöglich abzustellen gilt, habe ich bewusst erwähnt, damit da die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden. Sie betreffen im Wesentlichen die Be-

rücksichtigung der Flächen im Raumentwicklungsprogramm, die mangelnde Inanspruchnahme europäischer Mittel im Rahmen des Convernet-Programms sowie die effizientere Vermarktung.

Die genannten Probleme hat der Wirtschaftsausschuss deshalb auch in der vorliegenden Beschlussempfehlung herausgearbeitet und deutlich gemacht. Ich bitte Sie auch namens der CDU-Fraktion um Zustimmung zur vorliegenden Beschlussempfehlung und ermuntere die Landesregierung, kräftig hier an einem Strang zu ziehen, damit diese Konversionspartnerschaft ein voller Erfolg wird. Ich kann Ihnen versichern, dass Sie dabei insbesondere die Unterstützung der CDU-Fraktion haben. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, das hat unser Vorsitzender sehr deutlich gemacht, hat er hier schon vor den Karren spannen können und deshalb, denke ich, sind wir auf gutem Weg. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU, Holger Friedrich, SPD, und
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Konversion in Mecklenburg-Vorpommern ist keine unendliche, aber eine Erfolgsgeschichte. Wurden 2001 im Zusammenhang mit den ersten Ankündigungen der so genannten Bundeswehrstrukturreform Forderungen meiner Fraktion nach einem umfassenden Konversionsprogramm noch als unnötig oder unsinnig betrachtet, kann man aus den heute zur Debatte stehenden Drucksachen entnehmen, dass Konversion als Chance einer nachhaltigen Entwicklung, als wirksames Mittel einer aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und als hilfreiches Instrument einer modernen Stadtumbaupolitik begriffen wird. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist keine Übertreibung, wenn ich behaupte, dass die Fraktion der Linkspartei daran einen entscheidenden Anteil hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Aber, und ich wiederhole mich an dieser Stelle, wir sind erst am Anfang eines komplizierten Weges.

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Die derzeit 32 von Konversion betroffenen Kommunen im Land brauchen weiter umfassende Förderung und Unterstützung. Die kürzlich abgeschlossene Konversionspartnerschaft zwischen dem Land, den Kommunen, der Bundeswehr und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist dafür eine ausgezeichnete Grundlage. Der Bund als Verursacher der vielfältigen Probleme sollte sich daran endlich ein Beispiel nehmen. Und vielleicht, Herr Dr. Born, können Sie den neuen Bundesverteidigungsminister, der Ihrer Partei angehört, überzeugen, dass endlich Hilfe vom Bund kommt,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das wird Jung wohl machen.)

denn trotz aller erkennbaren Fortschritte, zurückzuführen auch auf den permanenten Druck der Landesre-

gierung, ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur Übernahme der Verantwortung und zu umfassender Hilfe immer noch nicht erfolgt.

(Zuruf aus dem Plenum: Hört! Hört!)

Die militärstrategischen und finanzpolitischen Weichenstellungen der großen Koalition weisen weiter in die falsche Richtung. So bleiben dem Land und den Konversionskommunen keine anderen Möglichkeiten, als mit eigenen Mitteln und Ressourcen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die dabei gesammelten Erfahrungen finden mittlerweile bundes- und europaweit Anerkennung und könnten sich zu einem wahren Exportschlager aus unserem Land entwickeln. Anhand einiger Beispiele aus der Reuterstadt Stavenhagen möchte ich das noch einmal verdeutlichen.

Aus eigenem Antrieb heraus, aus dem Antrieb heraus, als Kommune zu überleben, hat sich Stavenhagen am Europäischen Netzwerk für Konversion, Convernet, beteiligt. Kollege Dr. Born ist darauf schon kurz eingegangen. Im Ergebnis dieser Arbeit wurde ein internationales Handbuch für Konversion im Ostseeraum erarbeitet und zurzeit wird ein Konversionsreport im Ostseeraum erstellt. Beide Dokumente werden in diesem Jahr in Brüssel vorgestellt und wollen helfen, in der Europäischen Union die Bereitschaft zu entwickeln, Konversion weiter und noch stärker als bisher zu fördern. Diesen Prozess gilt es durch die Landesregierung, auch unter Einbeziehung der Europaabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, noch stärker zu unterstützen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Allein durch die Beteiligung Stavenhagens an diesem aus INTERREG II B geförderten Projekt konnten 45.000 Euro Fördermittel ins Land geholt werden. Stavenhagen konnte auf diese Art bei internationalen Investoren bekannt gemacht werden und das in Stavenhagen entwickelte „Modell der gleitenden Konversion“ konnte so der internationalen Nachnutzung empfohlen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union und der damit hinzukommenden Probleme der Konversion im osteuropäischen Raum sind wir aufgefordert, jetzt zu reagieren. Ohne die Wiederaufnahme von europäischen Förderinstrumenten zur Konversion und ohne Berücksichtigung unserer Probleme dabei geraten die Konversionskommunen in unserem Land in ein schwieriges Fahrwasser, denn die Herausforderungen sind durch die Kommunen alleine nicht leistbar. Vorstellungen etwa, die immer wieder geäußert werden, dass nach Freiwerden der Liegenschaften potenzielle Investoren sofort in die Standorte einziehen könnten, gehen leider an den Realitäten weit vorbei. Zunächst sind neue zivile B-Pläne zu erstellen. Straßen- und -ausbau sind erforderlich, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sind umzustellen, die Energieversorgung der betreffenden Standorte ist neu zu regeln. Parallel dazu sind Grundstücksüberlassungsverträge zwischen der Bundesanstalt und der Kommune, Mitnutzungsverträge zwischen Bundeswehr und Kommune zur öffentlichen Mitbenutzung von Bundeswehrstraßen und Erschließungsverträge mit Versorgern zur Erstellung, Übernahme und zum Betrieb neuer Anlagen zu verhandeln und abzuschließen. Das alles setzt eine Machbarkeitsstudie voraus. In vielen Fällen ist in Stavenhagen die Kommune in Vorleistung gegangen. Andere Kommunen im Land können sich das so

nicht leisten. Ohne professionelles Konversionsmanagement sind aber alle Kommunen im Land überfordert.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, war und ist wichtig, dass das Land zum Beispiel ein solches Konversionsmanagement wie in Stavenhagen fördert, die Machbarkeitsstudie unterstützt und Fördermittel für eben genannte Aufgaben zur Verfügung stellt. Dabei muss zügig gehandelt werden. Deshalb ist die in Stavenhagen entwickelte gleitende Konversion wichtig. So sind schon jetzt 8,5 Hektar der ehemaligen Lützow-Kaserne in Basepohl und circa 30 Hektar des Standortübungsplatzes vermarktbare. Andere Flächen in der Kaserne Mecklenburgische Schweiz werden zeitgleich noch von der Bundeswehr genutzt. Kontinuität ist hier in diesem Politikfeld gefragt. Jedes auch kurzfristige Unterbrechen von Förderstrategien, zum Beispiel im Konversionsmanagement wie in Stavenhagen erlebt, schadet einer zügigen Vermarktung und führt zu viel höheren finanziellen Aufwendungen in der Zukunft. Zwingend notwendig ist daher eine angemessene Ausstattung der Standortkonversionsrichtlinie des Landes, um den jetzt absehbaren Konversionsprozess bis 2012 kontinuierlich fortführen zu können.

Nur kurz erwähnen, weil an anderer Stelle schon dargestellt, will ich die Problematik des Stadtumbaus. Wenn eine Kommune wie Stavenhagen seit Beginn der 90er Jahre mit einem erheblichen Stellenabbau im militärischen Bereich und zusätzlich zu der „normalen“ demografischen Entwicklung zu kämpfen hat, bleiben Wirkungen auf die städtische Infrastruktur nicht aus. Die Kommunalpolitik vor Ort hat auch hier rechtzeitig mit einem Stadtumbauprogramm reagiert. Auch hier wurde und wird die Unterstützung des Landes, speziell des Bauministeriums, gern in Anspruch genommen. Fördermittel des Landes für den Bau einer modernen Sporthalle, eines neuen Freibades oder für den Rückbau von Wohnblöcken haben geholfen, die Stadt attraktiv zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da der Wirtschaftsausschuss richtigerweise empfiehlt, dass die Landesregierung den Landtag weiter in regelmäßigen Abständen unterrichtet, möchte ich zum Abschluss auf weitere Möglichkeiten der Nachnutzung ehemaliger militärischer Liegenschaften hinweisen. Die ehemaligen Kasernen auch bei uns im Land sollten stärker als bisher als Standorte der Aus- und Weiterbildung genutzt werden. Wer die Kasernen, ihre Ausbildungsgebäude und Wohnheime kennt, weiß, dass die Bausubstanz in einem sehr guten Zustand ist und entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Im Weiterbildungsbereich für die Wirtschaft oder im Forschungsbereich für die Universitäten und Fachhochschulen des Landes könnten sich hier Synergieeffekte ergeben.

Am Standort Wolfhagen in Hessen gibt es diesbezüglich erste Erfahrungen, die man sich anschauen sollte. Ein Fahrsicherheitstraining im Zentrum des Landes für Polizei, Feuerwehr oder THW ist ebenso denkbar. Entsprechende Vorschläge der Kreisverkehrswacht Demmin liegen seit langer Zeit vor. Aber auch angesichts aktueller Ereignisse als Trainings- und Schulungszentrum zur Katastrophen- oder Seuchenabwehr sind ehemalige Kasernen denkbar. Nur muss zügig gehandelt werden, sonst besteht die Gefahr, dass sich die ehemaligen militärischen Liegenschaften nur noch als Filmkulisse für Geisterstädte eignen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf die Ziffern 1 bis 4 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/2138. Wer diesen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Ziffern 1 bis 4 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/2138 einstimmig angenommen.

Interfraktionell ist vereinbart worden, den **Tagesordnungspunkt 11** noch vor der Mittagspause aufzurufen. Ich rufe damit diesen Tagesordnungspunkt auf: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS – Reduzierter Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe, Drucksache 4/2120. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2147 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS:
Reduzierter Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe
– Drucksache 4/2120 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/2147 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Detlef Müller von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der gestrigen Debatte schon erfahren können, dass Erkenntniszugewinne dazu beitragen, bestimmte Standpunkte zu verändern und politische Auffassungen auch noch einmal zu überdenken. Und das, sehr verehrter Herr Kollege Petters, ist hier mit dem Ihnen vorliegenden Antrag passiert,

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

denn im November 2003 lag so ein ähnlicher Antrag schon einmal dem Hohen Haus zur Beratung vor.

(Egbert Liskow, CDU: 11. Dezember.)

11. Dezember?

(Egbert Liskow, CDU: 11. Dezember.)

11. Dezember, richtig.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute, fast anderthalb Jahre danach, gibt es, wie ich meine, mindestens drei gute Gründe, einen solchen Antrag noch einmal auf den Weg zu bringen. Der erste Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist völlig klar. Wir haben in Berlin eine neue Regierungskoalition und insofern auch andere und bessere Mehrheiten im Bundesrat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Der zweite Grund ist der, dass es gerade in der Phase, wo die Bundesregierung beabsichtigt, das Umsatzsteuergesetz zum 01.01.2007 zu verändern, Sinn macht, so

einen Antrag hier heute noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, weil – wie gesagt – gerade in dieser Phase es von Erfolg gekrönt sein könnte, diesen Antrag durchzubekommen.

Der dritte Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich die gegenwärtige Entwicklung des Tourismus in Europa, in Deutschland und natürlich ganz besonders hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, denn der Preis ist immer mehr der Sieger bei der Wahl des Reiseziels. Stark im Trend sind – und Sie wissen es alle – Billigflieger. Die Menschen fragen nicht mehr, wohin denn das Flugzeug fliegt, sondern was es kostet. Und wenn man hört, dass ein Flug 30 Euro kostet, dann fliegt man eben mit diesem Flieger einfach los. Billigflugziele, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es zum Glück hier in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht und ich hoffe, das bleibt auch noch lange so.

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS:
Das stimmt! Rostock ist sehr teuer.)

Genau.

Absolut im Kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Städtetourismus und hier sind es insbesondere große Städte wie Hamburg im letzten August mit 17,4 Prozent Gästeplus oder Berlin mit 12,7 Prozent Gästeplus. Aber auch Städte wie Dresden und Köln können einen großen Zuwachs an Touristen verzeichnen. Großstädte sind bei uns in Mecklenburg-Vorpommern leider Fehlanzeige. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir schauen, die Branche des Tourismus hier weiter zu stärken, denn wie in kaum einem anderen Bundesland ist der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern von sehr großer Bedeutung für unsere Wirtschaft. Immerhin arbeiten circa 130.000 Menschen in der Branche und davon sind 800 Auszubildende.

Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir seit dem Jahrhundertssommer 2003 leichte Rückgänge in der Hauptsaison und Stagnationen in den übrigen Monaten zu verzeichnen. Der Wettbewerb um die Gunst der Gäste ist ohne Zweifel härter geworden. Mein Eindruck ist, Wachstum ist fast nur noch im Verdrängungswettbewerb zu erreichen. Und weil das so ist und weil es fast überall in Europa für touristische Leistungen ermäßigte Sätze gibt – unsere Branche hat in einigen Branchen schon einen Preisnachteil von circa zehn Prozent gegenüber dem Ausland zu verzeichnen –, sollten wir den heute vorliegenden Antrag auf den Weg bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, unsere Hoteliers und Gastronomen wird es freuen, wenn wir mit dem Antrag Erfolg haben. Ich hoffe, sie werden dann ihr Versprechen einlösen, neue weitere Arbeitsplätze schaffen und den Nachlass auch auf die Gäste übertragen. Aber all das bedeutet noch lange nicht, dass dann wieder die Touristen in Scharen zu uns ins Land kommen, denn der Wettbewerb ist einfach nur über Qualität zu gewinnen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist richtig.)

Da müssen wir schon die Frage gelten lassen, Herr Kollege Dr. Born, ob wir für den jeweiligen Preis die entsprechende Leistung tatsächlich erbringen. Ich glaube, hier gibt es noch erhebliche Reserven. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist heute nicht Inhalt dieses Ihnen vorliegenden Antrages. Ich möchte Sie herzlich bitten, stimmen Sie dem Antrag zu und lassen Sie uns den

Antrag auf den Weg bringen im Interesse unserer Hoteliers und Gastronomen, im Interesse unseres Landes und der Touristen, die sehr gern zu uns kommen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Egbert Liskow, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Müller, tolle Einbringung!

(Beifall Renate Holznagel, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Späte Einsicht ist auch immer sehr gut. Die CDU-Fraktion hatte bereits in der Landtagssitzung am 11. Dezember 2003 einen Antrag zum ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe eingebracht. Wir hatten die Drucksache 4/915, vielleicht erinnern Sie sich. Aber Sie sagten es schon ganz kurz, dieser Antrag wurde durch die Fraktionen der SPD und der Linkspartei.PDS abgelehnt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich hatte das damals auch gesagt, leider.)

Leider, sage ich immer noch, mit 19 Stimmen dagegen, 16 Stimmen dafür und 2 Enthaltungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber der Kollege Müller war schon dafür.)

Die PDS, Frau Gramkow, hatte zwar den Sinn und die Richtigkeit des Antrages erkannt,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

aber, um den Koalitionsfrieden zu wahren, leider dagegengestimmt und diesen Antrag abgelehnt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Dr. Ulrich Born, CDU: Aber der Kollege Müller war schon immer sehr einsichtig.)

Eigentlich verantwortungslos,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na, na! – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Na, nicht nachhaken!)

trotz besseres Wissen falsch abzustimmen. Aber späte Einsicht, haben wir ja gerade gesagt ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Bei der Bundesregierung sitzen Sie näher dran als ich.)

Ja, die SPD, namentlich Frau Schildt,

(Andreas Petters, CDU: Ja, oho!)

lehnte den Antrag kategorisch ab und unterstellte uns – das können wir alles nachlesen im Protokoll – Populismus und Unfachlichkeit,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na!)

da die Umsatzsteuer keinen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Branche hätte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat Kollege Müller eindrucksvoll widerlegt heute.)

Die Finanzierung wäre nicht durchgerechnet und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt würde es nicht geben, so die Worte.

Wie im Protokoll der Landtagssitzung vom 11. Dezember 2003 nachzulesen ist, habe ich in unserem Antrag mit Zahlen und Fakten dieses eindeutig damals unterlegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich werde an dieser Stelle nicht alles wiederholen, da sich die Fraktion der SPD jetzt auch endlich mit diesen Zahlen und Fakten auseinander gesetzt hat.

(Ute Schildt, SPD: Das haben wir auch damals schon.)

Ich kann nur spekulieren, was die SPD zum Umdenken veranlasst hat.

(Ute Schildt, SPD: Ich werde Ihnen das sagen.)

Na, wir sind gespannt auf Ihre Worte nachher.

Die Regierungsverantwortung in Berlin war es sicher nicht, Sie waren schon 2003 an der Regierung beteiligt. Die Erkenntnis, dass die Opposition, sprich die CDU, Recht hatte, ist also eine späte Einsicht. Ich hoffe einmal, dass es so ist. Oder ist es nur die vor der Tür stehende Landtagswahl, dass die Kollegen der Koalition dieses für unser Land wichtige Thema erkannt haben?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist noch viel einfacher. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Warum sonst ist das Thema ermäßigter Mehrwertsteuersatz jetzt nicht mehr populistisch und undurchdacht? Also die Frage müsste man stellen dürfen. Oder ist es nur die Reaktion auf eine Ankündigung von Wolfgang Riemann, der gesagt hat, er möchte dieses Thema wieder auf die Landtagssitzung bringen?

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist es! Das ist es! – Gabriele Mešt'an, Die Linkspartei.PDS: Ja, das wird es sein.)

Oder warum zieht der Wirtschaftsminister gerade jetzt mit dieser Forderung eines geminderten Mehrwertsteuersatzes durch das Land?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Weil er klug ist.)

Welche Beweggründe auch dahinterstecken, wir unterstützen den vorliegenden Antrag voll und ganz, denn er ist richtig

(Beifall Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS)

und ein solcher Auftrag hätte schon früher erfolgen müssen, nämlich am 11. Dezember 2003.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der CDU – Zuruf von
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wie Sie dem vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion entnehmen können, ist es aus unserer Sicht aber noch nötig, diesen Antrag zu konkretisieren.

Die EU-Richtlinie eröffnet im Artikel 12 die Möglichkeit, dass die Mitgliedstaaten ein oder zwei ermäßigte Steuersätze anwenden dürfen, wobei die ermäßigten Sätze als Prozentsatz der Besteuerungsgrundlage festgesetzt werden und nicht niedriger als fünf Prozent sein dürfen. Innerhalb dieser Bandbreite fordert die CDU die Festlegung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für das Hotel- und Gaststättengewerbe auf sieben Prozent, und das aus folgendem Grund: Unser direkter Mitbewerber im touristischen Bereich ist Polen, wenn man das mal hier für uns ganz speziell sagen kann. Polen arbeitet auch am Wachstum seiner Tourismusbranche und erhebt nur einen Umsatzsteuersatz von sieben Prozent auf Leistungen im Hotel- und Gaststättengewerbe.

(Reinhard Dankert, SPD: Und deswegen sind die besser nachher? – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Die Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der unterschiedlichen steuerlichen Belastung können so ausgeschaltet werden.

Der Antrag ist also gut und richtig und wir hoffen, dass die Landesregierung unserem Antrag, also dem Antrag aller Fraktionen dieses Parlamentes bei der Bundesregierung entsprechend die Unterstützung gibt und wir kurzfristig diesen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe für Mecklenburg-Vorpommern bekommen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Liskow.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich vermute, es zeichnet sich hier in der Frage der Mehrwertsteuer für das Gastgewerbe eine Einigkeit ab.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Liskow, dies sollten wir jetzt nicht durch parteipolitisches Sortieren aufs Spiel setzen.

(Karin Strenz, CDU: So ein Unsinn! So ein Unsinn!)

Das sollten wir nicht aufs Spiel setzen, diese Einigkeit, der Sache wegen. Aber ich würde Ihnen auch nicht raten, so weiterzuargumentieren, wie Sie das getan haben. Ich war bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin, als es um die Bildung der Bundesregierung ging, dabei. Ich habe mich heftig eingesetzt

(Harry Glawe, CDU: Schön. Heftig, was heißt das?)

für den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie.

(Beifall Frank Ronald Lohse, SPD)

Und ich weiß auch, wer dagegen gesprochen hat.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Also, Herr Liskow, ein bisschen vorsichtiger!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –

Harry Glawe, CDU: Das ist doch nicht richtig.)

Lassen wir das alles im Raum stehen, ziehen wir dieses Thema mal aus dem Verkehr.

Die Fronten sind keine parteipolitischen, sondern die Fronten sind andere, sie sind fachpolitisch unterschiedliche Bewertungen, die man jedem zugestehen muss, und die Fronten sind auch regional. Es ist einfach ein Unterschied, ob man in einem Industrieland wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen eine relativ geringe Bedeutung des Tourismus im Vergleich zur Industrie hat. Bundesweit beträgt die Relation der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus zur Industrie so etwa 1:5, 1:6. Bei denen läuft der Tourismus so nebenbei mit. Dafür habe ich Verständnis. Und genauso ist dann auch die Interessenlage eines solchen Landes – das hat nichts mit Parteien zu tun –, auf der anderen Seite ist die Interessenlage des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine ganz andere. Bei uns ist das Verhältnis Tourismus/Industrie von der wirtschaftlichen Bedeutung her nahezu 1:1.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist also für uns der Tourismus wesentlich wichtiger als für andere. Wir können ihn nicht einfach so nebenbei mitlaufen lassen und deshalb müssen wir aufpassen, dass beim Tourismus nichts Negatives geschieht, und dafür sorgen, dass möglichst viel Positives geschieht. Da ist Mecklenburg-Vorpommern einfach mehr gefordert, aber ich denke auch, dass es dazu Konsens hier im Hause gibt. Tourismus spielt für uns keine Nebenrolle, sondern eine Hauptrolle.

Und das Zweite, warum wir jetzt auch nicht mehr so nachtragend sein sollten wegen der Vergangenheit: Es hat sich in der letzten Zeit auch viel bewegt in diesem Bereich. Denken wir daran, Frankreich hat den Mehrwertsteuersatz gesenkt und hat jetzt einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Bei uns in Deutschland steht die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19 Prozent an. Das heißt, die Schere geht weiter auseinander.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig!)

Und was noch vor ein paar Jahren gegolten hat, das hat sich jetzt weiter verschärft. In der Dramatik kann das beachtliche Auswirkungen haben. Das Problem, vor dem wir stehen, ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Tourismuswirtschaft, unserer Betriebe.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Wir haben inzwischen in 21 Ländern der EU einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Vier haben ihn nicht. Alle unsere Nachbarn um Deutschland herum haben den ermäßigten Mehrwertsteuersatz, mit Ausnahme von Dänemark, und das sind natürlich Konkurrenten. Ich sehe auch die Konkurrenz der Billigreiseländer wie Türkei und so weiter. Aber wir haben auch Konkurrenten um uns herum. Und diese Konkurrenz spürt der Hotelier in Oberbayern, der zehn Prozent Preisnachteil bei der Übernachtung gegenüber seinem Kollegen ein paar Kilometer weiter in Österreich hat, der nur den ermäßigten Mehrwertsteuer-

satz in Rechnung stellen muss. Das spürt er. Das spürt der Hotelier im Schwarzwald im Vergleich zum Elsass. Und das spüren wir natürlich auch im Vergleich zu unseren Nachbarn. Wenn die Übernachtung in Ahlbeck mit zehn oder mehr als zehn Prozent mehr Mehrwertsteuer belegt wird als die Übernachtung in Swinemünde, dann hat das Auswirkungen.

Letztlich muss man die Frage stellen, wenn man wettbewerbsfähig bleiben will, wer diese Auswirkungen dann zu tragen hat. Die Gewinne sind nicht so üppig, dass man sagen könnte, man nimmt es aus dem Gewinn heraus. Letztlich bleibt es bei den Beschäftigten des Gewerbes hängen, die das in ihrer Lohntüte oder in ihrer Lohnabrechnung spüren werden. Das muss man auch berücksichtigen, dass diese Komponente existiert.

Ich denke, der Antrag ist gerade für Mecklenburg-Vorpommern wichtig, er ist vernünftig. Wir können uns nur gemeinsam wünschen, dass wir damit Erfolg haben werden. Die auseinander gehende Schere macht uns zunehmend zu schaffen. Wir müssen versuchen, das wieder zusammenzubringen, und unsere Wirtschaft, unsere Tourismuswirtschaft wettbewerbsfähig halten, damit hier keine Arbeitsplätze verloren gehen, sondern damit wir eine weiterhin gute Entwicklung nehmen können. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es nicht verhehlen, ich bin ganz froh, dass wir diesen Antrag heute auf der Tagesordnung haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber ich würde doch ein bisschen Wasser in den Wein der Einmütigkeit gießen, denn die Forderung nach einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz mit einer Senkung von jetzt 16 Prozent auf zukünftig vielleicht 7 Prozent steht schon relativ lange auf der Tagesordnung

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

und ist eigentlich nicht aus der Luft gegriffen. Und das nicht nur, wie der Minister eben noch mal so schön erläuterte, weil es im europäischen Maßstab eigentlich schon gang und gäbe ist, sondern es zeigt uns in der gegenwärtigen Situation, dass der einheitliche Steuersatz von 16 Prozent für den Tourismus – ich sage das auch für alle produktiven Dienstleistungen und damit für die kleinen und mittelständischen Unternehmen – ein wichtiger Standortnachteil ist und wir in der Steuerpolitik offensichtlich mit zweierlei Maß messen, nämlich einerseits, dass wir sagen, Steuern herunter zählt nur für große Vermögen, Geldeinkommen und sonst etwas, für kleinere nicht. Deshalb wird die schwierige Schere, wie der Wirtschaftsminister sehr vorsichtig formuliert hat, sich zukünftig folgendermaßen darstellen: Unsere Unternehmen in der Tourismusbranche, im Gastgewerbe, die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Handwerksbereich werden zukünftig nicht mehr eine Mehrwertsteuer von 16, sondern von 19 Prozent zahlen. Und damit wird die Schere nicht nur 10 oder 9, sondern 12 und 13 Prozent betragen. Deshalb, glaube ich,

ist es eine Debatte zur rechten Zeit und ich gestehe jedem von uns zu, dass er lernfähig ist, auch in steuerpolitischen Fragen. Wir halten die Mehrwertsteuererhöhung für den generell falschen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Es ist einfach Gift für Binnenkonjunktur. Ich kann die jungen Leute, die hinten sitzen, ja mal fragen, was sie davon halten, dass sie zukünftig für viele Bereiche statt 16 Prozent 19 Prozent von ihrem Taschengeld hergeben sollen. Ich finde, das ist eine Einschränkung von Lebensniveau, das ist eine Belastung von jungen Leuten, älteren Leuten, von Geringverdienern, aber auch von unseren Unternehmen, und ich hätte mir gewünscht, wir hätten in diesem Zusammenhang den Schritt zur Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes intensiver betrieben, als die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um drei Prozent hier de facto durchzuweisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Das ist leider gegenwärtig die Diskussion in der Bundesrepublik. Ich glaube, deshalb ist es wichtig, noch einmal zu werben und zu sagen, wir gehen hier einen kleinen Schritt für die Gastronomie und den Tourismus. Aber ebenso gut sollten wir uns, wenn der aktuelle Beschluss des EU-Finanzministerrates seit dem 1. Februar 2006 ermöglicht, dass alle Mitgliedstaaten rückwirkend zum 1. Januar 2006 einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 5,5 Prozent auf arbeitsintensive Dienstleistungen erheben können und eben nicht nur auf den Tourismus und das Gastgewerbe, diese Option offen halten. Viele Mitgliedsländer der EU haben bereits davon Gebrauch gemacht. Man muss einen Antrag bis Ende März stellen. Deutschland sagt klar, wir wollen keinen Antrag stellen. Ich finde das kontraproduktiv und zwar nicht nur für Tourismus und Gastgewerbe, sondern für kleine sowie mittelständische Unternehmen und das produktive Handwerk.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Ich will Ihnen sagen, was es bedeuten könnte: Ergebnisse der Untersuchung des Institutes für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim bereits aus dem Jahre 2003 haben ergeben, dass eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von jetzt 16 Prozent auf 7 Prozent für arbeitsintensive und konsumnahe Dienstleistungen mehr als 250.000 Arbeitsplätze bringen würde, davon 150.000 beim Handwerk, beim Bau- und Ausbaugewerbe etwa 20.000, im Friseurgewerbe 20.000, im Gastgewerbe 70.000 neue Arbeitsplätze. Deshalb wäre es wert, diese Frage des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in die Debatte der Erhöhung der Mehrwertsteuer mit einzubringen und vielleicht zu versuchen, dass man auf der einen Seite Belastung schafft, aber auf der anderen Seite diese Belastungen minimiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS)

Ich gestehe ein, da ich im Wesentlichen verantwortlich zeichne für das steuerpolitische Konzept meiner Partei, dass ich mir auch lange die Frage gestellt habe, warum Pornozeitschriften zum Beispiel mit 7 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden und Medikamente für die Bürgerinnen und Bürger mit 16.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Beate Mahr, SPD)

Wir haben also in diesem Zusammenhang ein weites Spannungsfeld.

Ich bin dafür, dass wir diesen Antrag in der Einmütigkeit beschließen, obwohl es nicht im Trend ist und viele andere Länderregierungen eben nicht auf unserer Seite sind, obwohl sie auch gern die sieben Prozent für ihren Tourismus und das Gastgewerbe hätten wie Bayern und Sachsen zum Beispiel. Und vielleicht täten wir alle gut daran, mit unseren Fraktionen in den anderen Ländern in dieser Frage einmal Tacheles zu reden, dass es hier um ein Interesse der Wirtschaft geht,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

und nicht um parteiideologische Scheuklappen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Siegfried Friese, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schade, dass Herr Riemann heute nicht hier ist, denn er hat sich schon im Vorfeld sehr intensiv mit der Problematik und mit meiner Rede beschäftigt und hatte eigentlich in Aussicht gestellt, zur heutigen Sitzung einen neuen Antrag einzubringen.

(Egbert Liskow, CDU: Einen Änderungsantrag!)

Ja, einen Änderungsantrag. Das ist nicht passiert, also haben wir gehandelt. Ich denke, das ist auch richtig, dass wir gehandelt haben, und ich werde Ihnen erklären, warum wir als Koalitionsfraktionen, federführend auch wir als SPD-Fraktion hier gehandelt haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist richtig, meine Damen und Herren von der Opposition, sowohl der Ministerpräsident als auch der Wirtschaftsminister unseres Landes haben sich in der Presse positiv zu diesem Ansinnen geäußert, so, wie Herr Riemann das dargestellt hat. Der Minister hat es auch bereits erläutert.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Doch ich gehe davon aus, dass Sie zumindest heute, nachdem wir diesen Antrag vorgelegt haben, auch zustimmen werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Es ist richtig, in der 26. Sitzung des Landtages am 11. Dezember 2003 konnten wir als SPD-Fraktion einen fast gleich lautenden Antrag Ihrer Fraktion nicht mittragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Warum nicht?)

Damals sprachen in der Abwägung mehr Argumente dagegen als dafür.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? Ach! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hören Sie ruhig zu!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das gibt's doch nicht!)

Es ist unbestritten, dass das Tourismusgewerbe in unserem Land einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige ist. Die Vielfalt der Angebote, die von Natur, Kultur, Well-

ness bis hin zu Gesundheit reichen, macht unser Land einmalig. Vergleichbare Angebote, gerade im Tourismusgeschäft, sind nur schwer zu finden. Von daher ist die Preiskomponente zunächst nachrangig. Ich entscheide mich vorrangig für das Angebot, das mich interessiert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber die Entwicklung hat uns doch Recht gegeben.)

Richtig, Herr Dr. Born.

Die Geld bezahlen, sprechen eine deutliche Sprache.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Trotzdem gilt es, jährlich große Anstrengungen zu unternehmen, um erreichte Erfolge zu verstetigen und neue attraktive Felder zu erschließen.

Mit dem Beitritt Polens zur EU hat sich die Wettbewerbssituation vor allen Dingen im östlichen Landesteil, dem Reisegebiet Usedom, verändert, deutlich verändert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der war aber damals schon abzusehen, der Beitritt.)

Es hat sich inzwischen verändert. Hier konkurriert Polen mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotel- und Restaurantdienstleistungen von 7 Prozent mit dem deutschen Steuersatz von 16 Prozent.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb haben wir ja damals den Antrag gestellt, Frau Schildt.)

Analog trifft es auch die deutschen Bundesländer an der Grenze nach Tschechien, wo ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 5 Prozent für Hoteldienstleistungen und ein normaler Steuersatz für Restaurantdienstleistungen von 19 Prozent gilt. Das bedeutet bei vergleichbaren Angeboten eine spürbare Verzerrung zulasten unserer Unternehmen, wie jetzt festgestellt wird. Beherbergungsgewerbe ist immer im unmittelbaren Zusammenhang mit der Gastronomie zu betrachten. Auch den Medien ist zu entnehmen, dass für attraktive Angebote hier im Land gegenwärtig Rabattschlachten ohne Ende laufen: „Zwei Essen zum Preis von einem“, „Essen, bis Sie satt sind“. Das und ähnliche Angebote sind heute nicht nur in Schwerin, sondern im ganzen Land anzutreffen. Der Kampf um die Gäste ist in eine seiner härtesten Phasen getreten, der bis an die Existenzgrenze geht. Das ist nicht zu verkennen.

Ein gemütliches Essen, ein verlängertes Wochenende, meine Damen und Herren, das ist ein kleiner Luxus, den die meisten Menschen sich durchaus nicht jeden Tag leisten und leisten können. Manchmal entscheiden schon heute kleine, ganz winzige finanzielle Hürden, ob eine Familienfeier in einer gastronomischen Einrichtung stattfindet oder in einem Gemeinderaum selbst ausgestattet wird. Die im Januar 2007 vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozent verteuert in diesem Fall den Anteil Arbeit zwar marginal, aber wird zahlreiche Bürger abhalten, diese Angebote zu nutzen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Liskow?

Ute Schildt, SPD: Bitte am Schluss meiner Rede, Herr Liskow.

Wir sind damit in einem sehr empfindlichen Schwellenbereich angekommen. Die Stärkung dieser Wettbewerbssituation, die sich in den zurückliegenden zwei Jahren deutlich verändert hat, ist Ziel unseres Antrages. Trotz-

dem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Umsatzsteuer nur ein Bestandteil der gesamten Dienstleistung ist. Andere Bestandteile wie Tariflöhne, weitere Steuern und Abgaben haben wesentlich größere Auswirkungen auf die Endverbraucherpreise. Ob es zu Mitnahmeeffekten durch die Branche kommt, weil die ermäßigten Mehrwertsteuersätze nicht vollständig in die Preissenkung einfließen, ist nicht abzuschätzen. Es ist aber sinnvoll, sonst haben wir damit nichts erreicht, meine Damen und Herren.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Diese Argumente stehen nach wie vor auf der anderen Seite der Gleichung.

Meine Damen und Herren, der ECOFIN-Rat hat Anfang Februar 2006 beschlossen, dass die EU-Kommission auf der Grundlage einer unabhängigen Untersuchung einen Bewertungsbericht über die Auswirkungen der angewandten ermäßigten Sätze auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, über das Wirtschaftswachstum und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes vorlegen soll. Dabei soll auch das Gaststättengewerbe betrachtet werden. Das halten wir für sehr sinnvoll und notwendig, um in Europa harmonisierte Bedingungen zu schaffen, und das muss Ziel sein. Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen und uns nicht an ein Land zu binden. Wir können deshalb Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie jetzt die Frage des Abgeordneten Liskow? (Zustimmung)

Bitte.

Egbert Liskow, CDU: Frau Schildt, können Sie mir sagen, welche Rahmenbedingungen sich seit dem 11.12.2003 gegenüber heute geändert haben, dass wir jetzt diesem Antrag von Ihnen aus der heutigen Sicht zustimmen sollen?

Und darf ich eine zweite Frage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ja, wenn Sie die gleich dazu stellen.

Egbert Liskow, CDU: Die zweite Frage: Warum wollen Sie keinen Prozentsatz in Ihrem Antrag formulieren?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Weil wir nur einen haben.)

Ute Schildt, SPD: Ich habe versucht, in meiner Rede auszuführen, dass das sicherlich ein sehr kleiner Schritt ist, dass das ein ganz marginales Drehen an Schrauben ist, ob es wichtig und notwendig ist oder nicht. Diese Veränderungen sind mit einer Mehrwertsteuererhöhung von drei Prozent verbunden. Das ist ein sehr kleiner Schritt, aber es ist in der Entscheidungsfindung, nehme ich eine Dienstleistung noch an. Bei zusätzlich steigenden Preisen insgesamt ist das entscheidend, ob der Kunde noch da ist. Und dieses ganz kleine Drehen an der Schraube kann zu negativen Auswirkungen führen. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Gleichung jetzt ein Ungleichgewicht erfahren hat. Gleichzeitig ist der Beitritt Polens erfolgt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Der stand doch schon fest.)

Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze jetzt auch wirklich wahrnehmbar sind. In der Summe sind es doch deutliche

Veränderungen, die zu erzielen sind. Es ist ein Abwägungsprozess, der nicht absolut eindeutig ist, aber im Moment eine Veränderung erfahren hat.

Die zweite Frage war ...

Egbert Liskow, CDU: Warum der Prozentsatz nicht.

Ute Schildt, SPD: Wir haben einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz mit sieben Prozent. Also ich sehe nicht ein, warum wir den jetzt festschreiben sollen. Das muss diskutiert und auch abgewogen werden, aber wir haben im Moment die sieben Prozent als ermäßigten Mehrwertsteuersatz.

Egbert Liskow, CDU: Aber der gilt doch automatisch nicht. Na ja gut, vielen Dank.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Schildt.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Petters. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat mir gezeigt, dass ein zweiter Aufguss eines Antrages nicht so gut ist wie der erste Aufguss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das hat es ganz klar gezeigt, meine Damen und Herren. Und deswegen habe ich mich auch entschieden, noch einmal in die Debatte einzugreifen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –
Angelika Peters, SPD: Hören Sie zu!)

Ich habe mit Bedauern zur Kenntnis genommen – und der Kollege Born hat gerade noch einmal dazwischengerufen –, der Minister schaut grimmig in den Plenarsaal, weil die Debatte hier wirklich nicht sehr zielführend läuft. Und gestatten Sie, Frau Kollegin Gramkow, ich mache mir Sorgen, wenn Sie hier am Podium stehen. Sie gehen mit so einer Power an ein Thema heran,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Ja, so ist sie.)

dass ich mir um Ihre Gesundheit Gedanken machen muss.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ach, Herr Petters!)

Ich denke, ein einfaches Ja zu diesem Antrag würde doch genügen. Aber wenn Sie jetzt noch bundespolitische Debatten hier anregen,

(Gabriele Mést'an, Die Linkspartei.PDS:
Das unterscheidet uns eben von Ihnen.)

die vielleicht Ihre Kollegen in der Bundestagsfraktion nicht ausreichend führen können, weil sie zu wenig Redezeit haben, bitte verschonen Sie uns mit diesen Debatten hier im Haus!

(Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Das
haben Sie auch schon gemacht. Gucken Sie Ihre
Fraktion an! Das haben Sie auch schon gemacht.)

Herr Müller, ich schätze Sie sehr als Kollege des Tourismusausschusses

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und ich denke, dass wir viele Diskussionen im Ausschuss hatten.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Sagen Sie doch mal was zum Antrag!)

Ich sage etwas zum Redebeitrag. Frau Kollegin, gestatten Sie mir bitte diese Anmerkungen, denn der Kollege Müller ist heute ein wenig vom Konsens abgewichen, dass wir eine Tourismuskonzeption haben, dass wir wissen, dass Qualität vor Preis geht. Und er bringt hier in seiner Einbringungsrede ganz klar Beispiele für Niedriglohn, für Niedrigpreise. Sie wissen doch ganz klar, Herr Kollege Müller, ich weiß nicht, warum Sie es gesagt haben: Mit Mallorca wird Mecklenburg-Vorpommern nie konkurrieren können.

(Lorenz Caffier, CDU: Wollen wir auch gar nicht.)

Wir setzen auf Qualität und das ist uns wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und auch wenn ich das Thema Verdrängungswettbewerb höre, Frau Kollegin Schildt, wir sitzen doch hier in diesem Hohen Hause. Frau Gramkow, die leider jetzt das Plenum verlassen hat,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ja, die konnte das auch nicht mehr ertragen. – Heiterkeit bei Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS –
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

hat schon vor langer Zeit in der DEHOGA-Zeitschrift die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes gefordert. Es ist wichtig, dass wir uns für die Unternehmen engagieren. Darum geht es, nicht darum, hier Niedrigpreisverdrängungswettbewerb zu führen. Es geht um die Wettbewerbssituation unserer kleinen Gastronomiebetriebe, unserer Restaurants, und darauf sollten wir uns doch einfach beziehen. Ich gehe davon aus, Herr Müller, dass Sie das auch unterschreiben, dass das in diesem Falle wichtig ist.

(Detlef Müller, SPD: Aber selbstverständlich.)

Und, Herr Minister, gestatten Sie doch meinem Kollegen Liskow einen kleinen Rückblick auf die Vergangenheit. Er hat mich gebeten, ihm das Protokoll dieser Sitzung zu überreichen, was ich gern nachher tun werde.

(Zuruf von Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS)

Es ist doch wichtig, Politik im Gesamtzusammenhang zu sehen, meine Damen und Herren,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Richtig. –
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:

Da stimmen wir überein. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Da müssen Sie auch mal nach Europa gucken. –
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

ohne heute doch der guten Sache ein positives Votum zu geben.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Jeder widerspricht sich selber.)

Ich möchte hier ausdrücklich noch einmal für meine Fraktion deutlich machen: Wir unterstützen natürlich die Bemühungen des Ministers in Berlin

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

und wir wissen es zu schätzen, wie er in den Koalitionsverhandlungen um dieses Thema gekämpft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das wissen wir zu schätzen und das hat er auch im Ausschuss deutlich gemacht, das musste hier heute noch einmal gesagt werden.

(Harry Glawe, CDU: Hat er gut gemacht.)

Ich bin sehr zuversichtlich, Herr Minister, dass Sie es schaffen werden, mit Ihrem Kollegen Steinbrück und anderen Kabinettsmitgliedern etwas für diesen Tourismus zu tun.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Die Ihrer Partei aber angehören.)

Wir würden uns freuen, wenn Sie es schaffen könnten,

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

uns noch vor der Landtagswahl dazu Informationen zu geben,

(Heiterkeit bei
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Mal sehen, was die CDU-Finanzminister dazu sagen.)

wie weit Sie bei diesem Thema gekommen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Petters, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Petters, können Sie mir mit touristischem Sachverstand erklären,

(Heiterkeit und Zurufe von
SPD und Linkspartei.PDS: Oh!)

worin der Unterschied der Situation zwischen der Antragstellung damals hier im Hause und der heutigen Situation liegt, soweit es den Beitritt der Republik Polen angeht? Ist es so, dass dieser Beitritt jetzt überraschend über uns hereingekommen ist,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS:
Die Frage ist doch abgesprochen.)

oder stand er zum damaligen Zeitpunkt nicht fest, als der Antrag erstmals dem Hohen Hause vorlag? Ich brauche den Sachverstand des Kollegen, weil ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Born, ich denke, die Frage ist verstanden worden.

Herr Petters, bitte.

Andreas Petters, CDU: Ich bedanke mich sehr für die Frage, Herr Dr. Born.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heinz Müller, SPD: Sie bekommen so selten
Gelegenheit, miteinander zu sprechen.)

Ich denke, meine Eingangsbemerkung, dass ein Antrag im zweiten Aufguss auch den Rednern Schwierigkeiten macht,

(Angelika Peters, SPD: Wiederholung!)

Argumente zur Begründung nachzuschieben, sagt alles.

(Angelika Peters, SPD: Ja, das ist doch keine Antwort auf die Frage.)

Ich denke, da haben wir eine Meinung,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie nun gewusst, dass Polen beitrifft oder nicht?)

dass dieses Argument hier nicht zielführend ist.

(Heinz Müller, SPD: Ach! – Heiterkeit und Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Zielführend ist, dass wir bei diesem Thema gemeinsam handeln. Und wichtig ist für uns alle, dass der Wirtschaftsminister und das Bundeskabinett gute Entscheidungen für die Wettbewerbsfähigkeit

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Also nun doch die Bundespolitiker! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

unserer kleinen und mittelständischen Tourismusunternehmen erzielen können.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie können doch mal einfach antworten.)

Ich bin zuversichtlich, dass Herr Minister Ebnet mit seiner Stimme in Berlin dies auch erreichen wird.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herzlichen Dank.

(Angelika Peters, SPD: Und das war jetzt die Antwort auf die Frage.)

Andreas Petters, CDU: Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Peters, SPD: Ist Herr Dr. Born jetzt schlauer geworden? Hätten Sie ihm mal genau geantwortet! Herr Dr. Born, Sie hätten das Herrn Petters mal erklären sollen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Angelika Peters, SPD: Alles klar.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Wien. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einfach noch einmal an die Kollegin Gramkow anschließen

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist schön.)

und in diesem Hohen Hause sagen, dass es natürlich sehr wichtig ist, im Hotel- und Gaststättengewerbe

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

einen geminderten Mehrwertsteuersatz einzuführen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Aber das kann einfach nur ein erster Schritt sein. Wir sollten uns auch wirklich dafür einsetzen, dass alle arbeitsintensiven Dienstleistungen mit einem geringeren Mehrwertsteuersatz besteuert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das sollte letztendlich unser Anliegen sein.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Sache mit dem Hotel- und Gaststättenwesen ist ein erster und ganz wichtiger Schritt. Wir haben es gerade von unserem Minister gehört, dass das Hotel- und Gaststättenwesen bei uns mindestens den gleichen Stellenwert hat wie die Industrie, und so sollten wir es also auch behandeln.

Wir haben heute schon sehr viel Allgemeines über das Hotel- und Gaststättenwesen gehört. Ich möchte auf einen ganz konkreten Aspekt noch einmal aufmerksam machen: Und zwar hören wir immer, dass die Aufenthaltsdauer in den Hotels rückläufig ist, die Gästezahl sich aber erhöht. Das heißt, dass die Aufenthaltsdauer letztendlich kürzer ist und die Gästezahl sich erhöht. Der Aufwand an Arbeit für die Menschen, die im Hotel arbeiten, ist einfach höher, denn ein Abreisezimmer ist natürlich viel aufwändiger zu erledigen als ein Bleiberzimmer, so heißt das. Und natürlich ist der Verwaltungsaufwand auch viel höher. Ich muss viel mehr Buchungen annehmen, ich muss sehr viel mehr Abrechnungen erledigen, und das ist natürlich auch eine erhöhte arbeitsintensive Dienstleistung.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born bittet um das Wort für eine Anfrage. – Lorenz Caffier, CDU: Wirst du heute fürs Fragen bezahlt oder was? – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Darum ist es natürlich wichtig, dass wir das honorieren, und das passiert doch letztendlich auch in unserem Land. Das ist an Zahlen sehr gut abzulesen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete Wien, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Hinterher.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danach.

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Ich sage mal – das hatten wir auch gerade gestern erst –, in Zeiten der Vogelgrippe sollten wir unseren Hotels und Gaststätten heftig unter die Arme greifen, zum Beispiel mit dem vermindernden Mehrwertsteuersatz. Es gibt ihn natürlich schon, denn, meine Damen und Herren, setzen Sie sich in eine beliebige Bäckerei, setzen Sie sich in eine beliebige Fleischerei! Essen Sie ein Stückchen Kuchen, trinken Sie eine Tasse Kaffee in der Bäckerei! Essen Sie zum Beispiel eine Gulaschsuppe in einer Fleischerei, meine Damen und Herren! Da sitzen Sie auch und essen.

(Lorenz Caffier, CDU: Und meistens nimmt man das im Stehen ein.)

Sie bekommen Ihr Essen sozusagen im Sitzen, ein Getränk dazu, und genau dort bezahlen Sie nämlich nur diese sieben Prozent im Moment. Hier haben wir zum Beispiel in unserem Lande eine Ungleichbehandlung. Ich will jetzt nicht dafür werben, dass es in den Bäckereien und

Fleischereien den erhöhten Mehrwertsteuersatz gibt, sondern im Gegenteil, es geht darum – und wir sollten wirklich darum kämpfen –, auch in den Hotels und Gaststätten diesen verminderten Mehrwertsteuersatz zu bekommen.

Und darum – ich schließe mich noch einmal der Rede von Frau Gramkow an – bitte ich die Fraktionen der SPD und CDU, in den anderen tourismuslastigen Ländern dafür zu werben, dass auch dort in den Fraktionen durch ihre Parteien das entsprechend gefördert wird und diese Länder sich letztendlich auf Bundesebene dafür einsetzen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete Wien, gestatten Sie jetzt die Anfrage von Herrn Dr. Born? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Frau Kollegin Wien, können Sie mir bitte erklären, nachdem es nun über zwei Jahre gedauert hat, bis Sie einen Antrag aufnehmen, den unsere Fraktion seinerzeit gestellt hat, warum Sie heute nun wiederum einem Antrag, der doch offenkundig sinnvoll ist, einem Änderungsantrag nicht zustimmen wollen,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das wissen Sie doch gar nicht.)

obwohl in der EU-Richtlinie eindeutig festgeschrieben ist, dass ein bestimmter Mehrwertsteuersatz genannt werden muss? Und können Sie mir bitte erklären, warum Sie jetzt nicht gleich das Sinnvolle beschließen, sondern etwas tun wollen, was dazu führt, dass der Minister gar nicht genau wissen kann, was er eigentlich verhandeln soll?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Step by Step, kann ich dazu nur sagen.)

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Sehen Sie, und genau das möchte ich, dass der Minister einfach Verhandlungsspielraum hat.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Ja, klare Antwort. Da ist er sprachlos.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Bitte schön.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin, ...

(Heiterkeit bei
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Heinz Müller, SPD: Hundert Punkte! –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Haben Sie sich das so vorgestellt?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren!

Bitte, Herr Dr. Born.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Wien, stimmen Sie mir denn zu, dass die EU-Richtlinie eindeutig und klar festgelegt ist, dass ein bestimmter Mehrwertsteuersatz in

der Gesetzgebung genannt werden muss, und es deshalb auch Sinn macht, wenn der Landtag sich so klar ausdrückt, dass die, auf die wir nach Ihren Worten einwirken sollen, auch wissen, in welcher Richtung sie eigentlich handeln sollen?

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben uns doch eben aufgefordert, mit unseren Fraktionskollegen aus anderen Ländern im Bundestag zu reden, was wir gern tun. Aber wenn wir jetzt keine klare Beschlussfassung haben, wofür sollen wir uns eigentlich einsetzen bei den Kollegen?

(Volker Schlotmann, SPD: Ist das 'ne Frage? –
Zuruf von Gabriele Mest'an, Die Linkspartei.PDS)

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Die EU-Richtlinie sagt, ab fünf Prozent. Und stellen Sie sich vor, wir sagen jetzt hier sieben und Dr. Ebnert würde es schaffen, sechs Prozent herauszuhandeln,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das wäre doch Klasse!)

dann würden wir doch ganz dumm dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,
Beate Mahr, SPD, und Angelika Peters, SPD)

Wenn er acht heraushandelt, wäre es auch gut.

(Egbert Liskow, CDU: 18.)

Und das wird er nicht tun, er weiß nämlich auch, worum es geht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der Linkspartei.PDS – Unruhe bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Wir sind damit am Ende der Rednerliste. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/2147.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der ist gut.
Dem können Sie zustimmen.)

Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und nicht erst
wieder in zwei Jahren zustimmen!)

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön.

(Dr. Ulrich Born, CDU: In zwei Jahren
gibt es diesen Landtag nicht mehr.)

Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS sowie des fraktionslosen Abgeordneten bei einer Stimmenthaltung eines Abgeordneten der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2120 in unveränderter Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist jetzt ganz spannend.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2120 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, Linkspartei.PDS und CDU sowie des fraktionslosen Abgeordneten und zwei Stimmenthaltungen angenommen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zwei.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.00 Uhr fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 11.48 Uhr

Wiederbeginn: 13.03 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD – Kommission „Lebenslanges Lernen in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 4/2119, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Enquetekommission „Zukunft der Erziehung und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 4/2126.

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD:
Kommission „Lebenslanges Lernen in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 4/2119 –

Antrag der Fraktion der CDU:
Enquetekommission „Zukunft der Erziehung und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 4/2126 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD hat der Abgeordnete von der Fraktion der Linkspartei.PDS und Vizepräsident Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über Bildung, Bildungssysteme, Inhalte, Formen und Methoden werden seit Jahrzehnten auch in Mecklenburg-Vorpommern und in der gesamten Bundesrepublik geführt, bisher eher mit marginalen Ergebnissen. Es gab und gibt keinen großen Wurf, der den Problemstau des deutschen Bildungssystems bewältigt hätte: 16 Bundesländer, 16 verschiedene Bildungssysteme, 16 verschiedene Lösungsansätze, trotz PISA, IGLU, TIMS und anderen Untersuchungen keine wirklich durchgreifenden Veränderungen.

Mit der gegenwärtig diskutierten Föderalismusreform wird die bildungspolitische Kleinstaaterei nicht etwa abgeschafft, sondern weiter verschärft. Nun ist es natürlich in einem föderalen System immer schwierig, eine zentrale Steuerung zu etablieren, aber in existenziellen Fragen gesellschaftlicher Zukunftsvorsorge, wie es die Frage der Bildung ist, sollte der Bund zumindest den Rahmen bestimmen. Wir halten deshalb nach wie vor ein Bildungs-

rahmengesetz des Bundes für notwendig und nützlich. Aber nun ist es so, wie es ist, und wir werden die Föderalismusreform wohl leider so oder so ähnlich bekommen, wie sie bisher verhandelt wurde. Nur Mecklenburg-Vorpommern hat sich aus guten Gründen im Bundesrat enthalten, obwohl viele andere Bundesländer ähnliche Sorgen und Bedenken haben wie wir. Dass aber, meine Damen und Herren, die Föderalismusreform Konsequenzen auch für die künftige Gestaltung der Bildungspolitik in unserem Land hat, ist wohl so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Auch in der Bildung ist ein Wettbewerb zwischen armen und reichen Ländern zu befürchten, der im schlimmsten Fall ungleiche Bildungschancen und ungleiche Bildungsmöglichkeiten zur Folge haben würde.

Es wird in den nächsten Jahren neue bildungspolitische Herausforderungen geben, denen wir uns stellen und die wir vor allem bewältigen müssen. Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel, bei dem Chancen und Risiken gleichermaßen zu betrachten sind. Mit den neuen Bedingungen sind eine Vielzahl von Fragen zu beantworten, Lösungswege aufzuzeigen und Strategien zu entwickeln, die für die Zukunft der Bildung, für das Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund des immer notwendiger werdenden längeren beziehungsweise lebenslangen Lernens von Bedeutung sind. Das wird nach unserer Überzeugung nur gelingen, wenn in einem breiten dialogischen Prozess die politischen Entscheidungsträger gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern,

(Torsten Renz, CDU: Horch, horch!)

mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der unterschiedlichsten Ebenen und mit unterschiedlichsten Bezügen zu dieser Thematik ein langfristiges strategisches Entwicklungskonzept erarbeiten.

Wir brauchen eine langfristige klare Entwicklungskonzeption für die Ausgestaltung des Bildungswesens auch in unserem Land. Sie sollte von einer möglichst breiten Zustimmung und Akzeptanz getragen sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das meinen wir auch. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja,
das wäre doch schön.)

sie darf nicht Vision bleiben, sondern muss Stück für Stück Realität werden. Dazu gehört es, und das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, zu akzeptieren, dass Wissenschaft, dass Forschung, dass internationale Entwicklungen dem deutschen Schulsystem und dem deutschen Bildungssystem in Gänze Unzulänglichkeiten, Ungerechtigkeiten, soziale Benachteiligungen und wachsendes mangelndes Leistungsvermögen bescheinigen. Um diese Fragen zu beantworten, um diesen breiten politischen und fachlichen Dialog zu befördern, wollen wir die Landesregierung auffordern, eine Kommission „Lebenslanges Lernen in Mecklenburg-Vorpommern“ einzurichten,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

denn dieses Konzept muss ausgehend vom erreichten Stand unter Berücksichtigung internationaler, nationaler und landesspezifischer Besonderheiten die mittel- und langfristigen realistischen Entwicklungsziele definieren.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die im Antrag formulierten Ziele und Aufgabenstellungen sollen das

gesamte Bildungssystem betrachten. Es soll die Bereiche der frühkindlichen Bildung und Erziehung im vorschulischen Leben, es soll die Bildung und Erziehung in den allgemein bildenden Schulen, die berufliche Ausbildung und das Studium sowie die lebensbegleitende Weiterbildung umfassen und Konsequenzen für diese bestimmen. Hinzu gehören solche begleitenden Aspekte wie zum Beispiel die Stellung und die Erfordernisse zur Entwicklung der Sozialarbeit an den Bildungseinrichtungen, die Vertiefung der Zusammenarbeit von Schulen mit der Kinder- und Jugendhilfe, die Aus- und Fortbildung von pädagogischem Personal für die jeweiligen Bereiche, und zwar im weitesten Sinne, die Entwicklung der Horte und Ganztagschulen, dazu gehören die weiteren Entwicklungen der Betreuungsrelationen, pädagogische und soziale Rahmenbedingungen, Qualität, Effizienz und Ergebnisorientierung unter Beachtung eines humanistischen Bildungsansatzes, der nicht ausschließlich nur eine Verwertungsmöglichkeit von Abschlüssen und Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt stellt, sowie die Sicherung von Zugangsmöglichkeiten für die einzelnen Bildungsgänge.

Zu prüfen ist auch, ob eine verwaltungsseitige Zusammenführung der verschiedenen Bestandteile in einem dafür zuständigen Ministerium nicht effizienter ist. Wenn wir einerseits die Kleinstaaterei kritisieren, dann sollten wir andererseits wenigstens unsere Möglichkeiten nutzen zu zentralisieren, wo dieses erforderlich und möglich ist.

Wir haben sehr bewusst darauf verzichtet, mit unserem Antrag ausschließlich und dezidiert nur die Schule zu betrachten. Die Anforderungen und Ergebnisse von Bildung, Erziehung und lebenslangem Lernen sind nur in einem abgestimmten System ihrer einzelnen Komponenten zu lösen. Gegenseitige Bezüge und Abhängigkeiten wie die Ausgestaltung der Schnittstellen und Übergänge, die stufenweise Weiterentwicklung vorhandener Grundlagen, die Kooperation und Zusammenarbeit sind dabei genauso wichtig wie die inneren Zusammenhänge und Strukturen eines einzelnen Systembestandteils.

Bildung und Erziehung funktionieren nur als Einheit von Wissen, Können, Kompetenzen und sozialer Ausgewogenheit. Darum müssen auch Komponenten wie die Gewährleistung von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit, die Sicherung der sozialen Ausgewogenheit ohne Ausgrenzung, der weitere Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens bei Sicherung der individuellen Förderung der Leistungsstarken wie der Leistungsschwächeren, die Gewährleistung eines möglichst kostenlosen Zugangs zu allen Bildungsangeboten in den jeweiligen Bereichen und die Vermittlung von Kompetenzen sowohl für das Wissen, aber auch für das Verhalten und für die Gestaltung eines unabhängigen und selbstbestimmten Lebens weiterentwickelt werden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zugegeben, das sind anspruchsvolle Aufgabenstellungen und Ziele, insbesondere deshalb, weil wir wissen, dass gerade im Bildungsbereich die Einzelintentionen der betroffenen Gruppen und der verschiedenen Interessenverbände schwer zu vereinbaren sind.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Eben.)

Und trotzdem: Nur wenn es gelingt, so weit wie irgend möglich zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, wird es mittel- und längerfristig zu einem Erfolg. Andere Bundesländer haben versucht, es uns vorzumachen, Möglichkeiten zu prüfen, ob das parteiübergreifend geht, und das

meine ich nicht so sehr auf den Begriff der politischen Parteien bezogen. Sie haben versucht, sich zu einigen.

Was den Zeitrahmen betrifft, auch das sei an dieser Stelle ausdrücklich formuliert, wollen wir keinen Schnellschuss. Aus diesem Grunde schlagen wir als Endtermin für die Arbeit dieser Kommission vorläufig den 30. Juni 2008 vor. Auch hier zeigen die Ergebnisse und Erfahrungen anderer Länder, dass circa zwei Jahre nötig sind, um zu brauchbaren, dialogisch entstandenen Ergebnissen zu kommen. Und selbst das ist mit Blick auf die Themenfülle und Komplexität dessen, um das es hier geht, ein ehrgeiziger Zeitraum.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt wie üblich schon wieder erste Stimmen, die den von den Koalitionsfraktionen unterbreiteten Vorschlag kritisieren. Die CDU meint, mit der Bildung der Kommission durch die Landesregierung würde sich das Parlament seiner Kompetenzen berauben. Ich werde mich nachher in der Debatte mit dem Antrag der CDU-Fraktion ausführlicher befassen,

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Da freue ich mich schon drauf.)

aber an dieser Stelle zu unserem Antrag, eine Kommission der Landesregierung einzusetzen, noch einmal ausführen:

Natürlich ist es so, dass, wenn man das Verfahren nach Artikel 60 der Landesverfassung wählt, der Landtag in der Pflicht steht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –

Wolf-Dieter Ringguth, CDU:

Das wollen wir ja auch.)

Nur bei uns ist, im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, nicht das aktuelle Volksbegehren des Landeselternrates der Ausgangspunkt des Antrages.

(Torsten Renz, CDU: Na, na, na! Das glaubt doch wohl keiner! – Dr. Armin Jäger, CDU: Ein Schelm, der so etwas glaubt.)

Das ist deshalb nicht so, weil es sich mit einer Änderung des Schulgesetzes befasst.

(Torsten Renz, CDU: Oh, das heißt Eulen nach Athen tragen! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Wir wollen weit über die Schulen hinausgehende Konzepte weiterentwickeln. Insoweit sind die Vorschläge sicher in Beratungen einzubeziehen,

(Torsten Renz, CDU: Ich fasse es nicht!)

aber sie sind weder der Anfang noch das Ende dieses Prozesses und dieses Antrages, und damit steht für uns als Koalitionsfraktionen auch die Gesetzgebungsfrage nicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

jedenfalls nicht bis zum 30. Juni.

(Torsten Renz, CDU: Bis zum 17. September!

Bis zum 17. September, Herr Bluhm! –

Wolf-Dieter Ringguth, CDU:

Bis zum 17. September!)

Im Übrigen erinnere ich mich noch gut an die Kritik der CDU, was die Wahrnehmung von Gesetzesinitiativen von Fraktionen des Parlaments in dieser Legislaturperiode

betrifft. Es gab dazu sogar eine von Ihrer Fraktion beantragte Aktuelle Stunde,

(Torsten Renz, CDU: Unser gutes Recht.)

in der die Einbringung der Novellierung des Schulgesetzes durch die Koalitionsfraktionen mehr als kritisch bewertet wurde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee!)

Wie sich doch manchmal die Zeiten ändern!

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Da hat sich nichts geändert.)

Wir haben keinen Anlass, das Schulgesetz zu überdenken, wie sie das in Ihrer Presseerklärung vom 06.03.2006 formulierten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihnen glaube ich das. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir halten es nach wie vor für richtig und unter den Rahmenbedingungen des Landes und den nationalen und internationalen Entwicklungen für angemessen.

(Torsten Renz, CDU: Wer weiß, was
Frau Dr. Linke auf Rügen erzählt hat! Die
sagt bestimmt, das Schulgesetz wird gekippt.
Wahlkampftechnisch nimmt sie das alles in Kauf.)

Warum nur der Landtag einen Interessenausgleich herbeiführen kann,

(Torsten Renz, CDU: Das habe ich doch erlebt. –
Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

erschließt sich für mich nicht.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS –
Frank Ronald Lohse, SPD: Erst zuhören!)

Es gibt und gab in der Bundesrepublik Kommissionen, die von Landesregierungen genauso wie von Parlamenten eingesetzt wurden. Einer Landesregierung per se zu unterstellen, sie könne keinen Interessenausgleich durchführen, stellt dann wohl auch die Entscheidungen der CDU-geführten Landesregierungen der Vergangenheit in ein etwas problematisches Licht.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Wie wahr!)

Wo steht geschrieben, dass bei einer Regierungskommission kein neutraler Vorsitzender oder keine Vorsitzende

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also da freut sich
sogar Herr Methling. Das sehe ich zu gern!
Da will ich auch mal Freude haben.)

mit der Leitung beauftragt werden könnte? Wir sind jedenfalls sehr dafür, dieses zu tun.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Hinsichtlich der Beteiligung des Landtages steht in der Begründung zu unserem Antrag ausdrücklich der Wille zur Mitarbeitsgewährleistung des Parlaments.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Donnerwetter, ich
wundere mich! – Torsten Renz, CDU:
Großzügig, großzügig! Dass das Ding aus
dem Ausschuss nicht mehr rauskommt.)

Ich gehe davon aus, dass dieser Wunsch selbstverständlich respektiert wird. Eigentlich wollte ich es erst nachher sagen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sag's jetzt! Sag's jetzt!)

aber ich will es aufgrund der Zwischenrufe an dieser Stelle schon deutlich machen:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nun, auf geht's!)

Nimmt man die Enquetekommission in Thüringen zum Maßstab,

(Heike Polzin, SPD: Ja, da kommt
einem manches bekannt vor! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann war die Verteilung im Thüringer Parlament so: sechs CDU-Abgeordnete, zwei von der PDS und zwei von der SPD –

(Torsten Renz, CDU: Das haben
Sie ja hier in der Hand!)

absolute Mehrheit der CDU. Die eingeladenen ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Absolute Mehrheit
hätten wir hier auch gerne, stimmt!)

Kriegen Sie nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir arbeiten dran!)

Die eingeladenen Experten hatten nur bedingtes Rede-
recht in ihrer Enquetekommission im thüringischen Land-
tag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS – Unruhe
bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Renz, CDU: Da sehen Sie mal, wie tole-
rant wir hier sind! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das läuft doch wie im Sonderausschuss, Herr
Bluhm! Das ist doch wie im Sonderausschuss.
Und wenn Sie was sagen, hört keiner hin.
Expertenmeinungen waren nicht gefragt. –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir halten es nach wie vor für richtig,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist die Arroganz der Mehrheiten!)

dass unter den Rahmenbedingungen unseres Landes
eine entsprechende Kommission so arbeitet,

(Heinz Müller, SPD: Das ist ja interessant.)

dass parteipolitisch neutral

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

die Einzelbereiche des lebenslangen Lernens ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja, wie bisher!)

Nee, nicht wie bisher, Herr Dr. Jäger, nicht wie bisher.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch, viel besser!)

... bewertet werden und einer Landesregierung, egal
wie sie zusammengesetzt ist

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Na, dass
das nicht stimmt, das wissen Sie an der Stelle. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und wie das Parlament der nächsten Legislatur aus-
sieht, Empfehlungen unterbreitet,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist doch Ihnen auch nicht egal, Herr Bluhm! –
Torsten Renz, CDU: Dass das eben nicht gestimmt hat, das wissen Sie.)

wie man den Bildungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln kann. Und wenn Sie ehrlich sind

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach so?! –
Bernd Schubert, CDU: Sind wir immer!)

und mit der Patenschaft der Enquetekommission des thüringischen Landtages ehrlich umgehen,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt sind wir in Mecklenburg-Vorpommern, das wissen Sie doch!)

dann müssen Sie konstatieren, dass die vielen Empfehlungen der thüringischen Enquetekommission durch die nach wie vor existierende Meinungsführerschaft der CDU in der Landesregierung Thüringen mitnichten umgesetzt sind.

(Heike Polzin, SPD: Tja. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das war jetzt eine sehr geistvolle Bemerkung, Frau Kollegin! –
Zurufe von Heike Polzin, SPD, und
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir bitten, beide Anträge zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen. Dort wollen wir versuchen, die unterschiedlichen Positionen so weit zu vereinen, wie es möglich ist.

(Torsten Renz, CDU: Für die Öffentlichkeit ist das erst einmal sehr gut.)

Wenn wir mit einer solchen Bildungskommission parteiübergreifend und pragmatisch die zukünftige Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln wollen, dann sollten wir selbst zu dieser Kompromissfähigkeit bereit sein. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Bluhm, bei den ersten Sätzen hätte ich gedacht, jetzt sind Sie schon halb so weit, dass Sie die Fachleute beteiligen wollen mit einer Regierungskommission, nun werden Sie uns auch bei den grundsätzlichen Überlegungen, die Sie angestellt haben, darin begleiten, dass das sehr viel besser in einer Enquetekommission gelöst werden kann. Dem Anspruch konnten Sie offenbar leider nicht genügen. Das enttäuscht mich ein Stück, weil man nicht einerseits sagen kann, dass wir hier über ein zentrales Thema für dieses Land reden, dass wir Chancengleichheit für unsere jungen Menschen wollen, und dann hat man nicht den Mut, die zu beteiligen, die darüber auch etwas Sachliches sagen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, in diesem Landtag noch davon ...

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Das habe ich nicht gesagt.)

Ja, Sie haben nicht den Mut gehabt, einer Enquetekommission zuzustimmen,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Völlig verneint! Das hätten Sie gerne gehört, aber das hat er nicht gesagt. –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Nein.)

weil Sie es dann nicht in der Hand haben.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja, wieso denn nicht? Wir haben doch die Mehrheit als Koalition, wir hätten es doch in der Hand. –
Lorenz Caffier, CDU: Jaja, die ganz große Mehrheit!)

Ja, das mit der Mehrheit ist genau das Thema,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Ja, das ist genau das Problem!)

auf das ich Sie gerne verpflichten möchte.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich denke, das ist Ihnen egal, Herr Bluhm?! –
Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Sie hatten nicht wie ich das Vergnügen, einer sehr erfolgreichen Enquetekommission anzugehören.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Doch, ich war Mitglied der Verfassungskommission. Die war viel erfolgreicher.)

Ja, ja. Ich habe gesehen, wer die Beiträge da gebracht hat, Herr Bluhm. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Es gab eine einzige Enquetekommission, der damalige Vorsitzende ist heute gerade nicht da, aber trotzdem traue ich mich zu sagen, er hat das richtig gut gemacht. Da wurden Ergebnisse mit den Praktikern, mit den Fachleuten erzielt

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Wie lange hatten die Zeit? –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Zwei Jahre.)

und dieser Landtag hat sie auch umgesetzt,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das kann die Kommission auch!
Das kann die Kommission auch! –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

erfreulicherweise sogar einstimmig.

Meine Damen und Herren, was man Ihnen anmerkt, das ist die Angst vor den Fachleuten

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heike Polzin, SPD: Ach du lieber Himmel! –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ach!)

die Angst vor denjenigen, die ideologiefrei etwas bewegen wollen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Ach, Herr Jäger! –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das muss die CDU sagen!)

Sie haben Angst vor den Lehrern, sagen Sie es doch!

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD:
Nein, nein, mit Sicherheit nicht! –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Nee, dafür bin ich selber lange genug Lehrer! –
Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Das ist unberechtigt.

Ja, ich weiß, dass Sie das jetzt ein bisschen trifft, aber leider ist es so,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS – Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

denn die wollen das, was Sie ihnen dauernd predigen,
nun einmal nicht.

(Heike Polzin, SPD: Woher nehmen Sie das? –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das stimmt doch in der Absolutheit nicht,
was Sie hier sagen! – Zuruf von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und wenn ich sehe, wie Sie, meine Damen und Herren,
mit einer Initiative des Landeselternrates umgehen – da
spreche ich Sie, Frau Polzin, sehr direkt an –, muss ich
sagen, Sie haben mich schwer enttäuscht mit Ihren Äuße-
rungen.

(Heike Polzin, SPD: Ja, Sie
mich im Moment auch gerade.)

Sie haben mich schwer enttäuscht,

(Heike Polzin, SPD:
Das beruht auf Gegenseitigkeit.)

denn – das muss ich Ihnen sagen – wer es nicht erträgt
in einer Demokratie,

(Frank Ronald Lohse, SPD: Ach!)

dass die Menschen die Rechte, die die Verfassung
ihnen einräumt, auch wirklich wahrnehmen, wer sie in eine
Ecke schiebt, wo sie nicht hingehören,

(Heike Polzin, SPD: Das hat niemand von
uns getan. Das behaupten Sie nur ständig.
Davon wird es auch nicht wahrer.)

der hat ein gestörtes Verhältnis zu demokratischen For-
men, und da bitte ich Sie, wieder dahin zurückzukommen,
dass wir wieder in der Mitte unserer Gesellschaft mitein-
ander reden können.

(Heike Polzin, SPD: Ja. –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sie müssen Frau Polzin falsch verstanden haben.)

Und, meine Damen und Herren – da gehe ich noch ein-
mal auf das ein, was Herr Bluhm gesagt hat –, es ist scha-
de, dass es erst einer Initiative von außen bedurfte, dass
Sie überhaupt bereit sind, wieder über Bildung zu reden,

(Heike Polzin, SPD:
Auch das ist eine Unterstellung!)

egal ob jetzt in einer Regierungskommission oder in einer
Enquetekommission.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das ist doch hier ein Dauerthema!)

Ich beglückwünsche Sie dazu, dass Sie sich da ein
Stück bewegt haben, aber das reicht eben nicht. Und alle
die Fassetten, die Sie da anbringen, eine Enquetekom-

mission kann das nicht leisten, weil sie mit der Wahlperi-
ode beendet wird, meine Damen und Herren, Sie sind
erfahren genug, dass Sie wissen, dass Sie da Unsinn
reden, richtigen Unsinn.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Das ist aber unparlamentarisch! –
Volker Schlotmann, SPD: Unparlamentarisch! –
Torsten Renz, CDU: Keine Beeinflussung
der Präsidentin bitte!)

Das ist nicht so. Das ist nicht so, sondern man kann
eine Enquetekommission jederzeit wieder neu bestellen.

Und wenn Sie unseren Antrag einmal anschauen,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

dann sehen Sie eins: Wir haben vorgesehen, dass der
oder die jeweilige Vorsitzende des Landeselternrates den
Vorsitz führt.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Für
sechs Wochen eine Enquetekommission!)

Wir wissen warum. Wir möchten jemanden dort haben,
der sich nicht im Parteiengestrüpp verrennt,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Nein,
wir befinden uns nicht im Gestrüpp. –
Frank Ronald Lohse, SPD:
Gestrüpp ist schon toll.)

der nicht wie manche Ausschussvorsitzende in den
letzten Wochen wie ein Gehetzter durch die Gegend zieht,
Sondersitzungen macht, etwas durchpeitscht, das alles
möchten wir nicht.

(Heiterkeit und Zuruf von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Was wir möchten, ist, dass wir uns mit Ruhe, mit Gelas-
senheit, aber auch mit Sachkompetenz mit diesem The-
ma, das, glaube ich, eigentlich das zentrale in unserem
Land ist, beschäftigen. Warum Sie das nicht wollen, wird
mir ewig nicht verständlich sein, meine Damen und Her-
ren. Wovon haben Sie denn eigentlich Angst?

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Dann haben Sie nicht zugehört.)

Natürlich habe ich eben zugehört. Herr Bluhm, das ist
ja das Bedauerliche, dass ich keinen einzigen Satz dazu
gehört habe, warum Sie sich im zweiten Schritt unter die
Fittiche der Regierung begeben wollen, nämlich in eine
Regierungskommission, und nicht in eine Enquetekom-
mission auf gleicher Augenhöhe dieses Parlaments mit
Sachverständigen unter einem unabhängigen Vorsitz be-
wegen wollen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, dies ist ziemlich feige. Dies
ist ziemlich feige, sich einer öffentlichen Diskussion nicht
aussetzen zu wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich gebe zu, dass es leichter ist, in einer Regierungs-
kommission Meinungen vorprägen zu lassen. Also wenn
wir uns die Diskussion um die Theater genau ansehen

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ach!)

und welche Rolle die Abgeordneten dabei gespielt ha-
ben, dann fragen Sie die mal. Ich war nicht dabei, ich habe

mir sagen lassen, das war schon ein bisschen so, als durften die Abgeordneten auch dabei sein. Herr Bluhm, so hatte ich Sie bisher nicht eingeschätzt.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Meine Damen und Herren, wir persönlich glauben, dass es für Sie ein Leichtes sein müsste, an diesem Strang, und zwar in die gleiche Richtung, mitzuziehen. Wir haben heute Morgen sehr deutlich gesagt, dass wir die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande auch außerhalb von Entscheidungen für Wahlen befürworten und dass wir das weiterbringen wollen. Gerade eine Enquetekommission ist ein sehr geeignetes Mittel, um parteipolitische Gegensätze und auch parteipolitische Eifersüchteleien einmal zur Seite zu legen und sich an der Sache zu orientieren. Wir haben das schon einmal, jedenfalls ich persönlich habe es einmal in einer Enquetekommission in diesem Lande erlebt. Ich zehre ein Stück davon, dass so etwas geht, und ich würde Ihnen gerne diese Erfahrung auch einmal wünschen, denn so, wie Sie immer versuchen, die Dinge durchzupeitschen mit einer schon sehr merkwürdigen Arroganz der Macht,

(Heike Polzin, SPD: Oh, oh, oh, es ist nur schade, dass wir auch ein Gedächtnis haben.)

lassen Sie es sein, das ist nicht gut für das Demokratieverständnis in diesem Lande und schon gar nicht in diesem Hause.

Bei allen sachlichen Gegensätzen, ich bin mir sicher, wenn wir nur wollten – nur die inhaltlichen Themen, die Herr Bluhm ja aufgezeigt hat –, dann könnten wir mit einer Enquetekommission ohne jeglichen Zeitverzug, weil sie darauf immer so abstellen, etwas zustande bringen, was wirklich den Namen trägt, ein vernünftiges Bildungskonzept in diesem Lande zu werden. Deswegen meine herzliche Bitte: Wenn sich der Ärger darüber, dass ich etwas kritisiert hatte bei Ihnen, Herr Bluhm, gelegt hat,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Der Grund ist nicht die Kritik.)

dann überlegen Sie mal, ob wir – wir alle zusammen, auch die Kollegen von Ihrer Fraktion und der SPD-Fraktion und meine Kollegen der CDU-Fraktion – das nicht doch voranbringen können. Wir würden unserem Land einen guten Dienst leisten und dafür sind wir alle hier. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Herr Jäger, Sie können uns doch nicht andauernd verhauen und uns dann die Hand reichen! Was ist denn das für eine Methode? Also, Herr Jäger, Sie betiteln uns als feige, ich bitte Sie, was ist denn das für ein Stil?!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Dr. Jäger, ich weise diese unparlamentarischen Worte zurück und bitte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Danke. –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

gerade in den Redebeiträgen darauf zu achten, unparlamentarische Begriffe nicht zu benutzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich gelobe Besserung! –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das glaube, wer will!)

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt eine Zeit zu reden, danach gibt es eine Zeit zu entscheiden und eine Entscheidung auch einmal durchzustehen. Im Anschluss daran ist wieder eine Zeit, um gründlich nachzudenken, was man mittel- bis langfristig tun muss, um für dieses Land angemessen die regionalen Gegebenheiten orientiert am Föderalismus in der Bildung zu gestalten, damit wir vielleicht einmal ein Stück wegkommen von kurzschrittigen Entscheidungen, die schon allein durch Ressorts immer nur ein Stück des Ganzen in Auftrag geben. Wir wollen, obwohl ich hier deutlich sagen muss, dass wir als Koalitionsfraktion eine weitergehende Vision haben, diese Diskussion aufmachen für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog.

(Torsten Renz, CDU: Nur unter
Zwang, nur unter Zwang!)

Wir haben uns an verschiedenen Stellen hier im Parlament immer wieder klargemacht, dass der Wert von Bildung nicht nur am Haushalt festzumachen ist, sondern vor allem auch in gesellschaftlichen Debatten, in den Köpfen der Menschen, im Stellenwert für jeden Einzelnen, und wir haben insgesamt beklagt, dass es in Deutschland damit nicht zum Besten steht. In diesem Sinne macht auch mich die Entwicklung zu einem verschärften Bildungsföderalismus ein bisschen besorgt. Wir können, denke ich, als Land nur versuchen, uns in Anlehnung an internationale Prozesse und Erfolge gemessen an unseren Gegebenheiten zu einer Bildungsvision gesellschaftlich zu verständigen, die über bisherige Gesetzesinitiativen hinausgeht.

Ich denke, mein Kollege Herr Bluhm hat sehr klar und nachvollziehbar dargestellt, welches unsere Beweggründe für unseren Antrag waren. Ich möchte aber vorweg noch einmal eins sagen: Wir haben nicht einmal vor, diesen Antrag heute abzustimmen, und dann ist das so, sondern wir wollen Ihren Antrag ...

(Torsten Renz, CDU: Das ist ja
die Taktik. Das ist die Taktik.)

Genau falsch verstanden, Herr Renz.

(Volker Schlotmann, SPD: Nur was ich selber
denk und tu, das traue ich auch dem andern zu. –
Torsten Renz, CDU: Da kann ich nur sagen, ge-
troffene Hunde bellen. – Volker Schlotmann, SPD:
Ja, warum bellen Sie denn dann?)

Genau das, was Sie selbst tun würden, unterstellen Sie auch uns.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig. – Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
So ist es.)

Genau das ist es wieder, das können Sie überhaupt nicht sagen. Am besten ist, Sie überlegen vorher einmal.

(Beifall Thomas Schwarz, SPD –
Torsten Renz, CDU: Ich habe ja
gesagt, dass getroffene Hunde bellen.)

Dann kommen wir schon ein Stück weiter an dieser Stelle.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Renz darf heute mal Probe sitzen in der ersten Reihe.)

Wir wollen also – das sage ich jetzt vorweg vielleicht auch, um ein bisschen Druck aus der Debatte zu nehmen – beide Anträge überweisen, und zwar nicht nur in den Bildungsausschuss, denn die Komplexität des Auftrages, sowohl in Ihrem Antrag als auch in unserem, sagt schon, hier müssen wir ressortübergreifend denken, sondern wir sind der Auffassung, dass mindestens der Sozialausschuss in Richtung Frühförderung mit beteiligt werden muss.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Wir sind der Auffassung, dass der Innenausschuss dringend mit beteiligt werden muss, schon im Hinblick auf das, was bei Verwaltungsentwicklung, Schulstandorten, Trägerschaft und so weiter passiert. In Klammern: Es steht auch eine Entscheidung zum Thema Kommunalisierung aus. Dieses ist eine so schwierige Entscheidung, die man sich nicht leicht machen darf. Und ich glaube, das wird überhaupt schon einen Unterpunkt in der Debatte ausmachen. Weiterhin ist signalisiert worden, wenn man von lebenslangem Lernen redet, dann muss man gerade auch in dem Bereich der Erwachsenenbildung in die ASP-Programme sehen. Das heißt auch, der Ausschuss für Arbeit, Bau und Landesentwicklung ist hier inhaltlich zu beteiligen.

(Lorenz Caffier, CDU: Und der Sonderausschuss? Ich denke, das macht der Sonderausschuss alles.)

Wir sind der Auffassung, mit einer gründlichen und fairen Beratung beider Anträge könnten wir zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen, die da heißt, alle drei Landtagsfraktionen verständigen sich darauf, in einem inhaltlichen Antrag, der sich gar nicht so sehr von den Inhalten in unseren beiden Anträgen unterscheidet, also wirklich in einem Programm ...

(Torsten Renz, CDU: Das haben Sie doch bei uns abgeschrieben! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dann haben wir aber tolle Insiderkenntnisse. Dann müssen Sie einmal über Ihre Lücken im System nachdenken.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben nur die Überschrift geändert, Frau Polzin! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so. –
Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Im Übrigen, Sie haben vielleicht von Thüringen abgeschrieben,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Renz, CDU: Ich werde das nachher erklären. Ich erkläre Ihnen das noch,
Frau Polzin. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Da helfen wir noch ein bisschen nach.)

aber das Thema PISA wurde liederlich entwickelt. Das hat natürlich auch seinen Hintergrund, also wollen wir mal nicht über Plagiate reden. Wir sind Frau und Manns genug,

(Lorenz Caffier, CDU: Der Frauentag ist vorbei Gott sei Dank.)

das auf die Reihe zu bekommen. Dafür beschäftigen wir uns mit dem Thema doch schon ein bisschen zu lange.

Ich will noch einmal versuchen, Konsens hinzukommen. Ich glaube, es kann uns gelingen. In Phasen der Rede von Herrn Jäger habe ich wahrgenommen, dass wir uns gemeinsam auf einen Auftrag an die Kommission, sage ich jetzt einmal neutral, verständigen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben Sie mich richtig verstanden, ja.)

was hier mittelfristig für dieses Land an Bildungsvision zu entwickeln ist und in welchen Schritten man dort hin kommt. Ich bin aber auch sehr davon überzeugt, dass in den einzelnen Fachausschüssen dabei Schwerpunkte und Faktoren angesprochen werden, die man mit einem Landtagsantrag noch gar nicht umfassend sehen kann. Mit anderen Worten, wir wollen diese Überschriften, die hier zunächst stehen, untersetzen durch die Dinge, die für uns typisch sind und als besonders wichtig anstehen.

Sie wissen genau, im Schulbereich ist das vor allem das Thema Kommunalisierung, Selbstständigkeit von Schule. Es ist das Lehrpersonalkonzept und wir wissen, dass auch im Kita-Bereich eine ganze Menge Entscheidungen vorzubereiten sind. Ich kann mir ehrlich gesagt gar nicht vorstellen, wer willens ist, an diesem Thema zu arbeiten. Dieser müsste hier einen Kompromiss zustande bekommen.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Das müsste er.)

Nun kommen wir einmal zur Zusammensetzung und zur Beteiligung von Experten. Auch hier sehe ich überhaupt keinen Unterschied, denn eine Kommission,

(Torsten Renz, CDU: Wenn Sie keinen Unterschied sehen, dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

wenn sie bei der Regierung in Auftrag gegeben wird, ist natürlich – das lesen Sie auch in unserer Begründung – vorrangig von Experten zu besetzen, auf gleicher Augenhöhe zu besetzen. Es geht nur darum, wem wir die Hauptlast in die Hand geben. Im Übrigen habe ich bei der Besetzung einer solchen Kommission mitnichten den Bildungsminister im Hinterkopf. Ich glaube, wir sind alle gut beraten, uns an dieser Stelle ein Stück zurückzunehmen. Wenn man gesellschaftlichen Disput will, dann sollte man sich wirklich darauf verständigen, dass das eine Person der allgemeinen Akzeptanz ist. Das sage ich jetzt einmal in Klammern. Ich hatte dabei zum Beispiel immer Herrn Scriba im Auge,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

weil ich diesem zutraue, dass er unabhängig von wirklich festgenieteten Vorstellungen das moderieren könnte.

(Torsten Renz, CDU: Dann haben Sie aber nicht die Sicherheit, dass die Ergebnisse rauskommen.)

Insofern sehe ich da überhaupt keine Diskrepanz und eine Kommission, wie wir sie vorschlagen, verhindert das mitnichten.

Das Problem dabei ist, eine Kommission könnte sofort anfangen zu arbeiten. Ich weiß aber, wenn sich alle drei Parteien darauf verständigen, an den kommenden Landtag quasi eine gemeinsame Erklärung abzugeben, fällt auch eine Enquetekommission nicht der Diskontinuität anheim, wenn es so gewollt wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl, ja.)

Das sind alles im Prinzip offene Punkte.

Weshalb wir Ihren Weg so nicht mitgehen wollen, sage ich auch ganz deutlich: Wir sehen überhaupt nicht den Anlass für eine solche wichtige Diskussion darin, dass mit einem Volksbegehren im Moment ein aktuelles Problem in der Debatte steht.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und wenn das erfolgreich ist?)

Das läuft völlig unabhängig davon. Das respektieren wir als Mittel der Beteiligung, aber ich glaube nicht, dass die Punkte, die man im Volksbegehren wirklich findet, uns insgesamt in der Debatte weiterhelfen. Diese müssen eingespeist werden.

Das Thema „Kleine Standorte – kurze Schulwege“ ist ein Thema, dem wir uns immer gestellt haben,

(Torsten Renz, CDU: Davon ist aber
im Gesetzentwurf nichts enthalten.)

im Übrigen auch in der letzten Schulgesetzentwicklung. Auch da, Herr Renz, das nehmen Sie einfach mal zur Kenntnis! Sie müssen sich mit den Realitäten auseinandersetzen, besonders im Bundesmaßstab.

(Torsten Renz, CDU: Da haben wir schon
letztes Mal gesagt, da brauchen wir
unterschiedliche Parameter im ländlichen
Bereich. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich glaube, man muss einfach zur Kenntnis nehmen, der Anlass bei Ihnen war vermutlich ein anderer als bei uns.

(Torsten Renz, CDU: Auch das stimmt nicht.
Wir haben schon einen Dringlichkeitsantrag
gehabt im April letztes Jahr.)

Schön, wenn wir inhaltlich in etwa zum gleichen Ergebnis kommen. Dann haben wir tatsächlich etwas gekonnt.

Ansonsten denke ich, dass wir mit der Überweisung beider Anträge in die genannten Ausschüsse ein gutes Stück weiterkommen und uns sogar darüber verständigen könnten, wie und mit welchen Teilnehmern – nicht namentlich, sondern eher von der Thematik her – diese Kommission zusammengesetzt werden sollte. Und natürlich sollten wir auch als Parlament deutlich machen, dass wir selbstverständlich auf gleicher Augenhöhe teilnehmen werden. Wir wollen uns weder aus der Verantwortung stehlen noch wollen wir in irgendeiner Weise etwas anderes dominieren. Das ist auch keine Frage der Bildung einer Enquetekommission oder Kommission.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch,
das ist genau der Punkt.)

Ich hoffe, ein bisschen zur Versachlichung beigetragen zu haben.

(Heiterkeit bei
Frank Ronald Lohse, SPD: Endlich.)

Für den Fall, dass das nicht zutrifft, habe ich noch Redezeit.

(Torsten Renz, CDU: Das ist
eine Drohung, Frau Polzin.)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine Debatte eröffnet, in der es darum geht, so, wie Herr Bluhm es gesagt hat, hier möglichst einen gesellschaftlichen Konsens auf den Weg zu bringen. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das auch der Hauptgrund, den Frau Polzin hier noch einmal unterstrichen hat.

Wenn man sich Ihre Redebeiträge in der Vergangenheit angehört hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist es einfach Fakt, dass so ein gesellschaftlicher Konsens gerade mit der bildungspolitischen Sprecherin der SPD gar nicht machbar sein wird.

(Heike Polzin, SPD: Ach je!)

Das geht deutlich aus ihren Stellungnahmen hervor, die sie in der vergangenen Zeit abgegeben hat.

Bei Herrn Bluhm war es so,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

dass er sich sehr diplomatisch ausgedrückt hat.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

Ich möchte hier einmal beginnen in dem Sinne, was er beim letzten Mal in Abwandlung des Spruches „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis.“ gesagt hat:

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Oder eine Enquetekommission.)

„Befürchtet die CDU Innovation, fordert sie eine Enquetekommission.“

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Richtig. Und das ist heute wieder dran.)

Das war damals Ihr Einstieg in das Thema, um zu sagen, Sie lehnen das Ganze ab, Herr Bluhm.

(Heike Polzin, SPD: Der war ja aufs
Schulgesetz gerichtet. – Zuruf von
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte Ihnen heute an dieser Stelle, weil das meist so im Leben ist, dass die Zeit einen einholt, einfach einmal antworten, Herr Bluhm: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Oder eine Enquetekommission.)

Das ist nicht die Polzin'sche oder Bluhm'sche Version, deshalb beschließen Sie eine Regierungskommission.

(Heike Polzin, SPD: Hören Sie doch mal
auf, Ihre Rede abzulesen! Sie haben doch
zugehört. Schalten Sie doch mal um!)

Die Diskussionen werden beginnen, doch keiner der Willigen wird gewinnen,

(Heike Polzin, SPD: Der ist einfach unflexibel, der Mann! – Zurufe von Frank Ronald Lohse, SPD, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

denn die Eltern werden verschaukelt und dem Publikum wird etwas vorgegaukelt.

(Beifall und Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU – Heike Polzin, SPD: Da muss er selber lachen. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fasching ist vorbei.)

Bei SPD und PDS gilt nur eins für das Volksbegehren, nämlich es unter allen Umständen abzuwehren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Realität in diesem Lande. Dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, Sie kommen von sich aus auf die Idee, hier eine Regierungskommission auf den Weg zu bringen, das nimmt Ihnen doch kein Mensch mehr ab in dieser Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Heike Polzin, SPD: Ach du lieber Himmel!)

Ich möchte Sie erinnern an den Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion im April 2005.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Schon damals haben wir versucht, das Thema auf die Tagesordnung zu hieven. Da waren Sie so fair und haben unserem Dringlichkeitsantrag zugestimmt,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Auf die Tagesordnung gesetzt!)

aber schon unter der Maßgabe, Sie wissen, dass Sie es anschließend ablehnen. Und das ist auch Ihr Problem, das Problem in Ihrem Lande,

(Heike Polzin, SPD: In unserem Lande, in unserem Lande!)

nämlich die Diktatur der Macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Was?!)

Sie haben damals unseren Antrag, der darauf abzielte, einen gesellschaftlichen Konsens, von dem Sie jetzt so scheinheilig reden,

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heike Polzin, SPD: Scheinheilig ist ja wirklich eine Beleidigung! – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Völlig daneben! – Volker Schlotmann, SPD: Sie wissen, wovon Sie reden.)

im April 2005 auf den Weg zu bringen, verhindert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Bernd Schubert, CDU: Er ist wieder abgeschwenkt worden.)

Ich erinnere auch noch einmal an dieser Stelle, es war zwar ein Antrag der CDU-Fraktion, aber die Initiative ging schon damals vom Landeselternrat, von den kommunalen Spitzenverbänden, vom Städte- und Gemeindetag, vom Landkreistag aus, die das deutlich gefordert haben. Damals haben Sie den gesellschaftlichen Konsens nicht einmal ansatzweise gesucht, meine sehr geehrten Damen

und Herren, sondern ich erinnere Sie an die Neunte Änderung des Schulgesetzes, wenn Sie immer so demokratisch diesen gesellschaftlichen Konsens in den Vordergrund stellen. Das haben Sie nicht über die Landesregierung einbringen lassen, sondern damals, Sie wissen das, war es auch schon ein Teil unserer Kritik und ein Teil der gesellschaftlichen Gruppen,

(Heike Polzin, SPD: Und was ist daran undemokratisch?)

die das kritisiert haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube auch persönlich, dass Sie die politische Situation in diesem Lande falsch einschätzen und noch gar nicht wissen – damit appelliere ich vor allem an die anderen Mitglieder von SPD und PDS, die sich vielleicht nicht tagtäglich auf die Aussagen von Frau Polzin und Herrn Bluhm verlassen wollen –,

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

welche Situation in diesem Lande heraufbeschworen wird.

Wenn wir einmal Artikel 60 der Verfassung nehmen, Volksbegehren und Volksentscheid, dann haben wir nämlich folgende Situation, dass der Landeselternrat beziehungsweise die Vertreter diese Aktion gestartet haben. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass die 140.000 Unterschriften zustande kommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Kriegen die.)

dann muss man auch fragen, wie das Ganze dann weitergeht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben, ja.)

Wenn Sie im Artikel 60 nachlesen, dann passiert nämlich unter Absatz 3 Folgendes,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist geklärt, wie das weitergeht.)

ich weiß, dass das hier geklärt ist,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Na ja, dann ist doch gut.)

aber ich glaube nicht, dass es allen bekannt ist: „Nimmt der Landtag den Gesetzentwurf nicht innerhalb von sechs Monaten im wesentlichen unverändert an, findet frühestens drei, spätestens sechs Monate nach Ablauf der Frist oder dem Beschluss des Landtages, den Entwurf nicht als Gesetz anzunehmen, über den Gesetzentwurf ein Volksentscheid statt.“

(Heike Polzin, SPD: Ein Glück, dass Sie uns endlich Bescheid sagen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Dann müssen wir was tun als Landtag.)

Das heißt, es wird in dieser Legislaturperiode noch passieren. Ihre Positionen sind klar. Das haben Sie eben noch einmal deutlich gemacht, wenn bis zum 31. März die 140.000 Unterschriften abgegeben werden. Ihre Position ist klar, Sie werden keine Korrektur vornehmen. Das heißt, Sie werden in diesem Lande dann einen Volksentscheid sozusagen mit auf den Weg bringen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist doch Gesetzeslage!)

Und Sie wissen nicht, sehr geehrte Frau Gramkow, wie das dann ausgehen wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. –
Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Aber wissen Sie, was Sie dadurch produzieren in diesem Land?

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Vor was haben Sie eigentlich Angst, Herr Renz?)

Eine Unsicherheit produzieren Sie in diesem Land!

(Heike Polzin, SPD: Aber das
ist doch jetzt schon der Fall.)

Sie sind nämlich nicht in der Lage, diesen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das wissen wir doch erst, wenn der
Volksentscheid entschieden hat.)

Ihre Pflicht und auch die Pflicht des Bildungsministers ist es, im Vorfeld diesen gesellschaftlichen Konsens zu suchen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Haben Sie Angst, dass es andersherum ausgeht?)

Da würde ich Ihnen immer empfehlen,

(Heike Polzin, SPD: Das hätte ich
Ihnen 1990 auch mal geraten.)

versuchen Sie doch die Initiatoren des Volksbegehrens mit in das Boot zu holen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig! Genau richtig!)

und dieses Risiko auszuschalten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Und dann meinen Sie, wir ziehen das
Volksbegehren zurück, oder wie?! –
Ministerin Sigrid Keler: Sie wollen ja nicht. –
Zurufe von Frank Ronald Lohse, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Wenn nämlich der Volksentscheid erfolgreich sein sollte, dann haben wir – und wir haben jetzt schon ein gewisses Chaos –, wenn Sie sich die Bildungslandschaft anschauen von Hochschulen über Regionale Schulen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Berufsschulen! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

was jetzt wieder abläuft mit den Lehrern, was dort passiert, was für Berufsschulen kommen wird, nur noch Baustellen im Bildungssystem!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Und Sie gehen jetzt dieses Risiko ein, dass der Volksentscheid positiv ist in unserem Sinne,

(Heike Polzin, SPD: Was heißt eigentlich „unser“?)

dass man sich damit befassen muss. Und wissen Sie, was Sie dann nämlich haben? Dann haben Sie Ihre Neunte Änderung des Schulgesetzes nicht mehr in Kraft und wirklich völliges Chaos in diesem Land im Bereich der Bildungspolitik produziert.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Wir wollen nur den demokratischen Willen
des Bürgers, nicht mehr und nicht weniger.)

Das wollen wir verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Frank Ronald Lohse, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

Und ich sage Ihnen dann auch recht deutlich, dass es so sein wird, dass Ihr Antrag, den wir auf Grund der Diktatur der Mehrheiten nicht verhindern können,

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Na, na, na, na! – Heike Polzin, SPD: Jetzt
reicht's aber! Überlegen Sie sich mal, was Sie
da sagen! Da kann man ja gar nicht zuhören! –
Frank Ronald Lohse, SPD: Wir nehmen gleich
eine Auszeit! – Glocke der Vizepräsidentin)

keine Lösung des Problems bedeutet.

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS:
So viel zum Thema Demokratie.)

Ihr Antrag wird keine Lösung des Problems sein. Und wenn Sie sich noch erinnern, was Sie hier im April 2005 an Redebeiträgen von sich gegeben haben –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das
war schlimm, das war schlimm!)

Sie nehmen sich jetzt Ihren eigenen Antrag vor und sagen plötzlich, auf Grundlage einer umfassenden und differenzierten Analyse der aktuellen Bildungs- und Erziehungssituation soll eine Ist-Stand-Analyse erarbeitet werden, von der alle gesellschaftlichen Bereiche bisher gesprochen haben. Das nehmen Sie jetzt in Ihren Antrag auf und fordern, dass das passieren soll, obwohl Sie die Lösung schon herbeigeführt haben. Sie sagen, Sie wollen das Schulgesetz gar nicht ändern.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Herr Renz, beschränken Sie sich doch mal
nicht nur auf Schule! – Heike Polzin, SPD:
Alle Bereiche, Herr Bluhm, ja.)

Dann frage ich mich: Was wollen Sie jetzt mit dieser Formulierung? Wenn ich dann noch im Begründungstext hinten wiederum diese Formulierung „ein breiter gesellschaftlicher Konsens“ solle geschaffen werden, lesen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der Denkprozess
sollte eben am Anfang stehen, glaube ich.)

dann kann ich es auf Grund Ihrer Position einfach nicht glauben, dass Sie überhaupt ernsthaft daran interessiert sind, hier einen breiten gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
aber eine Unterstellung, ja?! Was
anderes kann er ja auch nicht.)

Wenn Sie hier schon Punkte inhaltlicherseits aufführen, dann frage ich mich – Sie sind auch gerade dabei, wieder die Lehrerschaft in einem Punkt zu verunsichern, nämlich im Bereich der Kommunalisierung –, warum Sie, wenn Sie so zukunftsweisend arbeiten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie es immer
noch nicht begriffen, Herr Renz? Haben
Sie es immer noch nicht begriffen? –
Heike Polzin, SPD: Nee, er will nicht.)

diesen Punkt in Ihrer Regierungskommission als Arbeitsgrundlage nicht aufnehmen. Das frage ich mich ernsthaft.

Warum lassen Sie diesen Punkt heraus? Ich kann nur vermuten, dass Sie das bewusst tun, dass Sie sich nicht trauen, diesen Arbeitsschwerpunkt hier in Ihren Antrag mit hineinzuformulieren.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wir wollten Ihnen noch was übriglassen. –
Heike Polzin, SPD: Das hätte
er nicht erwähnen dürfen.)

Da kann ich Ihnen nur sagen, das ist der falsche Weg, um hier einen gemeinsamen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen. Das Positive an dieser Sache ist, dass Sie im Prinzip schon die Hälfte des Weges geschafft haben.

(Heike Polzin, SPD: Das finde ich auch positiv.)

Im April 2005 haben Sie gesagt, wir brauchen gar nichts mehr zu tun. Unsere Position steht fest, die Diskussion ist abgeschlossen. Das ist es. Das kann ich nachher auch gern noch einmal zitieren für die bildungspolitische Sprecherin der SPD.

Das war Ihre Position damals. Wir haben gesagt, wir müssen einen gesellschaftlichen Konsens schaffen

(Heike Polzin, SPD: Ja, richtig, aber jetzt
haben wir die neue Schulgesetzänderung, junger
Mann! Das ist alles schon eine Weile her.)

und Sie waren der Meinung, das ist nicht notwendig. Jetzt haben wir erneut unseren Antrag eingebracht und Sie sind schon die halbe Strecke gegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Tun Sie doch auch den nächsten Schritt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

indem Sie sagen, jawohl, unsere Vorgehensweise ist richtig. Und kommen Sie hier nicht mit einem Schaufensterantrag, bei dem Sie einfach nur so tun wollen, als wenn Sie arbeiten.

(Heike Polzin, SPD: Jaja, er liest seine
Rede ab. Da kann gar nichts passieren.)

Gehen Sie doch auf unser Anliegen ein!

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Aus meiner Sicht, ich habe das vorhin schon einmal angedeutet, ist das nichts anderes als eine strategisch geplante Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Nichts anderes wollen Sie hier tun in diesem Lande Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin auch gern bereit, das noch einmal zu untermauern, denn es ist einfach zu schön, wenn man das heutzutage liest. Im April 2005 sagte Frau Polzin ...

(Heike Polzin, SPD: Ich bin wirklich glücklich,
wie aufmerksam Sie mir zuhören. Wenn Sie
daraus auch noch was lernen, wär das sehr schön.)

Ich glaube, es ging auf die Anfrage an Herrn Scriba zurück, den Sie jetzt ins Gespräch bringen. Das ist ein sehr guter Vorschlag, Frau Polzin, den Sie gemacht haben.

(Heike Polzin, SPD: Ja, manchmal
mache ich auch was, was Ihnen gefällt.)

Ich frage mich, warum Sie damals nicht auf Herrn Scriba gehört haben. Herr Scriba hat gesagt, wir sollten doch

weiterreden. Warum haben Sie damals nicht auf ihn gehört?

(Heike Polzin, SPD: Herr Scriba hat gesagt,
der kleinste gemeinsame Nenner ist klein.)

Das ist mir völlig unverständlich und deswegen kann ich Ihnen nur noch einmal hier sagen, wie Ihre Position damals war. Ich gehe davon aus, dass sich diese nicht geändert hat. Frau Polzin, das ist ganz schwierig, aber ich glaube, es läuft darauf hinaus, dass wir noch ein bisschen reden sollten. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist genau der Punkt, den wir nicht mehr tun werden, können und wollen. Deutlicher konnte man es damals gar nicht sagen.

(Bernd Schubert, CDU: Ach, so was
haben die gesagt? Ist ja schlimm.)

Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie meinen, Sie wollen jetzt reden und einen gesellschaftlichen Konsens schaffen und das noch in den Antrag schreiben,

(Frank Ronald Lohse, SPD:
So viel Zeit muss sein.)

dann ist das unredlich. Das kann ich Ihnen weiter untermauern.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Zitat! Zitat!)

Sie haben auch damals – Herr Bluhm weiß das, er hat hier seitenlange Berichte aufgelistet – Berichte und Kommissionen aufgeführt, die alle möglichen Papiere erarbeitet haben. Frau Polzin hat das auch unterstützt.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Seitenlang haben Sie uns vorgeführt, dass die Ist-Stand-Situation ausreichend geklärt ist. Dann frage ich Sie, was das Ganze jetzt soll. Das hat uns übrigens Herr Bluhm damals auch in der Debatte gefragt, was jetzt eine Kommission soll.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Föderalismusreform, Herr Renz!)

Die Frage gebe ich zurück: Was soll die Kommission jetzt? Die Ist-Stand-Analysen, haben Sie uns damals erzählt, liegen vor. Jetzt sagen Sie, es muss eine Ist-Stand-Analyse gemacht werden. Ich sage einfach noch einmal: Gehen Sie in sich! Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist, den Sie als Fraktion hier beschreiten.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Dann gehen Sie mal in sich! –
Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Wenn Sie dann noch den Bildungsminister hier in die Verantwortung bringen wollen, dieser spricht auch ständig in den Medien von der Ist-Stand-Analyse, so möchte ich gerade an dieser Stelle aus dem Februar 2006 zitieren: „In der gesamten Bundesrepublik haben diverse Enquete- und Bildungskommissionen Unmengen an Material zusammengetragen und Analysen vorgelegt.“

Die CDU muss sich also die Frage gefallen lassen, ob sie sich davor scheut, längst offen liegende Probleme anzugehen und sie erneut in die Phase der Diskussion zurückfallen zu lassen.

(Heike Polzin, SPD: Das galt alles für das längere
gemeinsame Lernen. Das ist der Konsens dabei.)

Da frage ich mich, wenn der Minister Recht hatte und Sie jetzt diese Position einnehmen: Sind Sie tatsächlich

der Auffassung, dass der Minister, auch bezogen auf Ihre Position, Recht hat, dass dieser Antrag, den Sie dann stellen, wirklich unglaublich ist?

(Heike Polzin, SPD: Ich glaube nicht, dass er das wäre. – Frank Ronald Lohse, SPD: Glaub ich nicht.)

Wenn ich das Handeln des Ministers hier betrachte – ich möchte nur einmal an den Maulkorberlass an die Schulleiter und Lehrer erinnern –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Maulkorberlass war ganz schön derb.)

sage ich mir, das sind schon Sachen, bei denen Sie sehr nervös in Ihrer Regierungsverantwortung sein müssen.

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Oder wenn ich höre – der Minister wird das vielleicht nachher bestätigen –, dass er in seinem Haus einen Krisenstab eingerichtet hat, der nun als Schwerpunktaufgabe hat, hier das Haar in der Suppe zu finden, um dieses Volksbegehren möglichst zu torpedieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)

glaube ich, das sind alles Dinge, die gegen ein seriöses Vorgehen sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist unwürdig so was!)

Sie haben es geschafft, innerhalb eines Jahres oder eines knappen Jahres hier eine Rolle rückwärts zu vollziehen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Nein, Herr Renz, nein! – Heike Polzin, SPD: Nein, vorwärts!)

Die Frage ist doch nur: Wie werden Sie hier landen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Die Frage stelle ich mir wirklich. Ich gehe nämlich davon aus, dass Sie mit diesem Überweisungsantrag nichts anderes vorhaben, als hier eine Bestattung ersten Grades vorzunehmen.

(Holger Friedrich, SPD: Erster Klasse heißt das, erster Klasse!)

Nichts anderes haben Sie aus meiner Sicht vor. Deswegen fordere ich Sie jetzt schon einmal auf, rechtzeitig Ergebnisse, nämlich im Sommer 2006, zu produzieren oder zu präsentieren, damit Sie mich dann persönlich vom Gegenteil überzeugen können.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: 2008, 2008, Herr Renz! – Heike Polzin, SPD: Den Ehrgeiz haben Sie gar nicht mehr. – Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Ich mag noch nicht so recht daran glauben.

Wenn ich dann Ihre Ausführungen hinsichtlich Enquetekommission, Kommission oder Ausschuss betrachte, muss ich mich schon fragen, wenn Sie besorgt sind hinsichtlich der Mehrheiten, warum Sie damals die erfolgreiche Enquetekommission, die sich mit den Gemeindestrukturen befasst hatte, nicht weitergeführt haben.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Haben Sie da Angst um Ihre Mehrheit gehabt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja klar, ja klar!)

oder warum haben Sie einen Sonderausschuss „Verwaltungsmodernisierung“ gebildet?

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das ist doch ganz was anderes! Das ist doch ganz was anderes! – Siegfried Friese, SPD: Jetzt bringen Sie ein bisschen was durcheinander, Herr Renz. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das war der Hintergrund. Das haben wir alles durch. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Die Frage müssen Sie sich gefallen lassen, wenn Sie jetzt mit der Thematik „Enquetekommission“ kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Beweis wird in diesen Wochen gerade geführt.)

Und ich möchte Ihnen noch zum Abschluss sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit auch die Öffentlichkeit genau weiß, dass dies hier eigentlich nichts anderes als ein Schaukampf ist, weil Ihre Positionen feststehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS – Heike Polzin, SPD, und Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja!)

Wenn Sie Ihr Wahlkampfprogramm 2006 vornehmen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Bernd Schubert, CDU)

dann steht hier bei der PDS:

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Linkspartei, Linkspartei!)

„Unser Ziel ist, alle Schüler mindestens bis einschließlich der 8. Klasse gemeinsam zu unterrichten.“

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Frank Ronald Lohse, SPD: Gott sei Dank!)

Bei der SPD steht eindeutig im Programm, das längere gemeinsame Lernen auf die Klassenstufen 7 und 8 auszuweiten.

(Ute Schildt, SPD, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Frank Ronald Lohse, SPD: Warum nicht?)

Ich habe nichts gegen Ihre Position, aber ich habe etwas gegen Scheinheiligkeit,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na, na! – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Unparlamentarisch!)

dass Sie versuchen, bei diesem Volksbegehren zu suggerieren, über so eine Kommission wollen wir arbeiten und uns damit befassen. Ich sage Ihnen voraus, Sie werden vor dem 17. September gar nichts mehr auf diesem Gebiet machen und sich mit gar nichts in dem Sinne befassen.

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

Aber ich sage Ihnen auch voraus, die Mühlen mahlen langsam,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

aber sie mahlen. Die Zeit wird kommen, wo die Diktatur der Macht dem Ende entgegengeht. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Ich danke auch. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Renz, auch ich muss hier die unparlamentarischen Worte Ihres Redebeitrages zurückweisen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Bernd Schubert, CDU: Nee, die
haben wir gar nicht gehört.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS. Bitte, Herr Vizepräsident.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der CDU hat die Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunft der Erziehung und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der Opposition, entspricht fast wortgleich dem von der CDU eingebrachten Antragstext im Landtag des Freistaates Thüringen unter der Drucksachennummer 3/2645 vom 15. August 2002.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: So, so.)

Dies tat auch schon Ihr Antrag vom 24. April 2005 in diesem Hause.

(Frank Ronald Lohse, SPD: Also fürs
Abschreiben gab's immer eine 5 in der
Schule. – Glocke der Vizepräsidentin)

Ein paar Änderungen gab es allerdings schon.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Im Vorsitz insbesondere.)

Im ersten Antrag fehlte noch das Wort „Zukunft“. Es war auch im Thüringer Antrag nicht enthalten und die Begründung ist natürlich angepasst. Wesentlich ist schon die Veränderung der Dauer der Arbeit der Kommission. Während nämlich in Thüringen 17 Monate bis zum Abschlussbericht – 17 Monate, meine Damen und Herren! – zur Verfügung standen, wollen Sie es bei uns in etwas mehr als zwei Monaten schaffen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Jeh! – Bernd Schubert, CDU:
Bei uns geht alles schneller. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wir kommen
gut voran, wenn wir wollen. – Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Sie beantragen einen Bericht der Enquetekommission bis zum 30. Juni 2006.

(Heike Polzin, SPD: So viel zu Schaufensteranträgen. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Lesen Sie den Antrag! Das steht genau so darin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das geht
doch nicht anders. Ein Blick in die
Verfassung macht uns klüger. – Heiterkeit
bei Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS)

Selbst unter der Beachtung, dass Sie nur die Eltern und Familien, die Kitas und die Schulen sowie die Kinder- und

Jugendhilfe in die Arbeit einbeziehen wollen, ist das wohl objektiv nicht zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Renz, CDU: Wer hat denn gesagt,
dass die Arbeit dann beendet ist?)

Sie wollen in zwei Monaten,

(Torsten Renz, CDU: Sie wissen doch, wie wir
damit verfahren wollen. Sie wissen doch genau,
wie wir damit umgehen wollen. Das habe ich
doch gesagt, dass wir weitermachen wollen. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

Hören Sie mal zu! –

Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

ich zitiere aus Ihrem Antrag, „die Erziehungs- und Bildungssituation im Land Mecklenburg-Vorpommern ... analysieren und Empfehlungen unter Berücksichtigung der Forderungen des Volksbegehrens des Landeselternrates ..., deren Umsetzung eine zukunftsweisende Weiterentwicklung von Erziehung und Bildung in Mecklenburg-Vorpommern gewährleisten kann.“

(Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS:
So viel zu Schaukämpfen.)

Selbst die rund eineinhalb Jahre haben unseren Kolleginnen und Kollegen in Thüringen nicht gereicht, um die vorgesehenen Themenfelder „gymnasiale Oberstufe“ und „Bildungsfinanzierung“ überhaupt zu bearbeiten.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Dabei wären wohl besonders diese Ergebnisse des Teils der Bildungsfinanzierung auch für unser Land sehr interessant gewesen.

Ein Rückblick auf Thüringen offenbart auch, die dortige Enquetekommission wurde eingesetzt, nachdem zuvor Anträge von SPD und PDS zur Einrichtung von entsprechenden Kommissionen abgelehnt wurden. Aber es kam dann im April zu der Bluttat am Erfurter Gutenberg-Gymnasium und Ihre thüringischen Kollegen haben auch Defizite bei den PISA-Ergebnissen in ihrem eigenen Lande attestiert. Diese PISA-Verweise, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie in Ihren Antrag erst gar nicht übernommen.

(Heike Polzin, SPD: Ah ja!)

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt! Warum eigentlich nicht?

(Torsten Renz, CDU: Versuchen
Sie doch mal, über Ihre Baustelle in
Mecklenburg-Vorpommern zu reden!)

Und die Ergebnisse der Thüringer Kommission ...

(Torsten Renz, CDU: Hier sind Sie verantwortlich! Reflektieren Sie nicht so viel Thüringen,
konzentrieren Sie sich auf Mecklenburg-Vorpommern, dann haben Sie sehr viel Zeit, um
über Ihre eigenen Baustellen zu reden! – Zuruf
von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Ja, Herr Renz, da können Sie jetzt sagen, was Sie wollen. Jetzt halten Sie es mal aus!

(Torsten Renz, CDU: Das mache
ich auch! Das mache ich auch!)

Wenn es um eine Enquetekommission geht – und es gab eine fast gleich lautende in Thüringen –, dann ist es doch sehr nahe liegend, dass man, wenn es denn schon eine CDU-geführte Kommission gab, diese sozusagen einmal bewertet.

(Torsten Renz, CDU: Aber doch nicht 90 Prozent der Redezeit!)

Sie ist in wesentlichen Punkten als Dissens formuliert mit Minderheitenvoten. Zu einer sehr zentralen Frage, die auch bei uns im Lande in Rede steht, nämlich zu der Frage, wie man mit längerem gemeinsamen Unterricht umgehen soll, gibt es drei verschiedene Voten in Thüringen, für jede beteiligte Fraktion eins.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Für die Umsetzung der Empfehlungen wurden lange Zeiträume prognostiziert. Ich halte vor allem, meine Damen und Herren, eine Einigung für eine Enquetekommission, die in zwei Monaten – und das ist ja die Grundintention, die Sie verfolgen,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Torsten Renz, CDU)

das hat Herr Renz eben sehr deutlich gemacht –

(Torsten Renz, CDU: Nein, nein, nein.)

zum Ergebnis hat, einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, der sozusagen eine Einigung enthält, die alle zufrieden stellt, für nicht praktikabel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Das ist Augenwischerei, das ist sozusagen das, was nicht ehrlich ist und was Schaufensterantrag ist. Ich sage nicht, dass man es nicht versuchen soll,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja, das ist ja beruhigend.)

aber ich halte in diesem Sinne, weil es um weitaus mehr als nur um den schulischen Bereich geht, eine Enquetekommission für nicht geeignet. Ich halte eine unabhängige Kommission, in der sicherlich die Landtagsfraktionen und

(Frank Ronald Lohse, SPD: Ja.)

die Landesregierung Sitz und Stimme haben, die sich ähnlich wie die Bildungskommission in NRW zusammensetzt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was ist denn das eigentlich für ein Unterschied?)

mit Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

der Spitzenverbände für weitaus praktikabler

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die können sie alle in der Enquetekommission ...)

als eine Enquetekommission dieses Parlamentes, in der es natürlich auch um politische Interessenlagen geht.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Gute Argumente erweitern das Verständnis der Prozesse und eine sachliche Diskussion verbindet eher, als dass sie trennt. Nur, ich habe viele Bildungsdiskussionen hier im Parlament erlebt

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und muss leider zu dem Ergebnis kommen, diese sachliche Diskussion ist hier oftmals nur in Ansätzen möglich gewesen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie haben den Schuldigen schon ausgemacht.)

Und auch deswegen spreche ich ausdrücklich für eine solche Kommission von unabhängigen Experten.

Vielleicht, meine Damen und Herren, sollten Sie nicht nur den Antrag aus Thüringen übernehmen, sondern sich auch mit dem Verfahren, den Ergebnissen und der Umsetzung beschäftigen. Das würde den Realitätssinn ein wenig schärfen.

Während Sie in Ihrem Antrag im Jahr 2005 noch die Anhörung zum Schulgesetz als Einsetzungsgrund nannten, ist es jetzt das Volksbegehren des Landeselternrates.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will hier ganz deutlich und, um nicht missverstanden zu werden, nochmals erklären:

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Volksbegehren ist ein legitimes, zulässiges demokratisches Recht und die Wahrnehmung ist von niemandem zu kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Das meinen wir allerdings auch. Da sind wir schon mal weiter.)

Ich wende mich deshalb an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gegen Vorwürfe aus Ihren Reihen, es sei anders.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist so.)

Gerade meine Partei und meine Fraktion sind an der demokratischen Teilhabe interessiert und fördern sie. Die Verfassungsdiskussion um die Quoren zeigt das.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das alles heißt aber nicht, dass ich den inhaltlichen Forderungen des in Rede stehenden Volksbegehrens zustimmen muss. Ich habe zu den in diesem Gesetzentwurf des Volksbegehrens enthaltenen Rechtsetzungsansprüchen der Initiatoren eine andere Auffassung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Meine Fraktion und meine Partei empfehlen all jenen, die nicht eine Rückführung der 5. und 6. Jahrgangsstufe an die Gymnasien wollen, dieses Volksbegehren nicht zu unterschreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Da ich seit 1990 in diesem Landtag für längeres gemeinsames Lernen kämpfe, kann das auch für mich persönlich doch nun wirklich niemanden verwundern.

In Thüringen ist ein Konsens zu diesem längeren gemeinsamen Lernen, das nun international proklamiert wird, übrigens auch nicht gelungen und es blieb bis zum Schluss ein Dissenspunkt mit den schon von mir erwähnten drei unterschiedlichen Lösungsvarianten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Thüringer sind richtig gut auf der Liste der PISA-Länder.)

Es würde mich sehr reizen, auch Ihre Antragsbegründung näher zu beleuchten, aber aufgrund der Redezeit dazu nur zwei Anmerkungen:

Im ersten Absatz formulieren Sie, ich zitiere: „... einen Gesetzentwurf erarbeitet, der sowohl die Interessen der Eltern als auch des Landes berücksichtigt.“ Warum nur denen der Eltern und des Landes? Was ist mit den Schülerinnen und Schülern? Was ist mit den Lehrerinnen und Lehrern?

(Heike Polzin, SPD: Genau.)

Wenn der Bericht am 30.06.2006 vorliegen würde, wie sollte denn da noch eine Gesetzesänderung vollzogen werden und zu welchem Zeitpunkt sollte sie in Kraft treten, meine Damen und Herren?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben Sie schon wieder nicht verstanden.)

Ja, ich verstehe das immer alles nicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir erklären es Ihnen noch mal!)

was Sie hier wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das denke ich.)

Also das, was Ihren Antrag bezüglich einer Enquete-kommission betrifft,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

das ist ein Schaufensterantrag, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das
interessiert doch eh keinen in diesem Hause.)

Und, Herr Dr. Jäger, wenn Sie uns unterstellen, wir würden nicht verstehen, dass eine Enquetekommission auch über den Zeitraum einer Legislatur hinaus arbeiten kann, dann sage ich Ihnen, natürlich wissen wir das. Natürlich würde auch ein neuer Landtag in der Lage sein, die Arbeit dieser Enquetekommission mit einem klaren einfachen Beschluss wieder fortzusetzen. Aber ich habe heute zweimal versucht, hier deutlich zu machen, warum wir eine Enquetekommission für dieses komplexe Thema für nicht geeignet halten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie schon angekündigt, wollen wir die vorliegenden Anträge zur weiteren Behandlung in den Bildungsausschuss und in weitere Ausschüsse überweisen. Es gäbe sicherlich die Möglichkeit, im Rahmen der begrenzt noch zur Verfügung stehenden Beratungen des Bildungsausschusses einen gemeinsamen Antrag für eine qualifizierte, weiter ins Detail gehende Formulierung der Arbeit einer solchen Kommission zu besprechen. Wir sollten uns dafür die Zeit nehmen, die man braucht. Aber ein Schnellschuss für einen Bericht zu einer solchen zentralen Frage scheint uns nicht möglich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Danach wird Sie niemand mehr fragen, das ist Gesetzeslage.)

Und wenn hier formuliert wird – Herr Renz hat es in der Diskussion getan –, dass zum Beispiel die Kommunalisie-

rung der Lehrer überhaupt nicht in unserem Antrag enthalten wäre, Herr Renz, wenn unter anderem steht: „Dabei sollen vor allem ... das Lehrerpersonalkonzept ... besondere Beachtung und Berücksichtigung finden.“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach da haben Sie das versteckt!)

dann gibt es natürlich – gucken Sie mal in den Gesetzentwurf zur Funktional- und Verwaltungsreform –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sagen Sie doch, was Sie wollen! Verstecken Sie das doch nicht immer!)

zwischen dem Lehrerpersonalkonzept und der Kommunalisierung von Lehrerinnen und Lehrern einen unmittelbaren Zusammenhang.

(Torsten Renz, CDU: Dann hätten Sie das Verwaltungsmodernisierungsgesetz auch abschreiben müssen, weil es im Lehrerpersonalkonzept nicht drinsteht!)

Und, Herr Renz, wenn die CDU genauso wie viele andere Menschen im bildungspolitischen Bereich dafür eintritt, die Selbständigkeit von Schule zu erhöhen, die Autonomie von Schule zu erhöhen,

(Heike Polzin, SPD: Genau. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Das meinen wir ja.)

dann kann ich überhaupt nicht verstehen, warum die CDU auf einmal so aversiv gegenüber der Variante der Kommunalisierung von Lehrerinnen und Lehrern ist.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja komisch. –

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Wie soll denn ein Schulleiter darüber entscheiden, welche Lehrerinnen und Lehrer er beschäftigt, wenn sie auch in Zukunft Landesbedienstete sein werden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann man doch mit kommunalen Lehrern auch nicht. Das ist doch unsinnig. Mit kommunalen Lehrern kann man genauso wenig verfahren wie mit staatlichen. Das ist doch wieder Sand in die Augen gestreut.)

Das sind alles Fragen, über die man im Zusammenhang mit der Umsetzung des Lehrerpersonalkonzeptes natürlich reden muss.

Ich sage Ihnen eins: Als ich Ihren Antrag zur Enquetekommission gelesen habe, fiel mir ein Ausspruch von Clemens von Brentano ein, der einmal sagte: „Unkraut jäten allein macht noch keinen Garten, und verhindern ist keine Politik.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das machen Sie doch gerade! –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und was Sie wollen mit Ihrem Antrag ist verhindern. Mit uns nicht!

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das ist eine Debatte mit einem eigentümlichen Verlauf. Ich hatte zwischenzeitlich den Eindruck, hier seien eigentlich schon alle Türen offen

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

und man könnte nur noch durchgehen, weil wir ein gemeinsames Ziel haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nicht, wenn hinter der Tür sofort die Wand beginnt, Herr Minister.)

und ich könnte meinen Beitrag darauf beschränken, dass ich sage, wunderbare Idee, das sollten wir jetzt in Angriff nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Wand
hat Herr Bluhm aufgestellt.)

Aber dann hörte ich plötzlich auch wieder ganz andere Töne: nichts von offenen Türen, sondern Schaukampf und Schaufenster.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also, Herr Bluhm,
das hätten Sie nicht sagen sollen. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Kampftechnik.)

Aber zum Glück ist dann auch von dem gleichen Redner das Stichwort von dem gesellschaftlichen Konsens genannt worden. Jetzt will ich versuchen, damit wir etwas daraus machen, damit wir diesen Weg auch aufnehmen können, einzusammeln, was wir an gemeinsamen Punkten haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ein guter Ansatz.)

damit wir in diese Kommissionsarbeit eintreten können.

Ich glaube, wir sind uns darin einig,

(Lorenz Caffier, CDU:
Er denkt an das Schulgesetz.)

dass wir hier keine abstrakte Debatte zu führen haben, sondern dass Bildungsfragen ganz konkrete Fragen sind, die jeden Bürger angehen. So schlichte Fragen wie: Was sollen denn unsere Kinder lernen? Was müssen wir in Berufen an Fähigkeiten und Kenntnissen besitzen? Was wollen wir eigentlich als Bürger wissen, um in dieser Gesellschaft – das ist ja auch angeklungen – mitreden zu können? Ich glaube, es gibt, und da sind wir uns auch einig, ganz konkrete Fragen, wenn es um die Methodik und um die Organisation von Bildung geht: Wer soll uns was beibringen und wo und in welcher Form? Und bei in unserer Gesellschaft gleichen Bürgern, die im Übrigen auf Arbeitsteilung angewiesen sind, haben wir natürlich unter dem Stichwort „Chancengleichheit“ zwingend die Frage vor uns: Wie können wir dafür sorgen, dass alle Bürger in dieser Gesellschaft ihren Platz finden und eine Aufgabe ausfüllen können? Was müssen wir tun, damit sie das notwendige Wissen dazu haben?

Ein zweiter Punkt, bei dem ich davon ausgehe, dass wir uns einig sind, heißt: Lernen begleitet unser ganzes Leben. Für eine Gesellschaft, die sich definiert über ihren Wissensstand, hat natürlich Wissen in jeder Form, Kenntnisse, Fähigkeiten, Begabungen, Talente, alles, was dazu

gehört, eine zentrale Bedeutung. Wir wissen auch, dass dieses Wissen in vielfältiger Weise erworben werden kann. Ich glaube, wir sind uns auch darüber einig, dass die Debatte komplex ist, und zwar welche Rolle der Staat und die Gesellschaft dabei spielen können und sollen und wo auch die Eigenverantwortung des Individuums eine Rolle spielt. Aber auf jeden Fall ist, glaube ich, unser Ziel eindeutig: Es geht um gute Bedingungen für gute Bildung.

Ein dritter Aspekt – ich gehe davon aus, dass wir uns auch da einig sind: Bildungspolitik hat viele Komponenten. Der Landtag hat sich mit vielen dieser Komponenten beschäftigt. Ich spreche einfach nur mal die Novellierung des Hochschulgesetzes an, die Neuordnung der politischen Bildung, die Bewertung von Kultur als Bildungselement. Wir haben uns gerade ganz aktuell mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes beschäftigt, ein Schulgesetz, das aus meiner Sicht gute Voraussetzungen für gute Schule schafft. Aber vielleicht ist das schon ein strittiger Punkt. Trotzdem bin ich an dieser Stelle davon überzeugt, dass wir gute Voraussetzungen für gute Schule geschaffen haben. Wir müssen sie ausfüllen. Ich denke an mehr Selbstständigkeit von Schulen, ich denke an ausgebauten Ganztagsangebote, ich denke an Schulgrößen, die guten Unterricht ermöglichen in langfristig bestandsfähigen Einrichtungen, ich denke an ein Abitur mit allen Hauptfächern unseres Wissens, ich denke an Programme, die individuelles Lernen ermöglichen, und ich denke daran, dass wir gemeinsames längeres Lernen in einer gemeinsamen Orientierungsstufe in diesem Schulgesetz so definiert haben, wie es die weit überwiegende Mehrheit der Eltern dieses Landes bei vielen Gelegenheiten gefordert hat.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heike Polzin, SPD: 80 Prozent!)

Ein vierter Punkt, den ich aufrufen möchte, wo ich davon ausgehe, dass wir uns darin einig sind, dass wir das als gemeinsame Ausgangslage brauchen, ist: Bildungspolitik braucht einen großen Rahmen, keine Kleinteiligkeit, keine Ressorts, die nebeneinander unverbunden stehen, wir brauchen ein Gesamtwerk. Und wir müssen uns überlegen, was in dieses Konzept hineingehört. Ich will nur drei Hauptbereiche nennen:

Erstens. Lebenslanges Lernen folgt einem durchgängigen Bildungsweg für alle Bürger. Da müssen wir Vorschulbildung und Bildung überhaupt, außerhalb der Schule, Schul- und Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung sowie alle Bildungselemente, die in diesen Formen gar nicht stattfinden, zusammen sehen.

Zweitens. Lebenslanges Lernen ist mehr und mehr auch eine Aufgabe in Eigenverantwortung. Diese Aufgabe wird leichter zu lösen sein, wenn diese Lernangebote inhaltlich, zeitlich, räumlich und so weiter verknüpft sind. Darüber müssen wir reden.

Drittens. Lebenslanges Lernen erfordert ein sorgfältiges Auswählen aus einem umfangreichen vielgestaltigen Bildungsangebot und das wichtigste Kriterium muss Qualität sein.

Wenn wir davon überzeugt sind, dass Lernen unser ganzes Leben begleitet, unsere Arbeitswelt genauso bestimmt wie unsere Privatsphäre, wenn wir wissen, dass Lernen nicht nur mit Schule etwas zu tun hat, sondern auch mit Bibliotheken, Museen, Naturlehrpfaden, Chören,

Sportvereinen und vielen weiteren Bildungsorten und Bildungsgesellschaften, dann ist, glaube ich, die Dimension dieser Aufgabe deutlich, die Dimension an Umfang und auch der Zeitbedarf, den man braucht, um diese Aufgabe zu lösen. Es ist eine Aufgabe, die selbstverständlich ressortübergreifend ist, und es ist eine Aufgabe, die uns am Ende auch handlungsfähig machen muss.

Ich bin davon überzeugt, es geht nicht um kurzfristige gravierende Eingriffe, schon gar nicht um kurzfristige Eingriffe in das Schulleben, denn da haben wir die Situation, dass die Vorbereitung des kommenden Schuljahres nicht gestört werden darf. Die Kinder werden gerade angemeldet und die örtlichen Entscheidungen zur Klassenbildung fallen in diesen Wochen. Gegenwärtig wird festgelegt, welche Lehrer im kommenden Schuljahr den Unterricht übernehmen wollen. Wir brauchen jetzt nicht kurzfristige Störungen an dieser Stelle, sondern wir brauchen eine langfristige Analyse. Wir brauchen große Konzepte und die brauchen eine ausführliche Diskussion.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Deshalb halte ich die zeitlichen Rahmenvorstellungen 30. Juni 2008 für völlig angemessen. Alles andere würde man uns vorwerfen als übers Knie gebrochen. Ich glaube, das ist eine bedeutende Aufgabe, die über diese Legislaturperiode weit hinausreicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und was machen Sie, wenn das Volksbegehren erfolgreich ist?)

Sie braucht einen langen Atem, sie braucht Ordnung und sie braucht Ruhe. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Renz von der Fraktion der CDU.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Noch 'n Gedicht.)

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Minister, ich bedanke mich dafür, wie Sie sich inhaltlich hier auch mit dem CDU-Antrag ausführlich auseinander gesetzt haben, und vor allem für Ihre letzten Sätze, in denen Sie aus meiner Sicht sehr deutlich auf den Punkt gebracht haben, dass das kommende Schuljahr, der Beginn des kommenden Schuljahres, die Vorbereitungen darauf nicht gestört werden dürfen. Das trifft natürlich voll den Punkt. Wer möchte das schon in diesem Hause? Ich denke, niemand. Aber wenn Sie mir vorhin gut zugehört haben, habe ich genau auch über diesen Punkt gesprochen. Ich habe gesagt, wir wollen Ihnen auch in dem Sinne die Hand reichen, die Sie schon einmal ausgeschlagen haben, um so eine Situation gar nicht aufkommen zu lassen. Ich muss es an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Wenn es um Artikel 60 geht, um Volksbegehren und Volksentscheid, haben Sie, soweit ich weiß, auch keinen Plan B, wie ich über die Tickermeldungen lesen musste. Deswegen stellt sich noch einmal die Frage: Wenn die 140.000 Unterschriften zustande kommen, wovon ich persönlich ausgehe, wie wollen Sie dann damit verfahren?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wenn der Volksentscheid kommt, dann haben Sie die rechtliche Situation, dass Ihr selbst wohl gelobtes Schulgesetz, die Neunte Änderung, nicht mehr existent ist in dem Sinne, und dann haben wir das eigentliche Problem und dann bin ich wieder beim Minister. Dann haben wir nämlich die Situation, dass wir einen gestörten Verlauf dieses Schuljahresbeginns haben. Das sollten Sie verhindern. Deswegen kann ich nur noch einmal wiederholen: Sie sind am Zuge als Minister beziehungsweise auch Sie, von den Fraktionen her, dass Sie tatsächlich bewusst versuchen sollten, diesen breiten gesellschaftlichen Konsens, von dem Sie sprechen, auch auf den Weg zu bringen. Das ist Ihre Pflicht. Das muss ich an dieser Stelle sagen.

Deswegen kann ich auch gar nicht nachvollziehen, was überhaupt eine Überweisung dieses Antrages im Monat März soll. Ich kann nur annehmen, Sie wollen das Ganze auf die lange Bank schieben. Gut, Sie sind sehr großzügig zu uns, das muss ich sagen. Sie überweisen unseren Antrag, obwohl schon dreimal feststeht, dass Sie den eines Tages ablehnen wollen. Das haben Sie mehr als deutlich gesagt, das ist auch legitim.

(Heike Polzin, SPD: Würden Sie das gegebenenfalls zurücknehmen, wenn es anders kommt?

Das erwarte ich von Ihnen öffentlich! –

Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist auch legitim. Aber seien Sie doch konsequent! Und damit meine ich auch die bildungspolitische Sprecherin der SPD. Lehnen Sie unseren Antrag dann doch jetzt ab und sagen Sie, der Weg ist Ihr Antrag.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das überlassen Sie uns mal!)

Seien Sie ganz konsequent und sagen Sie, jawohl, diesen Antrag beschließen wir jetzt. Dann frage ich mich: Was soll die Überweisung in die Ausschüsse? Ich denke, dass mir das ein Redner aus Ihren Reihen später noch einmal erklären wird. Ich kann es zumindest im Moment nicht verstehen.

(Heike Polzin, SPD: Wenn man das nicht verstehen will, versteht man das sowieso nicht. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich mache Sie noch einmal auf die Zeitschiene aufmerksam. Wenn Sie jetzt eine Überweisung auf den Weg bringen, dann werden Sie frühestens im nächsten Landtag, das, glaube ich, aber auch eher unrealistisch ist, einen Beschluss dazu fassen. Und wenn Sie uns hier schelten aufgrund der Terminsetzung,

(Heike Polzin, SPD: Wir wollen doch bis zum Sommer noch nicht fertig sein, das wissen Sie doch!)

obwohl Sie genau wissen, dass der rechtliche Verfahrensweg hinsichtlich einer Enquetekommission so ist, dass wir alle bekunden, dass wir dem nächsten Landtag empfehlen, daran weiterzuarbeiten, frage ich Sie: Wie wollen Sie denn jetzt bis zum Sommer dieses Problem lösen? Da kann ich nur für Sie hoffen, dass die 140.000 Unterschriften nicht zustande kommen, ansonsten haben wir nämlich alle hier ein Problem in diesem Lande.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was reden Sie sich hier für ein Zeug zusammen?!)

Und wenn Sie schon die größten Verfechter für diesen gesellschaftlichen Konsens sind, dann sollten Sie in Ihr

Stübchen gehen und sich fragen: Warum haben wir diese Situation in diesem Lande, dass der Landeselternrat und nicht irgendein Gremium hier diese Initiative gestartet hat? Warum sind wir in diesem Lande überhaupt in diese Situation gekommen? Und da brauchen Sie nicht uns von der CDU zu fragen. Da fragen Sie sich bitte schön mal selbst, weil Sie in Regierungsverantwortung sind und Sie das mit Ihrer Politik zu verantworten haben. Das ist nämlich die Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie diesen gesellschaftlichen Konsens im Vorfeld gesucht hätten und nicht Ihre Gesetzgebung, die Sie auf den Weg gebracht haben, mit den Resultaten so durchgezogen hätten – ich muss es noch einmal wiederholen – mit der Diktatur der Mehrheiten, dann

(Rudolf Borchert, SPD: Diktatur der Mehrheiten, was ist denn das für eine Demokratie?)

wären wir gar nicht in dieser Situation. Das will ich nur an dieser Stelle sagen.

(Heike Polzin, SPD: Das soll ihm mal einer erklären, dass Mehrheiten entscheiden ist nicht unbedingt Diktatur.)

Und, Herr Bluhm, einen Satz oder auch mehrere Sätze, so viel Zeit muss sein, zu Ihnen. Wenn Sie hier der Öffentlichkeit suggerieren wollen, dass die Kommunalisierung in Ihrem Antrag ernsthaft enthalten ist

(Rudolf Borchert, SPD: Was ist das denn für eine parlamentarische Demokratie?)

und dass an dem Punkt Lehrpersonalkonzept aufmachen, dann wissen Sie ganz genau, dass das nicht stimmt.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ich habe überhaupt nichts suggeriert, sondern deutlich erklärt, dass zum LPK auch diese Frage zu beantworten ist.)

Mir persönlich ist nicht bekannt, dass in dem im Moment existierenden Lehrpersonalkonzept, was ja auch nicht beabsichtigt ist zu kündigen, irgendetwas von Kommunalisierung steht.

(Heike Polzin, SPD: Er ist wirklich ein Sympathieträger, das kann man nicht anders sagen.)

Sie haben natürlich Recht, dass dieser Lapsus wahrscheinlich durch die Landesregierung in das Verwaltungsmodernisierungsgesetz hineingekommen ist, was Ihnen jetzt vielleicht schon Leid tut, das mag sein. Aber dann nehmen Sie bitte auch das Verwaltungsmodernisierungsgesetz als Diskussionspunkt auf

(Dr. Margret Seemann, SPD: Holen Sie doch mal Luft!)

und sagen nicht, das ist hier schon alles mit drin verpackt. Das ist nicht seriös, Herr Bluhm!

(Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Wir können ja mal darüber diskutieren, was seriös ist. – Dr. Armin Jäger, CDU: Da war in der Diskussion nun wieder keine Zeit.)

Da habe ich von Ihnen eigentlich etwas anderes erwartet.

Ich will Ihnen auch deutlich sagen: Weil wir interessiert sind an einem gesellschaftlichen Konsens, werden wir der

Überweisung der Anträge zustimmen. Die Sinnhaftigkeit ergibt sich für uns natürlich nicht so,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

das habe ich versucht, deutlich zu machen, aber wir wollen auch ein Zeichen nach draußen setzen, dass wir Ihnen hier sehr wohl gesonnen sind und dass wir diesen gesellschaftlichen Konsens auch anstreben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Das hätten Sie auch kürzer machen können. –
Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS: Demokratie von Mehrheiten!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag setzten die Koalitionsfraktionen einen deutlichen Schwerpunkt für die Landesentwicklung. Das Anliegen, langfristige Orientierung für die Weiterentwicklung der Bildung und Erziehung in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten, stimmt mit den strategischen Überlegungen meines Hauses zur außerschulischen, insbesondere aber zur vorschulischen Bildung überein. Die Diskussion über die Zukunft der Bildung ist eine zutiefst sozialpolitische Debatte. Ihr Ausgang entscheidet über die Chancen der Menschen, über erfolgreiche Bildungsbiographien, über Partizipation in der Gesellschaft.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Zum einen geht es darum, den Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht zu werden, zum anderen aber haben sich die Bedingungen des Aufwachsens für die junge Generation dramatisch geändert. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt konfrontieren die Familien auch in unserem Land mit völlig neuen Bedingungen und spätestens seit PISA ist der Befund eindeutig. Es gibt in Deutschland einen unübersehbaren Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und den Bildungschancen. Begriffe wie Bildungsarmut, bildungsferne Schichten sind in der Öffentlichkeit und hierauf muss die Politik reagieren. Die Jugendminister und die Kultusminister der Länder haben in Auswertung der Ergebnisse von PISA Handlungsfelder benannt. Einigkeit besteht in der Forderung, Bildung von Anfang an für alle Kinder der Gesellschaft zu ermöglichen. Es wird bereits heute ein Wettbewerb zwischen den Ländern um die besten Konzepte geführt und die Bildungsdebatte wird über Länder- und Parteigrenzen hinweg intensiv geführt.

Die bildungspolitische Bilanz für das Kindertagesförderungsgesetz ist im Ländervergleich beispielgebend. Kindertagesstätten sind in unserem Land Bildungsstätten.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Kindertagesbetreuung dient der Verwirklichung des Anspruchs der Kinder auf die Förderung ihrer harmonischen Persönlichkeitsentwicklung und unterstützt damit selbstverständlich das Anliegen der Eltern bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt muss man mal fragen: Was hat das mit den Anträgen zu tun?)

Kindertagesbetreuung ist das Fundament eines modernen, einen leistungsfähigen Bildungssystems.

Mit einem gesetzlich normierten Bildungsauftrag und einem Rahmenplan für die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen sind in unserem Land in den vergangenen Jahren Maßstäbe für die pädagogische Arbeit gesetzt worden. Zusätzliche finanzielle Ausstattung, die für die Kinder im Jahr vor der Einschulung zur Verfügung stehen, haben deutlich dazu beigetragen, einen Qualitätsschub zu erreichen. Wirkungsvoll für die inhaltliche Weiterentwicklung der Angebote sind die Verstärkung der Fachberatung und die Verpflichtung der pädagogischen Fachkräfte zur Fort- und Weiterbildung.

Das Kindertagesförderungsgesetz hat inzwischen eine große Akzeptanz im Land. Es hat bewirkt, dass Qualität der Kindertagesbetreuung im Lande neu definiert wird, Konzepte auf den Prüfstand kommen, neu ausgerichtet oder sogar grundsätzlich überarbeitet werden. Eltern und pädagogische Fachkräfte sind dabei, sich in neuer Weise über Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zu verständigen. Die begonnenen Entwicklungen werden umfassend wissenschaftlich begleitet. Es ist gelungen, hierfür – und das möchte ich ganz besonders hervorheben – die wissenschaftlichen Einrichtungen in unserem Lande zu gewinnen. Es war bislang so, dass die Frühpädagogik eher ein wissenschaftliches Stiefkind war. Hier wurden die Weichen auch im Zusammenhang mit dem Kindertagesförderungsgesetz neu gestellt.

Der Rahmenplan für die Arbeit mit den Kindern im Vorschuljahr wurde an der Universität Rostock von einem Wissenschaftlerteam erarbeitet. Dieses Team übernimmt auch dessen Weiterentwicklung als Gesamtkonzept für die pädagogische Arbeit mit allen Altersgruppen vor der Schule. Die Hochschule Wismar wurde mit der Evaluation der Umsetzung des Kindertagesförderungsgesetzes in die Praxis beauftragt. Der Bericht hierzu wird dem Parlament entsprechend der Bedeutung des Themas als Kinder- und Jugendbericht für die 4. Legislatur zugehen. Mit der Weiterentwicklung der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte ist die Hochschule Neubrandenburg befasst. Durch die Einrichtung des neuen Studienganges Early Education unterstützt auch sie das Anliegen der Qualitätsentwicklung insbesondere bei der Qualifizierung der Pädagogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Dieses Kindertagesförderungsgesetz ist ein eindeutiges Bekenntnis zur Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder im vorschulischen Alter. Wir haben dafür innerhalb dieser Legislatur die finanzielle Landesförderung um 21 Prozent erhöht. Statt 2002 74 Millionen Euro, das wissen Sie als Haushaltsgesetzgeber, stehen in diesem Jahr rund 90 Millionen Euro für die Jüngsten im Lande zur Verfügung. Damit sind wichtige Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit dieses Bildungsbereiches gegeben. Ich denke, es ist wichtig, gerade auch für das Arbeiten der hier einzusetzenden Kommission, dass das Erreichte neu ausgebaut wird. Für die Arbeit der Kommission sehe ich aus Sicht der vorschulischen Bildung die Schwerpunkte Weiterentwicklung des Rahmenplans als verbindliche Grundlage der Bildungsarbeit aller Kinder im Vorschulalter, und zwar das als dauerhaften Prozess, die Qualifizierung der Zusammenarbeit von Schule, die in staatlicher Verantwortung liegt, und den Hort, der von der Kinder- und Jugendhilfe verantwortet wird. Das ist eine Aufgabe, die gerade mit Blick auf ein tragfähiges Ganztagschulkonzept einer Lösung zugeführt werden kann. Ich möchte deutlich sagen, auch im Hort geht es zukünftig um eine verbindliche Bildungsplanung.

(Torsten Renz, CDU: Schon immer.
Im Hort war das doch schon immer.)

Die Qualifizierung der Ausbildung der in der Kindertagesförderung tätigen Pädagoginnen und Pädagogen gehört auf den Prüfstand.

(Torsten Renz, CDU: Ach, ich kann mir nicht vorstellen, dass die im Hort nur Betreuung gemacht haben. Die haben schon immer Bildung gemacht.)

Ich denke, es geht bei der Evaluation, bei der Neuordnung auch hier um die Auswertung internationaler Erfahrungen. Eine Akademisierung der Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen ist hier künftig anzustreben.

(Torsten Renz, CDU: Meine Schwiegermutter ist Horterzieherin, darum kenne ich mich ein bisschen aus. Meine Tochter geht auch in den Hort.)

Neben diesen bildungspolitischen Schwerpunkten steht mit Sicherheit in den kommenden Jahren auch die Frage der finanziellen Beteiligung der Eltern beziehungsweise der Gesellschaft an den Kosten der Kindertagesbetreuung. Eine Debatte um die Bedeutung des Kindergartens für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder ist natürlich eng mit der Debatte um die Frage der finanziellen Beteiligung an dessen Kosten verknüpft. Wir wissen, dass bereits heute in den Haushalten des Landes und der Kommunen die Ausgaben der Kindertagesbetreuung an vorderer Stelle stehen. Die Übernahme der Elternbeiträge für Kinder, deren Eltern ALG-II-Empfänger sind, liegt nach uns vorliegenden Informationen in den Kommunen zwischen 30 und 50 Prozent. Wir haben also bereits im Land für viele Eltern die Elternbeitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen. Wir brauchen deshalb ein Gesamtkonzept für die Minderung der Elternbeiträge im Land, in das auch bundespolitische Verantwortung einfließen muss.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass gerade die neue steuerrechtliche Entlastung, die jetzt eingeführt wird, vor allem Erleichterung für die Eltern bringt, die gut verdienen. Sie ist deshalb für die allermeisten Eltern unseres Landes ungeeignet

(Torsten Renz, CDU: Das ist jetzt aber Wahlkampf, was Sie machen hier!)

und löst nicht das eigentliche sozialpolitische Problem der Chancengleichheit von sozial benachteiligten Kindern.

(Torsten Renz, CDU: Das hat mit dem eigentlichen Antrag hier nichts mehr zu tun. Sie machen jetzt Wahlkampf! Das ist Wahlkampf für Rügen, was Sie jetzt machen! – Harry Glawe, CDU: Sie haben Kinderarmut hier im Land zu verantworten, Frau Linke!)

Die Bildungsarchitektur – Herr Renz,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

das halte ich für ganz wichtig und

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

das möchte ich an dieser Stelle noch einmal herausstellen –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

des 21. Jahrhunderts braucht das sichere Fundament der frühkindlichen Bildung, eine umfassende gesellschaftliche Akzeptanz.

(Harry Glawe, CDU: Bei Ihnen sind die Kinder ärmer geworden, die Familien auch.)

Sie haben darüber gesprochen, es geht um einen großen gesellschaftlichen Konsens, es geht um wissenschaftliche Konzeptionen, um geeignete Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, um engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, die wir im Land haben, das möchte ich ganz deutlich sagen, und es geht um eine solide Finanzierung.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe mich schon für kostenfreie Erziehung in den Kindereinrichtungen ausgesprochen.)

Die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems ist ein zutiefst soziales Thema, dem alle gesellschaftlichen Kräfte gleichermaßen verpflichtet sind, und ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig, sich diesem Thema umfassend zu widmen. Der von den Koalitionsfraktionen hier vorgeschlagene Weg und Zeitrahmen entspricht der Bedeutung und der Größe der Aufgabe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Torsten Renz, CDU: Überweisung!
Überweisung! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, natürlich der Überweisung des Antrages.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Torsten Renz, CDU:
Wer weiß, was dann passiert! Wer weiß, was dann passiert!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

(Torsten Renz, CDU: Wenn's zu doll wird, muss ich auch noch mal nach vorne. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, dann komme ich auch noch mal.)

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktionsmitstreiterinnen und Fraktionsmitstreiter haben gesagt, wenn wir dieses Thema behandeln, dann sag du auch was zum Thema frühkindliche Bildung und Erziehung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das möchte ich auch gerne machen.

(Norbert Baunach, SPD: Ach so?)

Aber zuerst möchte ich noch einmal auf eine Frage eingehen, ich glaube, Herr Renz hat sie gestellt, warum wir Ihren Antrag überweisen wollen.

(Torsten Renz, CDU: Ja, richtig.
Das würde mich interessieren.)

Es gibt zwei Hauptgründe:

Ein Grund ist der Respekt vor Ihren Überlegungen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Danke, danke! –
Torsten Renz, CDU: Oh ha!)

die uns einen und nicht zerstreiten sollten.

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut. Punkt zwei! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich muss hier aber trotzdem noch einen Einschub machen. Ich finde, Sie gehen mit diesem Antrag abenteuerlich um.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso?!)

Während Sie kaum über Inhalte – auch leider Sie, Herr Dr. Jäger –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich komme noch mal. Ich komme noch mal.)

sondern nur über Formen, Strukturen und so weiter gesprochen haben, und wer wann was gesagt hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nicht vorschnell jubeln, ich komme noch.)

das alles, denke ich, schaufelt Gräben. Wir sollten zuerst über Inhalte sprechen und dann über das, was wir bearbeiten werden.

(Torsten Renz, CDU: Dass Wahrheit wehtut, das weiß ich. Dass Wahrheit wehtut, ist mir bekannt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Jetzt bin ich bei dem zweiten Punkt, warum wir Ihren Antrag in die Arbeit des Ausschusses einfließen lassen wollen.

(Torsten Renz, CDU: Wenn man vor einem halben Jahr noch eine andere Position hatte, dann ist es natürlich sehr schmerzhaft.)

Es sind wichtige Überlegungen in Ihrem Antrag und in unserem Antrag enthalten. Wir müssen diese ...

(Torsten Renz, CDU: Wenn ich jetzt so einen Antrag stelle, der vorher schon da war, dann ist das klar.)

Einer kann hier nur reden! Sind Sie an meiner Meinung interessiert?

(Torsten Renz, CDU: Zwischenrufe sind erlaubt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich habe leider nur vier Minuten.

Wichtige Überlegungen, die in beiden Anträgen enthalten sind, sollten und müssen untersetzt werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Im Moment handelt es sich aber noch in hohem Maße um Schlagworte beziehungsweise um Dinge, die weitestgehend abstrakt formuliert sind. Wir müssen sie untersetzen, sie konkretisieren und darüber sprechen.

(Torsten Renz, CDU: Das haben wir aber schon ganz ausführlich gemacht.)

Wir müssen auch darüber sprechen, wer kann und sollte uns beraten. Ich möchte selbstverständlich über die Fragen der frühkindlichen Erziehung und Bildung reden, denn sie gehören zum lebenslangen Lernen – Herr Bildungsminister hat es gesagt – wie die Nässe zum Regen.

(Torsten Renz, CDU: Das wird der zweite Punkt, warum Sie unseren Antrag überweisen.)

Ich denke, wir sind uns über die zentrale Bedeutung von frühkindlicher Bildung und Erziehung für die Persönlichkeitsentwicklung einig,

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

denn das hängt vor allen Dingen mit der Veranlagung des Menschen zusammen. Als ich mich mit diesem Thema beschäftigt habe, habe ich mit Interesse gelesen, dass der Mensch bei der Geburt ...

(Torsten Renz, CDU: Kostenlose Kinderbetreuung habe ich neulich gefordert.)

Herr Renz, vielleicht interessiert es Sie, dass der Mensch bei der Geburt 100 Milliarden Nervenzellen hat,

(Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD,
Dr. Armin Jäger, CDU, und Torsten Renz, CDU)

die miteinander verbunden sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Es gibt also 50 Billionen Verbindungen solcher Synapsen. Und gerade in den ersten Monaten des Lebens ist es so, dass sich diese Verbindungen vervielfachen. Allein nach acht Monaten gibt es zwischen den Nervenzellen im Gehirn eine Billiarde Verbindungen. Das zeigt, ...

(Torsten Renz, CDU: Deswegen müssen wir auch rechtzeitig ansetzen in diesem Bereich. Da müssen wir rechtzeitig ansetzen.)

Genau deswegen!

Das Prinzip heißt: Es kommt von Anfang an auf den Anfang an.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und im Weiteren ...

(Torsten Renz, CDU: Das habe ich beim Bildungsplan schon immer gesagt. Bildung von Anfang an, das habe ich immer gesagt, Bildung von Anfang an. Und Sie haben immer gesagt, ein Jahr vor der Schule. Das ist das Problem.)

Im Weiteren geht es um Kontinuität und Nachhaltigkeit. Ich werbe für Nachhaltigkeit in der Politik.

(Torsten Renz, CDU: Inzwischen sagen Sie das auch immer.)

Im Wissen um derartige Zusammenhänge und um die gesellschaftlichen Herausforderungen

(Torsten Renz, CDU: Richtig. Sie sind voll meiner Meinung. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

haben wir das Kita-Gesetz weiterentwickelt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Renz, CDU: Spät kommt er, doch er kommt. – Harry Glawe, CDU: Na ja, na ja! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich darf Herrn Glawe daran erinnern, dass wir das Recht des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit im KiföG fixiert haben. Darauf bin ich sehr stolz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Harry Glawe, CDU: Da haben Sie ja alles reingeschrieben. Das musste ja korrigiert werden. Das ist der große Vorwurf gewesen. Die Eltern zahlen heute alle mehr und die Kommunen auch.)

Ich bin stolz darauf, dass wir das KiföG inhaltlich so ausgerichtet haben, dass es um eine Chancengleichheit der Kinder geht, um Förderung von Begabung und Ausgleich von Benachteiligungen.

(Torsten Renz, CDU: Naja, das ist auch so eine Frage.)

Das ist etwas sehr Gutes und es verdient, dass Sie das endlich auch einmal würdigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Torsten Renz, CDU: Drei- und Vierjährige haben Sie ausgeklammert!)

Insbesondere geht es um die Förderung sprachlicher, schöpferischer und körperlicher Fähigkeiten

(Torsten Renz, CDU: Dadurch ist es eigentlich erst zu einer Verschiebung der Chancengleichheit gekommen.)

sowie um die elementare naturwissenschaftliche und ökologische Bildung.

Sehr geehrte Damen und Herren, die meisten Kinder verbringen mehrere tausend Stunden vor der Schule in Kindereinrichtungen. Herr Bluhm hat in seiner Eingangsrede zu Recht darauf verwiesen, dass wir die gesamte Komplexität betrachten müssen, also nicht nur allein die Schule. Die Begründung Ihres Antrages spricht leider vornehmlich von der Schule, deswegen möchte ich noch einmal betonen, dass es auch um die anderen Bereiche geht,

(Torsten Renz, CDU: Ja, das ist richtig.)

die mit dem Lernen im Zusammenhang stehen. Und wenn es um frühkindliche Erziehung und Bildung geht, steht natürlich die Frage: Was geschieht in der Zeit, in den vielen tausend Stunden, in denen die Kinder in den Einrichtungen sind? Was lernen sie? Womit beschäftigen sie sich? Wozu werden sie angeregt?

(Torsten Renz, CDU: Das muss ich erst einmal nachrechnen!)

Die Kommission – und das versprechen wir uns davon – soll die Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung auf den Prüfstand stellen. Das ist notwendig. Uns geht es zum Beispiel um Folgendes: Wie steht es um die Qualität und das Niveau der Ausbildung von Fachkräften? Uns geht es auch um strukturelle Fragen wie die Gruppengrößen und Betreuungsschlüssel, aber auch um Fragen der Gesundheitserziehung. Auch da haben wir bereits einen wichtigen Meilenstein und einen Schwerpunkt in unserem KiföG gesetzt. Wir versprechen uns von den Entwürfen der Kommission strategische und unmittelbar praktische Empfehlungen, die uns im Interesse der Kinder – und auf die Kinder kommt es an – qualitativ voranbringen können.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ja.)

Ich sehe, die rote Lampe brennt, ich bin auch gleich am Ende. Ich möchte gerne noch ...

(Harry Glawe, CDU: Das wurde auch Zeit!)

Herr Glawe, das ist unfair!

(Torsten Renz, CDU: Sie waren aber schon besser, Herr Koplin. Sie waren schon besser. – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Lassen Sie mich trotzdem noch ein Zitat von Bertrand Russel vorbringen. Ich halte ihn für einen sehr interessanten Mathematiker und Philosophen. Er schrieb 1957: „Erforderlich ist nicht dieses oder jenes spezielles Teilwissen, sondern allgemeine Kenntnisse, die einen Begriff vom Sinn und Ziel des Menschenlebens als Ganzes vermitteln. Umfassendes Wahrnehmen und Erkennen verbunden mit uneigennützigem Empfinden sind der beste Nährboden für Weisheit.“

(Torsten Renz, CDU: Wie viele Fachvorträge bekommen wir denn noch? Mal sehen, welchen Punkt Sie noch vergessen haben.)

In diesem Sinne lassen Sie uns die beiden Anträge überweisen,

(Torsten Renz, CDU: Den zweiten Punkt wollten Sie mir noch sagen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sorgfältig darüber diskutieren und sie erfolgreich in eine Zweite Lesung bringen!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

(Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Den können wir heilen, mein Lieber!)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Zwischenruf „heilen“ aufgenommen. Ich habe Ihnen nur den Mut abgesprochen, auf die Bevölkerung zu hören. Mehr wollte ich nicht sagen.

Aber, Herr Koplin, Sie haben gesagt: Sie haben sie nicht, das merken wir. Herr Koplin, Sie haben gesagt: Es fehlen in unserem Antrag die Inhalte.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Ja, vor allen Dingen die Ausführungen. Vor allen Dingen die Ausführungen.)

Ja, da sind wir uns auch einig. Im Gegensatz zu dem, was offenbar ein Großteil in diesem Hause glaubt, haben wir nicht alle die Weisheit mit Löffeln gegessen, sondern wir hören gerne auf die Fachleute.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und mit unserer Initiative wollen wir genau das erreichen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ah ja! Ah ja!)

damit haben wir in diesem Landtag immer Erfolg gehabt. Immer wenn wir auf Fachleute und auf Betroffene gehört haben, haben wir gute Gesetze gemacht.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Jaja!)

Genau das ist es. Und wenn Sie ...

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Einführung des dreigliedrigen Schulsystems 1992!)

Ja, natürlich, ja. Aber ja, aber ja!

(Zuruf von Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn Sie auch die eine oder andere Schramme kultiviert vor sich hertragen, macht das das Leben auch nicht besser, denn man lernt auch aus Misserfolgen.

(Heiterkeit bei Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS – Gerd Walther, Die Linkspartei.PDS: Mann, ist die CDU überzeugt.)

Haben Sie doch den Mut, mit denjenigen zu diskutieren, die Sie bisher nicht gefragt haben oder, damit sie nicht gleich böse werden, nicht hinreichend gefragt haben. Das sagen die Ihnen doch dauernd, das sagen sie nicht nur uns,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

nur wir nehmen es wahr und wir nehmen es auf. Sie haben sich eine Haltung angewöhnt, die nicht gut ist für wichtige Gesetzesvorhaben.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, es ist manchmal ganz lustig, wenn man bewusst missverstanden wird. Aber ich habe noch einmal schuldbewusst in unseren Antrag geguckt. Es ist schon eine Kunst, den so misszuverstehen, Herr Kollege Bluhm, und Sie wissen das sogar. Da steht in der Tat ein Datum, und zwar der 30.06. Mein Kollege hat schon sehr deutlich gemacht, warum wir glauben, dass wir dringend eine Meinung in diesem Land in dieser Wahlperiode des Landtages bilden müssen. Sie stehen vollkommen nackt da, wenn – was Sie nicht hoffen, was wir nun wiederum hoffen – das Volksbegehren Erfolg hat. Wo und wie soll denn die Meinung des Landtages nach Artikel 60 Absatz 3 der Landesverfassung gebildet werden? Doch nur so, indem wir uns darauf vorbereiten, wie wir als Landtag darauf reagieren. Ein Volksbegehren, bei aller Wertschätzung von Volksbegehren, kann niemals eine Abwägung des Gesetzgebers wirklich ersetzen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Deswegen sieht unsere Landesverfassung ja auch vor, dass wir als Landtag die Möglichkeit haben, die Diskussion durch einen eigenen Gesetzentwurf zu befördern, indem wir nämlich das aufnehmen – das hoffe ich jedenfalls –, was das Volksbegehren bewegen wollte, um es mit Sachverstand hineinzubringen. Diese Abwägung kann ein Volksbegehren nicht, deshalb ist dieses Volksbegehren von uns auch so sinnvoll anzusehen, weil es endlich wieder Bewegung in eine Situation bringt, die Sie dicht gemacht haben mit allen Mitteln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren, das wollte ich noch einmal sagen. Ich möchte hier auch etwas ...

(Rudolf Borchert, SPD: Für Bewegung braucht man ein Volksbegehren.)

Ja, Sie schon, lieber Herr Borchert. Es kann gar nicht hart genug für Ihre Arroganz der Macht kommen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

damit Sie sich überhaupt bewegen. Herr Borchert, ich bitte Sie wirklich: Reizen Sie mich nicht! Aber das, was ich in den letzten Wochen und Monaten in einem Sonderausschuss erlebt habe,

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

und zwar wie mit Sachverständigen, mit kommunalen Vertretern, mit Landräten, Oberbürgermeistern, Stadtpräsidenten und Kreistagspräsidenten umgegangen wird, meine lieben Kollegen, das ist etwas, was ich für überholt geglaubt habe. So können Sie mit uns auf der kommunalen Ebene nicht umgehen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich muss Ihnen auch eines ganz klar sagen: Das, was sich der Landesvorsitzende der SPD, der ja auch Landwirtschaftsminister ist, geleistet hat, Landräten und Oberbürgermeistern zu unterstellen, sie sagten in einem Ausschuss als dort Geladene etwas anderes als das, was sie woanders sagen, das muss ich hier für alle, die wir angehört haben, zurückweisen. Das finde ich unanständig! So darf man mit Menschen, die das Vertrauen der Bevölkerung haben, nicht umgehen. Wir haben direkt gewählte Landräte und Oberbürgermeister, wir haben Stadtpräsidenten und Kreistagspräsidenten, die von der Mehrheit der gewählten Volksvertreter getragen werden.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Meine Damen und Herren, gehen Sie in sich! Lassen Sie das sein, denn das ist nicht fair!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Schönen Dank für die
Belehrung. – Zurufe von Siegfried Friese, SPD,
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Lieber Herr Friese, selbst diese Frage, die Sie stellen, liegt unter dem Niveau, das ich von Ihnen kenne. Wenn er Recht hat, dann soll er bitte die Namen nennen, dann gehen wir zusammen dahin und sprechen darüber. Was ich aber nicht zulasse, das sind anonyme Anschuldigungen gegenüber Leuten, vor denen ich sehr große Hochachtung habe, und zwar unabhängig von ihrem Parteibuch. Das gilt genauso – damit ich einmal jemanden nenne, der nicht in meiner Richtung organisiert ist – für die Bürgermeisterin unserer Hansestadt Wismar wie für Landräte und Oberbürgermeister aller anderen Städte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Also lassen Sie es sein! Lassen Sie es sein! Das ist unfair und unter dem Niveau dieses Hohen Hauses.

(Heike Polzin, SPD: Das können wir
konstruktiv im Anschluss machen.)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber eines sagen, weil das so querebeet geht – ich bitte um Entschuldigung, dass wir das so getan haben –, Frau Polzin hat gefragt: Nehmen Sie das gegebenenfalls zurück? Ich habe im Vorgriff zu dem, was mein Fraktionskollege, der gerade am Pult stand, hätte sagen können, gesagt: Frau Polzin, wir nehmen den Verdacht, dass Sie das nur verschieben wollen, in dem Augenblick zurück, in dem Sie uns den Nachweis bringen, dass Sie mit uns zusammen eine ordentliche Meinungsbildung in diesem Landtag, auch für den Fall, dass das Volksbegehren Erfolg hat,

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

bis zu dem Zeitpunkt erarbeiten wollen.

(Heike Polzin, SPD: Ja, das werden wir
konstruktiv im Ausschuss machen.)

Dann stelle ich mich hier vorne hin und sage Ihnen das ganz öffentlich. So viel Ehre und so viel Anstand haben wir, das kann ich Ihnen versprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort „Arroganz“ weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das machen wir. –
Zurufe von Rainer Prachtl, CDU, und
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich kann's nicht ändern!)

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, dass ich meine übrige Redezeit von 30 Minuten doch noch einmal in Anspruch nehme.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das kann doch wohl
nicht wahr sein! – Torsten Renz, CDU:
Das ist Ihr Recht als frei gewählte Abgeordnete.)

Mir ist sehr daran gelegen, dass bei diesem Thema, über das ja in großen Teilen sehr sachlich debattiert wurde, das auch sehr konstruktiv angegriffen wurde, nun nicht der letzte Ton wieder mit Attacken, Unterstellungen endet, da meiner Meinung nach auch ein paar absolute Missgriffe in dieser Demokratie passiert sind. Deshalb würde ich gerne noch einmal darauf verweisen, wenn ich das richtig verstanden habe – ich bin ja neu in diesem System, erst 15 Jahre kenne ich das so ein bisschen –, dann war das nicht immer so, dass demokratische Mehrheiten sich durch Wahlen zusammenstellen und ihre Mehrheiten für Entscheidungen nutzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wenn das so ist, dann ist das Demokratie, wie wir sie uns alle wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Torsten Renz, CDU: Die Frage ist, ob man vorher
noch mit dem politischen Gegner spricht. –
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn das plötzlich eine Diktatur der Mehrheiten sein soll, dann habe ich heute mehrfach einen Sprecher erlebt,

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist völlig absurd!)

der das offensichtlich nicht so verinnerlicht hat, der immer dem anderen unterstellt, bei Mehrheiten diktatorisch zu sein, aber selbst den Baum im eigenen Auge nicht zur Kenntnis nimmt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Torsten Renz, CDU:
Ohne Diskussion. Ohne Diskussion.)

Wir haben – und das haben wir alle relativ frisch in Erinnerung, das haben wir miterlebt – Anfang der 90er Jahre eine Einstimmenmehrheit gehabt. Ich kann mich nicht

erinnern, dass die damalige Mehrheit großartig auf Experten,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Genauso ist es, die haben das
einfach durchgezogen.)

Fachleute und Schulbetroffene gehört hat,

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

um das dreigliedrige Schulsystem aus Bayern hier auf unser System zu knallen. Da gab es überhaupt keine Diskussionen, das war selbstverständlich. Wenn wir jetzt Stück für Stück unsere Überzeugungen tragen, die heißen: Ja, wir erkennen das an, was Europa und vor allem unser Vorbild Finnland uns demonstrieren, dass das gemeinsame Lernen in einer gemeinsamen Schule der richtige Weg ist und nicht das Aussortieren nach der 4. Klasse. Wir haben an diesem Thema hier jahrelang gearbeitet. Jahrelang!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Haben wir darüber gesprochen? –
Torsten Renz, CDU: Haben wir darüber
gesprochen? Haben wir einen Ton dazu gesagt?)

Die aktuelle Schuldiskussion hat uns im Grunde auch wieder auf dieses Thema geschoben.

(Torsten Renz, CDU: Aber, Frau Polzin, dazu
habe ich doch gar nichts gesagt. Dazu habe
ich doch bewusst gar nichts gesagt.)

Wir wollen nicht vergessen, wie die Schuldebatte hier ablief.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
ist doch gar nicht das Thema.)

Alle Punkte, die im Verfahren aufgenommen wurden, sind uns von den Anzuhörenden nahe gelegt worden. Auch das habe ich immer als sehr demokratisch empfunden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Wer war es denn, der uns aufforderte, die selbstständige Schule in das Gesetz aufzunehmen? Das waren die Wirtschaftsverbände, das war IHK, das waren die Eltern.

(Torsten Renz, CDU: Das stand schon vorher drin!)

Nein, das stand nicht vorher drin, sondern das stand in der Änderung drin.

(Torsten Renz, CDU: Ach so?! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wer hat uns überhaupt dazu gebracht, in dieses Gesetz all die Dinge, die Qualitätsentwicklung bedeuten, jetzt schon mit aufzunehmen, und zwar genau mit der Aufforderung: Wenn Ihr schon die Strukturen ändert, dann ändert die Inhalte mit!

Und zum Zweiten, auch daran erinnere ich noch, war ursprünglich vorgesehen, dass das Gesetz im Grunde seit dem letzten Schuljahr 2005 greift. Es war die CDU – und ich räume ein, nicht ganz zu Unrecht –, die gesagt hat, in diesem kurzen Zeitraum kann es den Planungsträgern überhaupt nicht gelingen, das umzusetzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig.)

Das haben wir aufgenommen und es um ein Jahr mit dem Ergebnis verschoben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das muss auch.)

am Ende des letzten Schuljahres ein fertiges Gesetz im Komplex zu haben. Das hatte zugegebenermaßen nirgendwo hundert Prozent, aber das liegt in der Natur der Sache. Und wenn die einen Interessenvertreter dafür und die anderen dagegen sind, es bei einem anderen Punkt aber genau umgekehrt läuft, dann möchte ich einmal denjenigen finden, der daraus den kleinsten gemeinsamen Nenner bastelt. Wenn wir sagen, dass Planungssicherheit für uns vorgeht, damit die Schule ein Jahr Zeit hat, sich auf das neue Konzept mittels Weiterbildung, mittels Stundenzuweisung, mittels Schulkonzept vorzubereiten, wenn wir weiterhin sagen, Planungsträger, ihr habt ein Jahr Zeit, die Planung umzusetzen,

(Torsten Renz, CDU: Vielleicht könnten
Sie dann auch erklären, warum dann
das Volksbegehren zustande kommt!)

dann war das meines Erachtens ein faires Angebot. Ich bin im Moment wieder einmal erschrocken, wenn Sie drei Minuten vor der Angst kommen und sagen, mit dem Volksbegehren wird das aber ganz schwierig.

(Torsten Renz, CDU: Nein, nein, nein! Das
Volksbegehren geht nicht von der CDU aus.
Sagen Sie, woher das Volksbegehren kommt!)

Falsch, falsch!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir
wollen ja das Volksbegehren.)

Ich möchte das jetzt einfach einmal auseinander halten, denn Ihre Enquetekommission und das Volksbegehren sind zwei völlig verschiedene Schuhe.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie selbst wissen doch auch, das Volksbegehren hat einen Gesetzestext zum Inhalt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig. –
Torsten Renz, CDU: Ja.)

Wenn es die erforderlichen Unterschriften bringt, dann müssen wir uns spätestens nach neun Monaten – ich rechne einmal die drei Monate Prüfung mit rein – als Landtag, wie immer er dann auch zusammengesetzt ist, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Da gucken wir ja alle ein bisschen in die Glaskugel. Ich würde sagen, Risiko ist auf allen Seiten vorhanden.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, das kann
man wohl sagen. Die finanziellen
Risiken auf der anderen Seite.)

Ich bitte um Entschuldigung, es sollte nicht flapsig klingen.

Wir haben uns also mit diesem Thema in diesem Landtag unter diesen Voraussetzungen zu beschäftigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wir haben aber immer noch zwei Möglichkeiten: Entweder wir setzen es fast eins zu eins um oder es gibt diesen Volksentscheid. Und so, meine sehr geehrten Damen

und Herren von der CDU, finde ich das im Moment relativ spannend. Sie selbst, das haben Ihnen sicherlich Ihre Fachleute auch noch einmal deutlich gesagt, bewegen sich im Moment auf dünnem Eis.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, überhaupt nicht. –
Harry Glawe, CDU: Wieso?!)

Wir sind jetzt die bösen Tanten, weil wir gegen die Inhalte des Volksbegehrens sind. Aber das müssen wir auch, denn wenn wir zu diesem Schulgesetz stehen, dann müssen wir gegen die Inhalte des Volksbegehrens sein.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Ist doch logisch!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Sonst würden wir ja sagen, wir haben Quatsch gemacht. Ich bin überzeugt von diesem Gesetz,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

deswegen kann ich auch das Volksbegehren nicht unterschreiben. Es möge mir bitte niemand übel nehmen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Sie haben natürlich einen Punkt, zu dem komme ich jetzt, und zwar das längere gemeinsame Lernen, von Anfang an nicht mitgetragen, jedenfalls nicht komplett.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Der eine sagt hü, der andere hott, das wissen wir noch. Sie haben das Thema ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da liegen
Sie ganz falsch. – Torsten Renz, CDU:
Keine Spekulationen! Keine Spekulationen! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich kann ja einmal Namen nennen, Herr Renz. Ich weiß nämlich, wer von Ihnen – unter anderem Sie – gesagt hat, mit dem längeren gemeinsamen Lernen bis Klasse 6 können Sie durchaus leben.

(Torsten Renz, CDU: Wo
haben Sie denn das gehört?!)

Und es gab auch Ihre Bildungskommission, die das sogar einmal im Internet veröffentlicht hat.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist
doch in Ordnung, Herr Renz. –
Volker Schlotmann, SPD: Hört! Hört!)

Auch unsere Schulstrukturen, die wir ja angeblich so komisch gemacht haben, die fand ich bei Ihnen genauso wieder.

(Torsten Renz, CDU: Wenn Sie mich schon
zitieren, dann sollten Sie es mir sagen. Ich könnte
mir vorstellen, mit Ihnen darüber zu diskutieren.)

Insofern erzählen Sie mir jetzt bitte keine Geschichten mehr, die hier sowieso keiner annimmt. Wenn wir so weit sind, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt leider
alles nicht. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich kann die CDU wirklich verstehen, wenn sie sagt, dass sie das mit der schulartunabhängigen Orientierungs-

stufe auch am Gymnasium gut findet. Das dürfte sich zwar mit Ihren Überzeugungen decken, aber mit unseren selbstverständlich nicht, denn damit ist das längere gemeinsame Lernen erledigt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt zitieren Sie
richtig. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Dann haben wir wieder nach Klasse 4 die Etiketten aufgeklebt, die wir bitte schön verhindern wollten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
stimmt eben gerade nicht.)

Wenn mir jemand sagt, am Gymnasium sollen die Kinder erst einmal unsortiert lernen, dann frage ich mich wirklich: Oh Himmel, wie sieht das in der Praxis aus? Nach Klasse 6 bekommen die schwächeren dieser Kinder, die ja unsortiert in einer Klasse sitzen, gesagt: Du schaffst das hier nicht, du gehst nach unten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Reformpädagogisch kann mir keiner erklären, warum das positiv sein soll.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Es ist völlig richtig, wir bekommen die Klassen nicht eins zu eins von der Grundschule in die Klasse 5.

(Harry Glawe, CDU: Guck an!)

Das hat unter anderem die Ursache, dass wir gesagt haben, für Grundschulen lassen wir kleine Systeme zu, und zwar wohnortnah.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Wenn wir aber das eine wollen, müssen wir nachher zur Kenntnis nehmen, ab Klasse 5 können die zehn Schüler einer kleinen Grundschule auf dem Dorf nicht weiterhin eine Klasse bilden, denn das wird auch eine CDU in Regierungsverantwortung nicht bezahlen wollen.

(Torsten Renz, CDU: Darüber zerbrechen
Sie sich mal nicht den Kopf, wenn wir
Regierungsverantwortung haben, wie
wir dann die Politik umsetzen.)

Und jetzt bin ich beim Punkt, gucken Sie doch einmal die anderen Geschichten an, und zwar die Sache mit den Schulwegen und die Sache mit den Regelgrößen in den Schulen.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Wissen Sie, wenn Sie das als CDU alles richtig finden, dann müssten Sie doch deutlich sagen: Wir als CDU setzen das Volksbegehren eins zu eins um, wenn wir in Regierungsverantwortung kommen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das
können sie sich nicht vorstellen. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Das habe ich aber noch nicht gehört. Wahrscheinlich gibt es doch ein Restrisiko, dass Sie das vielleicht drei Monate später auch umsetzen müssen.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD:
Haben Sie das schon durchgerechnet?)

Insofern sage ich, dass wir beim Thema Volksbegehren wirklich ein wenig ruhiger bleiben sollten. Das hat nämlich mit unserem Thema Enquetekommission nichts zu tun.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Es geht nicht nur um Schule, es geht nicht nur um das eine Gesetz, sondern es geht um einen viel größeren Entwurf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen können wir eine Regierungskommission nicht gebrauchen. So ist es.)

Und noch einmal ein letztes Wort zu dem einzigen Kollegen, dem ich in dieser Debatte wirklich die Sachlichkeit abspreche.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, na, na, na!)

Herr Kollege Renz, Sie haben es ja so an sich, zitierte Reden von anderen Kollegen zu wiederholen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Zensieren! – Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind aber sehr persönliche Angriffe.)

Ich sage Ihnen, zu jedem Zitat, das Sie mit meinem Namen genannt haben – und Sie haben mich, glaube ich, fünfmal persönlich erwähnt –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt.)

stehe ich. Ich stehe zu jedem Teil, den ich damals gesagt habe,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, Dr. Armin Jäger, CDU, und Torsten Renz, CDU)

denn in einem gewissen Zusammenhang wie beim Schulgesetz war das damals meine Überzeugung und sie ist es heute noch. Das Thema Enquetekommission ist ein viel größerer Begriff, bei dem ich nochmals deutlich sage: Wir fürchten uns mitnichten vor der Diskussion mit Fachleuten und mit gesellschaftlichen Kräften.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, schauen wir mal! Schauen wir mal!)

Ich denke, man muss aber auch immer eines zur Kenntnis nehmen, denn konsensorientiert heißt immer, wir werden letztendlich wiederum mit irgendwelchen Mehrheiten entscheiden müssen.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es. – Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja dann wieder die Diktatur.)

Selbst in Finnland, wo wirklich der Weg relativ gemeinsam auf Parlamentsebene gegangen wurde, haben die Gymnasiallehrer in den 70er Jahren vehement gegen die gemeinsame Unterrichtung aus bekannten Interessen Gründen gestimmt.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, das ist ja verständlich.)

Heute haben sie aber gesagt, diese Phase haben wir überwunden. Manche Dinge muss man nach vielem Reden einfach tun und durch Taten überzeugen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Lassen Sie uns das bitte in Ruhe tun! Wir haben alles für einen planmäßigen, ordentlichen und gesicherten Schulbeginn vorbereitet, damit Lehrer, Eltern und Schüler wissen, an welcher Schule geht es weiter. Wir sind sehr daran interessiert, dass diese Sicherheit nicht im parteipoliti-

schen Sinne, sondern im Interesse der Schulen bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Zur Klarstellung für die Öffentlichkeit: Es war eine Podiumsdiskussion vor mehr als über einem Jahr in Güstrow. Anwesend waren die Landtagsabgeordneten Herr Dr. Nieszery, Frau Schmidt und meine Person. Dort habe ich gesagt, dass ich mir sehr wohl vorstellen könnte beziehungsweise dazu bereit bin, über ein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 zu diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch nicht falsch. – Heike Polzin, SPD: Die Idee ist ja prima.)

Mehr habe ich nicht gesagt!

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Sie müssen sich doch nicht entschuldigen. – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, Dr. Margret Seemann, SPD, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Dass Sie sich hinstellen und behaupten, ich habe gesagt, ich bin dafür, das ist unseriös.

(Heike Polzin, SPD: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

Ich habe mit meiner Kollegin Ilka Lochner-Borst diese Diskussion über den Kreisverband Güstrow mit einem Antrag in die Partei gebracht, mehr nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so. – Heike Polzin, SPD: Das finde ich auch Klasse.)

Aber sagen Sie nicht, dass wir hier vollendete Tatsachen geschaffen haben.

(Heike Polzin, SPD: Das hat doch gar keiner gesagt. – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Auch für die Zukunft möchte Ihnen sagen – nicht, dass Sie uns eines Tages unterstellen, dass wir hier das Volksbegehren eins zu eins umsetzen wollen –,

(Volker Schlotmann, SPD: Das hat doch gar keiner unterstellt – Dr. Margret Seemann, SPD: Nein.)

wir sind diejenigen, die diskutieren und versuchen wollen, diesen gesellschaftlichen Konsens,

(Harry Glawe, CDU: Sie sollten versuchen, Gesetze im Konsens zu erreichen! – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

von dem Sie sprechen, über einen Diskussionsprozess auf den Weg zu bringen.

(Heike Polzin, SPD: Wir können auch lesen. – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Dann schlagen Sie doch mal den Gesetzentwurf vor!)

Dass da sehr wohl Punkte enthalten sind, die wir nicht mittragen können, das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es sind zum Beispiel Punkte, die ich damals persönlich bei der Einbringung des Schulgesetzes durch Ihre Fraktion angesprochen habe,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

und zwar beispielsweise im ländlichen Bereich darüber nachzudenken, ob wir dort nicht andere Schülerzahlen in die Diskussion bringen könnten. So etwas müssen wir zum Beispiel in solchen Gruppen diskutieren. Und für die SPD-Fraktion noch der Hinweis: Schauen Sie bitte einmal in das Programm der SPD in Sachsen-Anhalt!

(Vincent Kokert, CDU: Genau, das gucken Sie sich mal an! Das gucken Sie sich mal an!)

Die fordern zum Beispiel, dass in ländlichen Gebieten Schulen auch bei Unterschreitung der Mindestschülerzahlen erhalten bleiben müssen.

(Zuruf von Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Wenn meine Informationen stimmen, wurde auch gestern bei der Pressekonferenz, aber das sage ich unter Vorbehalt, von Ihrem Spitzenkandidaten in Sachsen-Anhalt gesagt, dass er sich sehr wohl einzügige weiterführende Schulen vorstellen kann.

(Vincent Kokert, CDU: Das habe ich gelesen. – Volker Schlotmann, SPD: Wo sind wir hier, in Mecklenburg-Vorpommern oder was?! Das Geschrei stimmen Sie doch immer an! Kneifen tun Sie auch! – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Also zeigen Sie nicht immer nur auf uns, sondern mischen Sie mal Ihren eigenen Stall aus! – Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Renz, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Gramkow?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber klar, gerne.)

Torsten Renz, CDU: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Gramkow, fragen Sie.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Renz, Sie haben eben in Ihren engagierten Worten gesagt, dass wir uns nicht einbilden sollen, dass Sie, wenn der Gesetzentwurf des Volksbegehrens in den Landtag kommt, diesen eins zu eins umsetzen wollen. Würden Sie mir bitte sagen, welche Punkte aus Ihrer Sicht nicht umgesetzt werden sollen?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Volker Schlotmann, SPD: Sehr gute Frage. Mal gucken, wie die Antwort lautet. – Dr. Armin Jäger, CDU: Dazu brauchen wir gerade die Enquetekommission. – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS)

Torsten Renz, CDU: Erst mal bedanke ich mich für die Anfrage, Frau Gramkow.

(Heike Polzin, SPD: Na, das ist ja schön.)

Im Gegensatz zu Ihnen und vielleicht auch zu Ihren Partnern bin ich nicht in der Lage, über ein Ergebnis oder über ein Resultat, was am Ende eines langen Diskussionsprozesses eines Tages als gesellschaftlicher Konsens herauskommen soll – weil das Thema so komplex ist –,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Volker Schlotmann, SPD: Das ist ein Offenbarungseid.)

abschließend eine Meinung abzugeben.

(Rudolf Borchert, SPD: Er war nicht in der Lage, die Frage zu beantworten. – Heike Polzin, SPD: Unfug! Unfug! Unfug! Gesetzentwurf, ja oder nein? – Gabriele Měšť'an, Die Linkspartei.PDS: Oh! – Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn Sie dazu in der Lage sind, dann zeigt das Ihr Demokratieverständnis. Das habe ich heute schon in mehreren Redebeiträgen angedeutet.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wissen Sie eigentlich, was im Volksbegehren steht? – Glocke der Vizepräsidentin)

Sie wissen schon zu Beginn ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Sie haben doch gar keine Ahnung, wo das drinsteht. – Glocke der Vizepräsidentin)

Sie wissen schon zu Beginn einer Diskussion, wie das Ergebnis sein wird.

(Vincent Kokert, CDU: Genau. – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das haben Sie hier heute mehrmals in Ihren Positionen ganz konkret mit Ihren bildungspolitischen Rednern klar und deutlich zum Ausdruck gebracht und wir haben es zur Kenntnis aufgenommen.

(Heike Polzin, SPD: Wir geben den Gesetzentwurf in die Enquetekommission.)

Das ist Ihr Verständnis von Demokratie. Ich sehe mich nicht in der Lage, hier abschließend zu sagen, was bei einem Diskussionsprozess herauskommt.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Können Sie mal auf die Frage antworten!)

Ich sage jedoch, den Gesetzentwurf der Volksinitiative, das ist meine persönliche Auffassung, können wir nicht eins zu eins so umsetzen. Das sage ich sehr wohl und auch sehr deutlich, ohne jetzt dem Endergebnis zuvorzukommen. Ich habe das ...

(Volker Schlotmann, SPD: Ah! Deswegen haben Sie die Liste auch unterschrieben oder was?! – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Vielen Dank, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: War das eben eine Anfrage, ob ich die Liste unterschrieben habe?

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Wenn ich eine
Frage habe, dann melde ich mich auch.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Okay.

(Jörg Heydorn, SPD: Einfach aufhören! –
Volker Schlotmann, SPD: Richtig, Herr Heydorn.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön,
Herr Renz.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich
schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den An-
trag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD auf
Drucksache 4/2119 zur federführenden Beratung an den
Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innen-
ausschuss, an den Bauausschuss sowie an den Sozial-
ausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvor-
schlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das
Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimm-
enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag
einstimmig angenommen.

(Heike Polzin, SPD: Ach, wir überweisen ja. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ebenfalls ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion
der CDU auf Drucksache 4/2126 zur federführenden
Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitbera-
tung an den Innenausschuss, an den Bauausschuss und
an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer diesem
Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte
ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegen-
stimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit
ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der
Fraktion der SPD, der Fraktion der Linkspartei.PDS bei
einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung sowie mit
den Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des
Antrages der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS –
Biokraftstoffe müssen wettbewerbsfähig bleiben!, auf
Drucksache 4/2121.

**Antrag der Fraktionen
der SPD und Linkspartei.PDS:
Biokraftstoffe müssen
wettbewerbsfähig bleiben!
– Drucksache 4/2121 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau
Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und
Herren! Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern
ist gut aufgestellt, sie ist wettbewerbsfähig und erreicht in
zahlreichen Produktionsbereichen bereits Spitzenwerte.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Der Herausforderung, nachwachsende Rohstoffe anzu-
bauen und zu veredeln, stellen sich die Landwirte unseres
Landes mit viel Elan. Das Innovationsprogramm für nach-
wachsende Rohstoffe bildet dafür einen weitsichtigen
Rahmen. Die Erzeugung von Biokraftstoffen zur Substitu-
tion fossiler Energieträger ist deshalb im Rahmen der
gemeinsamen EU-Agrarpolitik ein neues Arbeitsfeld für
viele landwirtschaftliche Unternehmen.

Zunehmend geht es aber darum, biogene Rohstoffe zu
veredeln und damit die Wertschöpfung im Land zu er-
höhen. Das erste Biodieselwerk unseres Landes entstand
in Malchin. Dort werden 60.000 Tonnen nachwachsender
Rohstofffraps zu Rapssäuremethylester verarbeitet, der
als Biodiesel in Reinform inzwischen an zahlreichen Tank-
stellen des Landes angeboten wird. Ein Teil dieses Diesels
wird von Landwirten direkt geordert und ein weiterer Teil
wird durch Mineralölkonzerne dem fossilen Kraftstoff bei-
gemengt. Diesem Beispiel folgend, entstehen gegenwär-
tig weitere Biodieselwerke in Mecklenburg-Vorpommern,
so in Sternberg, Rostock und Neubrandenburg. Damit
kann das Rapsaufkommen unseres Landes im Bereich
nachwachsender Rohstoffe verarbeitet werden. Die Wert-
schöpfungskette wird geschlossen. Doch auch andere
Technologien, die nicht auf Öl basieren, werden gegenwär-
tig in Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet. Eine neue
Kraftstoffgeneration, die BtL-Kraftstoffe, sprich Biomass to
Liquid, wird nach einer Freiburger Technologie auf der
Grundlage des Fischer-Tropsch-Verfahrens erzeugt. Hier
kommt als Biomasse Holz zum Einsatz. Die Firma Choren
sieht den Bau einer großen Anlage in Lubmin vor.

Meine Damen und Herren, ich muss an dieser Stelle
nicht umfangreich ausführen, welche Bedeutung diese
Prozesse für unsere Umwelt und den Klimaschutz haben
und wie wichtig es ist, Alternativen zum begrenzten Erdöl
zu entwickeln. Doch ich muss Sie darauf hinweisen, dass
es notwendig ist, politische Rahmenbedingungen zuver-
lässig zu gewährleisten, um wirtschaftliche Planbarkeit
abzusichern. Gegenwärtig wird in Deutschland das Instru-
ment der vollständigen Mineralölsteuerbefreiung zur Er-
reichung eines höheren Beimischungsanteils genutzt.

Die Bundesregierung plant nunmehr einen System-
wechsel von der Steuerbefreiung für Biokraftstoffe hin zur
Beimischungspflicht. Damit ist zu befürchten, dass der
Einsatz von reinem Biodiesel nicht mehr möglich sein
wird, da der Preis dann nicht mehr wettbewerbsfähig ist.
Tatsächlich bestand ein Preisvorteil für beigemischten Die-
sel, der allein den Mineralölkonzernen zugute kam. In reiner
Form lag der Vorteil vorrangig beim Landwirt. Das war ihm
zumindest bis 2009 auch zugesagt worden, als die Gasöl-
beihilfe gestrichen wurde. Hier muss Vertrauensschutz
oberstes Gebot sein. Wird das nicht gewährleistet, ist zu
befürchten, dass der Anbau des Rohstoffes Raps als
nachwachsender Rohstoff deutlich reduziert wird und
damit für die Produktionskapazitäten von Biodiesel in un-
serem Land nicht ausreichend Rohstoff zur Verfügung
steht beziehungsweise dieser sich im Zukauf derart ver-
teuert, dass sich eine wirtschaftliche Dieselproduktion
nicht mehr darstellen lässt. Das, meine Damen und Her-
ren, darf nicht zugelassen werden! Möglich ist hier aus-
schließlich eine Teilbesteuerung in Höhe einer ermittelten
Überkompensation.

Für die neue BtL-Generation gilt es, diese neuen Tech-
nologien zunächst in den Markt einzuführen. Noch kann
deshalb nichts über die Wirtschaftlichkeit ausgeführt wer-
den. Sollten sich noch vor Markteinführung die Ausgangs-
bedingungen in Deutschland so entscheidend verändern,
ist davon auszugehen, dass die Investoren den Standort
in einem anderen europäischen Land bevorzugen. Des-
halb ist es zwingend notwendig, dass die Besteuerung für
den Zeitraum der Einführung bis zum Nachweis der Wirt-
schaftlichkeit ausgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, es gibt außer den aufgezeig-
ten Biokraftstoffen Produkte wie Äthanol, die nur dann

einen Markt finden, wenn sie in definierten Anteilen dem fossilen Kraftstoff beigemischt werden. Deshalb ist es möglich, hier eine Gleichbehandlung in der Besteuerung gegenüber dem Mineralöl vorzunehmen. Für Kraftstoffe aus Raps und für BtL-Kraftstoffe trifft das nicht zu. Hier würde die Wettbewerbsfähigkeit durch einen derartigen Paradigmenwechsel in der Besteuerung per Gesetz verzerrt. Die in diesem Bereich investierten Mittel der öffentlichen Hand wie der Unternehmen würden per Gesetz entwertet und die gesamtgesellschaftliche Rechnung ginge nicht auf. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen und damit die Landesregierung darin zu unterstützen, sich für entsprechende Rahmenbedingungen für Biokraftstoffe auf Bundesebene einzusetzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schildt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Wir treten somit in die Aussprache ein.

Als erster Redner hat in Vertretung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Professor Methling das Wort.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vertretungsaufgaben sind nicht immer angenehm. Diese Vertretung ist für mich eine außerordentlich angenehme Vertretung, zumal es sich um einen Gegenstand handelt, bei dem der Landwirtschaftsminister, der Umweltminister und auch der Wirtschaftsminister Hand in Hand tätig sind.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen lautet kurz und bündig: „Biokraftstoffe müssen wettbewerbsfähig bleiben!“ So berechtigt und plausibel diese Forderung aus umwelt-, energie- und agrarpolitischer Sicht erscheinen mag, umso schwieriger wird sie im Hinblick auf den vom Bund angestrebten Systemwechsel zu realisieren sein. Derzeit nutzt Deutschland die vollständige Mineralölsteuerbefreiung als Instrument, um die EU-Vorgaben zur Erreichung bestimmter Marktanteile von Biokraftstoffen – das sollen bis zum Jahr 2010 bekanntlich 5,75 Prozent sein – zu erreichen. In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung ist jedoch vereinbart, und das ist das Problem, dass die bestehende Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe künftig durch einen Beimischungszwang ersetzt werden soll.

Ziel des Bundes ist es außerdem, schon bald mit der vorgesehenen Änderung des Energiesteuergesetzes die bisher gewährten erheblichen Subventionen im Bereich Biokraftstoffe abzubauen. Als argumentative Grundlage für die Einführung einer Besteuerung dient dabei der Biokraftstoffbericht der Bundesregierung von 2004, der eindeutig eine Überkompensation bei Biodiesel in Reinform und als Beimischung von fünf beziehungsweise zehn Cent je Liter ausweist. Im Übrigen werden auch beihilferechtliche Bedenken der EU-Kommission gegen die deutsche Regelung angeführt. Das ist die Ausgangslage. Was das bereits angesprochene Energiesteuergesetz betrifft, so handelt es sich um ein reines Bundesgesetz. Sie wissen, dass wir dagegen höchstens Einspruch im Bundesrat einlegen können. Ich sehe hier allerdings nur sehr geringe Erfolgchancen. Dennoch oder gerade deshalb sollte im

politischen Raum agiert werden. Dabei ist die Landesregierung ganz an Ihrer Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete.

Fakt ist: Eine derartige Änderung der Rahmenbedingungen wird erhebliche Auswirkungen sowohl für die RME, also die Biodieselproduzenten im Land, als auch die Strategie Biokraftstoffe in der Landwirtschaft und die Weiterentwicklung im Bereich Biokraftstoffe insgesamt haben. Betroffen wären Unternehmen, die in die Produktion von RME investiert haben. Betroffen wären landwirtschaftliche Unternehmen, die in dezentrale Ölproduktionseinrichtungen investiert haben. Betroffen wären auch Unternehmen, die in die Umrüstung ihrer Fahrzeuge für den Einsatz von Biokraftstoffen investiert haben, wie zum Beispiel Fuhrunternehmen, Öffentlicher Personennahverkehr, Busunternehmen und landwirtschaftliche Unternehmen. Hier muss der Grundsatz des Vertrauensschutzes gelten und deshalb setzt sich die Landesregierung mit all ihren Möglichkeiten dafür ein, dass zumindest mehrjährige Übergangsfristen für betroffene Unternehmen gewährt werden.

Natürlich haben sich viele Unternehmen in der jüngsten Vergangenheit aufgemacht, auf diesem Markt Geld zu verdienen. Gerade im vergangenen Jahr war in Deutschland eine starke Marktausdehnung bei der Verwendung von Biokraftstoffen durch ihre vollständige Mineralölsteuerbefreiung in Reinform als auch in Gemischen zu verzeichnen. Durch die Steuerbefreiung und die gestiegenen Preise für fossile Kraftstoffe ist ein erheblicher ökonomischer Anreiz zur Verwendung von Biokraftstoffen, insbesondere Biodiesel entstanden. Andererseits besteht gerade in der hiesigen Landwirtschaft, auch durch den faktischen Wegfall der Mineralölsteuerrückerstattung für den Agrardiesel, eine hohe Nachfrage nach Biokraftstoffen zur Produktion für den Eigenverbrauch beziehungsweise für regionale Kreisläufe.

Man muss kein Prophet sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, um vorauszusagen, dass die Entwicklung dieses Marktsegmentes einen herben Dämpfer erfahren wird. Allerdings müsste auch jedem klar sein, dass sich kein Finanzminister, egal welcher Couleur, auf Dauer tatenlos diesen Steuerausfall ansehen würde. Die Landwirtschaft, und um die geht es mir primär, darf man in diesem Kontext aber nicht nur als Produzent von Biomasse, sondern auch als beträchtlichen Konsumenten von Treibstoff betrachten. Und bei Letzterem wird eine erneute Verschlechterung der Wettbewerbsposition im Vergleich zu den europäischen Nachbarn durch die bundesrechtliche Neuregelung eintreten.

Und genau das wollte die neue Bundesregierung doch abbauen. Deshalb tritt die Landesregierung hartnäckig dafür ein, die in der Landwirtschaft verwendeten Biokraftstoffe mindestens bis 2009 steuerbefreit zu lassen. Das wird Kollege Dr. Backhaus, den ich hier vertrete, weil er bei der Agrarministerkonferenz in Mainz weilt, nochmals bekräftigen. Ob es auf Bundeseite Bewegung gibt, wird nicht zuletzt am Bundestag liegen, an dessen Abgeordneten aus allen Fraktionen, an die ich an dieser Stelle nochmals appelliere, steuerliche Regelungen mit Augenmaß zu verändern! Wir brauchen Übergangsregelungen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Die beabsichtigte Beimischungsregelung wird sich durch die Vermarktungsposition der RME-Produzenten verschlechtern, denn sie sind dann nur noch Zulieferer. Sowohl die Vermarktung über das öffentliche Tankstellennetz als

auch an Großabnehmer wird kaum mehr wirtschaftlich sein. Damit stünde eine Vielzahl von RME-Produzenten der Nachfrage weniger Mineralölkonzerne gegenüber, was die Marktposition erheblich verschlechtert und zu einem Verdrängungswettbewerb führt. Wir verfügen inzwischen über Produktionskapazitäten, die deutlich über dem Mengenbedarf liegen, der erforderlich wäre, um im Jahr 2010 einen Biodieselanteil am Gesamtdieselmotorenkraftstoffverbrauch von 5,75 Prozent zu erreichen. Die geschätzten Produktionskapazitäten in 2006/2007 liegen bei uns in der Größenordnung von 3 Millionen. Der Bedarf, um einen Mengenanteil von 5,75 Prozent am Biodieselmotorenkraftstoff zu erreichen, liegt bei etwa 1,5 bis 2 Millionen. Das heißt, wir könnten mit unseren Kapazitäten den von anderen angestrebten Zielwert von 10 Prozent durchaus erreichen.

Kritisch ist eine solche Konkurrenzsituation zum Beispiel für Malchin aufgrund der relativ geringen Produktionskapazität, die unter 50.000 Tonnen liegt – Frau Schildt hat von 60.000 gesprochen, diese Zahl ist mir nicht bekannt, das Problem bleibt aber das gleiche, es ist eine relativ geringe Produktionskapazität –, und für Sternberg gilt dieses aufgrund des Standortes. Weiterhin ist absehbar, dass mindere Qualitäten, das wäre also Biodiesel auf Soja- beziehungsweise Palmölbasis, die für Beimischungen durchaus verwendet werden können, preiswert am Weltmarkt gekauft werden und somit der heimischen in der Entstehung befindlichen Marktentwicklung für Qualitätsware, in diesem Falle für RME, entgegenstehen würden und diese zusammenbrechen wird. Das einzig Positive ist, dass dieser Teil des Systemwechsels noch nicht in Gesetzestexte gegossen wurde.

Hier kann und wird die Landesregierung notwendige Korrekturen mit dem Bund diskutieren. Dieses Zukunftsfeld der Energiewirtschaft muss dauerhaft und nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern gesichert werden. Das ist unser Ziel in den politischen Gesprächen mit dem Bund, was konkret heißt, vor allen Dingen mit den Bundestagsfraktionen, aus denen man durchaus Signale hört, dass die jetzige Festlegung in der Koalitionsvereinbarung etwas zu kurz gedacht war. Vielleicht war es auch schon ziemlich spät in der Nacht, als man diesen Satz aufgeschrieben hat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Na, hoffen wir es mal. – Heinz Müller, SPD:
So was soll ja vorkommen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, für die weitere Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen sprechen gute Gründe: Gründe des Klimaschutzes, der Einsparung von Kohlendioxid im Verkehrsbereich, die Verringerung der Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft auf der Angebots- und Nachfrageseite sowie die Schaffung regionaler Kreisläufe. Nach meiner Auffassung war es in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag an keiner Stelle das Ziel, die eingeleitete Entwicklung bei der Erzeugung und Vermarktung von Biokraftstoffen wieder zu gefährden. Das sage ich aus meinen Gesprächen mit meinen Amtskollegen unterschiedlicher politischer Farben. Es ging uns in dieser Sache immer um das gleiche Ziel. Das wäre im Übrigen auch aus fiskalischer Sicht kontraproduktiv.

Herr Kollege Backhaus hat sich namens der Landesregierung deshalb auf Bundesebene dafür eingesetzt und

an die Bundesminister Steinbrück, Gabriel und Seehofer appelliert, die möglichen Lösungen für die Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen sorgfältig auf ihre Konsequenzen für die einzelnen Produktlinien zu überprüfen. Unsere Position ist, ich denke, das ist auch Ihre, meine sehr geehrten Damen und Herren, unterschiedliche Biokraftstoffe mit unterschiedlichen Marktbedingungen erfordern differenzierte Regelungen. Dafür müssen wir kämpfen!

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,
und Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS –
Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Bei der Gestaltung und Neuorientierung der Rahmenbedingungen für Biokraftstofflinien sind unter anderem Aspekte wie Marktreife, Marktpotenziale, technische Entwicklung, Herstellerfreigaben, Abgasvorgaben, Zeithorizonte und nicht zuletzt auch ein Saldo möglicher Steuereinnahmeausfälle zu berücksichtigen. Die Landesregierung verfolgt in den Gesprächen und Verhandlungen mit dem Bund eine Strategie, die ich als Konzept für fördernde steuerliche Rahmenbedingungen für Biokraftstoffe beschreiben würde. Wir wollen, das möchte ich in vier Punkten zusammenfassen, Folgendes:

Erstens. Wir wollen einen ermäßigten Steuersatz bei der Verwendung von Biokraftstoffen in Reinform, wobei die Höhe der Teilbesteuerung unter den Aspekten Vermeidung einer Überkompensation und Beibehaltung einer Anreizkomponente zur Verwendung von Biokraftstoffen in Reinform enthalten sein sollte.

Zweitens. Für die Entwicklung und den Aufbau einer Produktlinie von BtL-Kraftstoffen, das heißt Biomass to Liquid, also flüssige Kraftstoffe, sollte die vollständige Steuerbefreiung beibehalten werden. Nur die Biokraftstoffe der zweiten Generation haben das Potenzial, langfristig bis zu 20 Prozent Anteile am Gesamtkraftstoffbedarf zu erreichen, und erfüllen langfristig die erforderlichen Umweltstandards.

Drittens. Für die in der Land- und Forstwirtschaft und zumindest im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzten Biokraftstoffe sollte die vollständige Steuerbefreiung beibehalten werden.

Viertens. Beachtung der Erfordernisse der FME-Produktion. FME, das ist Fettsäuremethylester. Fettsäuremethylester wurde sozusagen in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt, weil wir ein Werk haben, das aus tierischen Fetten Biodiesel herstellt. Diesen nennt man also FME. Diese Fettsäuremethylesterproduktion soll in Bezug auf die zugelassenen Inputstoffe nach der Biomasseverordnung den Einsatz der Stoffe der Kategorien 1 und 2 ermöglichen.

Wie Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, umfasst dieses Konzept die im Antrag aufgeführten Punkte, aber wir gehen noch darüber hinaus. Gleichzeitig sind wir gegenüber dem Bund in der Frage der Besteuerung des Biogenkraftstoffanteils innerhalb der Beimischungspflicht durchaus kompromissbereit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können davon ausgehen, dass sich die gesamte Landesregierung engagiert und mit Augenmaß dafür einsetzen wird, die Vermarktungswege für Biodiesel und die Entwicklungschancen der zweiten Generation der Biokraftstoffe zu sichern und die Steuerbefreiung von Biokraftstoffen in umweltsensiblen Bereichen beizubehalten. Wenn dieses Bestreben vom Landtag überstützt wird, dann kann ich Ihnen nur sehr herzlich danken. Ich wäre Ihnen auch dank-

bar, wenn Sie jeweils bei Ihren Bundestagsfraktionen entsprechend wirken würden, denn das scheint der wichtigste Ansatzpunkt zu sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Vizepräsidentin Holznagel von der Fraktion der CDU.

Renate Holznagel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Biokraftstoffe müssen wettbewerbsfähig bleiben! Ich glaube, in dem Punkt sind wir uns alle einig hier im Land Mecklenburg-Vorpommern. Doch auf welchem Weg die Wettbewerbsfähigkeit der Biokraftstoffe erhalten werden soll, dazu gibt es noch unterschiedliche Meinungen, und zwar auch in der SPD. Denn der vorliegende Antrag richtet sich gegen einen Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers Steinbrück und natürlich auch gegen die Koalitionsvereinbarung, wie es der Minister bereits ausgeführt hat.

Im Dezember hatte meine Fraktion bereits darauf hingewiesen, denn wir haben einen Antrag in den Landtag eingebracht. Ich denke, wir und auch Sie, meine Damen und Herren, hätten diese Zeit nutzen sollen, um sich fachlich und sachlich mit dem Antrag meiner Fraktion auseinander zu setzen. Dieser Antrag befasste sich mit der Zukunftsperspektive erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe in Mecklenburg-Vorpommern. In der Debatte zum Antrag haben wir darauf verwiesen, dass mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderer erneuerbarer Kraftstoffe im Verkehrssektor erhebliche Unruhen bei den Produzenten von Biokraftstoffen ausgelöst wurden. Dieser Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen, darüber bin ich sehr dankbar, und soll nunmehr in Verbindung mit dem Klimaschutzkonzept und dem Innovationsprogramm nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien beraten werden.

Ich denke, der Minister hat es noch einmal deutlich gemacht, dass man diese Ressourcen der Landesregierung im Bundesrat vertreten sollte. Wir hätten das heute, wenn wir es rechtzeitig im Ausschuss behandelt hätten, mit einer Beschlussempfehlung noch viel besser untersetzen können.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun zu diesem Antrag. CDU/CSU und SPD haben sich auf Bundesebene dahingehend verständigt, dass die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe durch eine Bemischungspflicht ersetzt wird. Dies scheint sicher und daran ist auch nicht zu rütteln. Gleichzeitig sollen die Markteinführung durch synthetische Biokraftstoffe mit der Wirtschaft durch Errichtung und Betrieb von Anlagen im industriellen Maßstab vorangetrieben werden sowie Forschung, Entwicklung und Markteinführung nachwachsender Rohstoffe mit der Wirtschaft forciert werden. Nachzulesen ist dies in der Koalitionsvereinbarung. Zur Umsetzung plant die Bundesregierung zwei Maßnahmen, welche die bisherigen Regelungen im Bereich der Biokraftstoffe ersetzen sollen:

In einer ersten Stufe soll mit dem In-Kraft-Treten des Energiesteuergesetzes voraussichtlich zum 1. Juli 2006 die jetzige Mineralsteuerbegünstigung der Biokraftstoffe an die Verhältnisse des Marktes angepasst werden. Diese Maßnahme ist sowohl vom europäischen Steuerrecht als

auch vom europäischen Wettbewerbsrecht vorgeschrieben. Der Minister und Frau Schildt führten es bereits hinsichtlich des Abbaus der Überkompensation zu den fossilen Energieträgern aus.

Grundlage dieser Maßnahme, und deswegen erwähne ich es hier noch einmal, ist der Biokraftstoffbericht der Bundesregierung vom Juni 2005. Der Bericht geht davon aus, dass Biokraftstoffe durch die in Paragraph 2 a des Mineralölsteuergesetzes getroffene Regel derzeit stark überfordert werden. Aus diesem Grunde sollen Biokraftstoffe ab dem 01.08.2006 wie folgt besteuert werden: Biodiesel 10 Cent, Biodieselanteile in Kraftstoffgemischen mit 15 Cent je Liter und reines Pflanzenöl – und deswegen nenne ich die Zahlen noch einmal – mit 15 Cent je Liter.

Meine Damen und Herren, wichtig ist zu beachten, Grundlage für diese Planungen ist der von mir bereits erwähnte Biokraftstoffbericht. Seine Daten basieren jedoch auf der Grundlage des Jahres 2004. Die Berechnungsmodelle müssen meines Erachtens aktualisiert werden, um die positive Entwicklung des Absatzes von Biokraftstoffen der vergangenen Jahre nicht zu gefährden. Ich glaube, auch da sind wir uns einig, die Frage von Erfolg oder Misserfolg des Einsatzes von Biokraftstoffen hängt oft von wenigen Cent ab. Ich möchte das wirklich noch einmal unterstreichen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einem zweiten Schritt plant die Bundesregierung zum 1. Januar 2007, die steuerliche Förderung durch eine Beimischungspflicht zu ersetzen. Durch diesen Wechsel vom Steuer- zum Ordnungsrecht soll die ökologisch sinnvolle Förderung der Biokraftstoffe auf eine langfristig tragfähige Basis gestellt werden. Schon im Jahr 2004 sind 30 Prozent des Biodieselabsatzes als maximal 5-prozentige Beimischung zum Dieselmotorkraftstoff zugesetzt. Die damit einhergehenden Steuervorteile wurden von den Mineralölkonzernen nicht an die Verbraucher weitergegeben. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt.

Diesbezüglich stellt sich die Frage, inwieweit sich eine Besteuerung von Biokraftstoffen auf den Kraftstoffpreis auswirkt. Der Einsatz von Biodiesel wird künftig viel mehr von der Entwicklung der Rohstoffpreise am Mineralölbeziehungsweise Gasmotormarkt abhängen. Vor dem Hintergrund der jetzigen Preisentwicklung auf dem Mineralölmarkt ist davon auszugehen, dass auch künftig der produzierte Biodiesel am Markt abgesetzt werden kann. Meine Befürchtungen gehen vielmehr dahin, dass die Herstellung von Biokraftstoffen durch die Bereitstellung von Rohstoffen begrenzt werden wird. Ich denke, das ist auch ein Punkt, über den wir nachdenken müssen. Die Land- und Forstwirtschaft auf künftige Aufgaben vorzubereiten und Möglichkeiten zur Einkommensdiversifizierung zu eröffnen, darauf müssen wir verstärkt unser Augenmerk richten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als agrarpolitische Sprecherin plädiere ich ausdrücklich dafür, dass Biokraftstoffe, die dem Eigenverbrauch in der Land- und Forstwirtschaft unterliegen, von einer Besteuerung ausgenommen werden. Inwieweit von einer Besteuerung von BtL-Kraftstoffen bis zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit abgesehen werden kann, ist sehr fragwürdig. Wer soll den Nachweis der Wirtschaftlichkeit erbringen? Wird mit einer solchen Regelung nicht die Entwicklung und Forschung gehemmt? Auch darüber, denke ich, müssen wir nachdenken. Das muss konkretisiert werden.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir im Rahmen der Beratungen der bereits in den Landwirtschaftsausschuss überwiesenen Anträge die Thematik der Besteuerung von Biokraftstoffen hätten berücksichtigen können, plädiere ich trotzdem für eine Überweisung des vorliegenden Antrages in die zuständigen Ausschüsse, und zwar federführend in den Landwirtschaftsausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss, um mit einer Empfehlung die Dinge, die auch meine Vorredner vorgebracht haben, hier konkret zu bearbeiten und zu verabschieden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wien von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Alexa Wien, Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns darüber eigentlich einig: „Biokraftstoffe müssen wettbewerbsfähig bleiben!“ Die Frage der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Rohstoffe sowie ihre Verwendung haben letztendlich in dieser Legislaturperiode den Landtag schon oft beschäftigt. Ich möchte hier auf das Innovationsprogramm für nachwachsende Rohstoffe oder auch den Antrag aus meiner Fraktion zur Fortführung dieses Programms hinweisen. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern einen sehr hohen Entwicklungsstand, das ist bereits von meinen Vorrednern gesagt worden. In der gesamten Bundesrepublik werden zum Beispiel zurzeit 2 Millionen Tonnen Biodiesel produziert, davon 400.000 Tonnen Biodiesel in Mecklenburg-Vorpommern. Ich wiederhole es noch einmal: Es werden in der Bundesrepublik insgesamt 2 Millionen Tonnen Biodiesel produziert, davon 400.000 Tonnen in Mecklenburg-Vorpommern. Das sind, wenn man das ausrechnet, bereits 20 Prozent. Daraus ergibt sich, dass wir natürlich als Land Mecklenburg-Vorpommern, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, besonders stark betroffen sind.

Der verstärkte Einsatz von Biomasse im Kraftstoffbereich erfüllt die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung ganz besonders. Diese Aspekte sind:

1. Die Folgen des Klimawandels werden gebremst.
2. Die Abhängigkeit von internationalen Ölmärkten wird reduziert.
3. Im ländlichen Raum entstehen Arbeitsplätze.

Diese drei Aspekte beziehungsweise diese drei Säulen, darüber sind wir uns in diesem Raum einig, sind uns allen sehr wichtig. Insbesondere der letzte Punkt ist für uns sehr wichtig, und zwar die Schaffung von Arbeitsplätzen und die damit zusammenhängende Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft sowie die Stabilität der Betriebe. Aber auch das wurde hier bereits von meinen Vorrednern angesprochen.

Mit unserem Antrag verfolgen wir das Ziel, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Könnte sich die CDU vielleicht ein bisschen leiser unterhalten oder so lange rausgehen? Ich höre hier kaum mein eigenes Wort!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Ja, das ist ein bisschen störend. Wenn Sie sich mit mir unterhalten, wäre mir das angenehmer! Wenn Sie sich nur untereinander unterhalten, würde ich Sie einfach bitten, so lange rauszugehen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Lorenz Caffier, CDU: Die Leitung hat
die Präsidentin! – Heinz Müller, SPD:
Wenn das Thema nicht so interessiert!)

Ja, oder sie verstehen es nicht.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Das Ziel unseres Antrages ist es natürlich, dass die bisher positiven Rahmenbedingungen für Produzenten, Vertrieber und Anwender weitgehend zu erhalten sind. Aber natürlich gibt es inzwischen einige Veränderungen, und zwar die Veränderung des Energiesteuergesetzes, welches zum 1. August 2006 in Kraft treten wird – Frau Holznagel sagte es bereits –, und der Paradigmenwechsel von der Steuerbefreiung der Biokraftstoffe hin zu einer Beimischungspflicht. Das ist allerdings eine Tat des neuen Koalitionsvertrages aus Berlin zwischen CDU und SPD, die natürlich nachteilig für Mecklenburg-Vorpommern ist. Frau Holznagel hat es bereits ausgeführt.

Der Minister verwies darauf, dass die Bundesregierung im Jahre 2004 festgestellt hat, dass es zu einer Überförderung von Biodiesel in Reinform gekommen ist. Er hat daraus geschlussfolgert, dass es zu einer Änderung der Besteuerung kommen muss. Das ist vor allem im Bereich der Eigenversorgung kontraproduktiv für Investoren und Interessenten, denn besonders nach dem Auslaufen der Agrardieselregelung wird der Einsatz von kostengünstigen Biokraftstoffen in den Betrieben immer stärker als eine mögliche Alternative anerkannt. Große Anstrengungen gibt es bei uns hinsichtlich der Nutzung von kaltgepresstem Rapsöl, beim Dieselmotorkraftstoff- und Rapsölgemisch. Hier wird das Risiko bei der Investition derzeit vom Landwirt getragen. Die jetzt vorgesehenen Regelungen erhöhen aber das Risiko des Landwirtes. Gerade im land- und forstwirtschaftlichen Bereich sollten – das ist unsere Auffassung dazu, darum ja auch unser Antrag – die Biokraftstoffe und vor allem Pflanzenöle, wie ursprünglich vorgesehen, mindestens bis 2009 steuerfrei bleiben.

Derzeit haben wir den Prozess, dass beispielsweise Biokraftstoffe in Größenordnungen aus Südamerika eingeführt werden, weil sie dort zu einem Drittel billiger hergestellt werden können, und zwar aus Zuckerrohr zum Beispiel. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass dafür in Südamerika im Moment in Größenordnungen Wälder abgeholzt werden, sodass es uns langfristig letztendlich wieder auf die Füße fällt. Die Umweltschäden in Euro oder in Mark und Pfennig, wie wir früher gesagt hätten, heute in Euro, sind aber heute noch nicht absehbar. Insofern werde ich natürlich unter Naturschutzaspekten, hier mit Sachverstand an die Sache heranzugehen und diese Besteuerung, wie gesagt, bis 2009 aussetzen.

Noch ein Wort zu den Biokraftstoffen der neuen Generation. Es ist notwendig, dass eine steuerliche Begünstigung beziehungsweise Freistellung weiterhin erfolgt, und zwar aus dem Grunde, damit überhaupt Forschung und Entwicklung stattfinden kann. Wenn diese steuerliche Begünstigung hier nicht weiter stattfindet, wird auch keine Forschung und Entwicklung mehr stattfinden, weil das Risiko für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich

wirklich zu groß ist. Wir sind jedoch daran interessiert, um noch einmal auf eine der Säulen zurückzukommen, letztendlich nicht nur den Naturschutz und die Nachhaltigkeit der Arbeitsplätze zu sichern, uns von den Ölmärkten dieser Welt abzukoppeln.

(Egbert Liskow, CDU: Kernenergie!)

Darum ist es auch wichtig, im Bereich der Biokraftstoffe der zweiten Generation weiterzuforschen. Wir bitten letztendlich unsere Landesregierung, wie es auch in unserem Antrag heißt, sich in der entsprechenden Art und Weise bei der Bundesregierung einzusetzen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Wien.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kühnel von der Fraktion der SPD.

Lilly Kühnel, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Gestern fand ich in der „Welt“ unter der Überschrift „Traktormotor für Pflanzenöl“ eine interessante Meldung, die genau zum Thema unseres heutigen Antrages passt. Ich zitiere daraus: „Gemeinsam mit dem Rostocker Lehrstuhl für Kolbenmaschinen und Verbrennungsmotoren und den Vereinigten Werkstätten für Pflanzenöltechnologie in Allersberg (Bayern) will Landmaschinenbauer John Deere seine Motoren dem neuen Kraftstoff“, also dem reinen Pflanzenöl, „anpassen“. Ende des Zitats. Bis Mitte 2008 läuft dafür ein Projekt. Bei John Deere, einem der weltweit größten Traktorenhersteller, werden damit die Weichen für die Zukunft gestellt.

Meine Damen und Herren, mit der neuen Agrarförderung, wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, der Entkoppelung der Direktzahlung von der Produktionsmenge, müssen die Landwirte verstärkt unternehmerisches Handeln entwickeln. Sie können flexibel auf den Markt reagieren. Das ist erforderlich, um wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Hier ist neues Denken gefragt. Wer vielleicht die Zeitung heute einmal durchgeschaut hat, wird festgestellt haben, dass gestern in Güstrow zu diesem Thema, über das wir jetzt sprechen, eine Veranstaltung stattfand. Des Weiteren geht es darum, flächendeckend Landwirtschaft zu betreiben. Das ist ein agrar- und umweltpolitischer Grundsatz, dem wir fraktionsübergreifend folgen, zumindestens denke ich das.

(Renate Holznagel, CDU: Richtig.)

Die Produktion nachwachsender Rohstoffe ist für die Energiegewinnung eine Produktionsrichtung mit Zukunft. So werden alleine in Deutschland 1,4 Millionen Hektar Energiepflanzen angebaut. Das betrifft immerhin zwölf Prozent der Ackerfläche und in Mecklenburg-Vorpommern sind das nach Aussage der gestrigen Fachtagung acht Prozent. Man rechnet damit, dass sich diese Anzahl bis 2010 verdoppeln wird. Dafür sind Rahmenbedingungen erforderlich, die den Landwirten den Weg zum Energiewirt erleichtern. Dazu gehören die Energiepflanzenprämie der EU, aber auch die Mineralölsteuerermäßigung bei Biokraftstoffen. Wir müssen immer daran denken, dass die Kapitaldecke der Unternehmen relativ dünn ist. Gerechnet werden muss dort mit jedem Euro.

Mit unserem Antrag möchten wir darauf hinwirken, dass mit Besonnenheit und Augenmaß der Vorschlag der

Bundesregierung, eine Teilbesteuerung für Biokraftstoffe, abgewogen wird. Wir hörten schon, Frau Wien sagte es bereits, dass Biokraftstoff nicht unbedingt in Deutschland angebaut beziehungsweise produziert werden muss, sondern er kann auch von Übersee kommen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir wettbewerbsfähig bleiben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass sich die Einführung einer Teilbesteuerung von reinem Pflanzenöl negativ auf landwirtschaftliche Unternehmen in zweierlei Hinsicht auswirken könnte. Zum einem für die Biomasseproduktion von der Fläche, denn hier sind Fruchtfolgeregelungen zu beachten. Jeder Fachmann weiß, dass die Landbewirtschaftung langfristig zu planen ist, und dafür brauchen die Landwirte einen entsprechenden Zeiträumen. Zum anderen sind landwirtschaftliche Unternehmen in Projekte zur Nutzung und zur Erzeugung von Pflanzenöl als Kraftstoff eingestiegen, denn hier sind Fördermittel geflossen und Eigenmittel wurden eingebracht. Für die finanziellen Rahmenbedingungen muss es eine Sicherheit geben. In diesem Sinne möchten wir mit unserem Antrag darauf hinwirken, dass in der Landwirtschaft eingesetzte Biokraftstoffe mindestens bis zum Jahr 2009 steuerfrei bleiben müssen.

Eine revolutionäre Umwälzung auf dem Kraftstoffsektor, das haben wir bereits gehört, zeichnet sich mit der Entwicklung der so genannten zweiten Generation ab. Haupteinsatzstoffe für das Verfahren in den Forschungszentren Freiberg, Sachsen und Karlsruhe sind neben Restholz Getreidestroh, Rinde und Papier. Aus dem nach entsprechenden Technologien gewonnenen Synthesegas lassen sich über das Zwischenprodukt Methanol alle Arten von Diesel- und Ottokraftstoffen erzeugen. Diese Entwicklung wird jedoch noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Für den Zeitraum zwischen der Einführung und dem Nachweis der Wirtschaftlichkeit sollte unserem Antrag gemäß eine Besteuerung entfallen. Die Produktion von Biokraftstoffen ist auch in unserem Land eine Erfolgsgeschichte und sie sollte es bleiben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Kühnel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Festlegungen im Koalitionsvertrag SPD und CDU, die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoff soll durch eine Beimischungspflicht ersetzt werden, hat ja in den letzten Wochen und Monaten zu sehr kontroversen Debatten, heftigen Gegenreaktionen und, auch das muss man sagen, zu erheblichen Irritationen geführt, allein schon deshalb, weil die Formulierung selbst ja sehr missverständlich ist. Verschärft wurde die Debatte in den letzten Monaten oder Wochen vor allen Dingen natürlich durch einen Referentenentwurf. Ich möchte Sie, Frau Holznagel, geringfügig korrigieren, denn es gibt noch keinen Gesetzentwurf. Zurzeit wird in der Öffentlichkeit diskutiert, das passiert manchmal, aber es ist ein Referentenentwurf. Dieser Referentenentwurf hat es natürlich in sich, weil er vorsieht – der kommt ja aus dem Bundesfinanzministerium, das sollte man nicht unterschätzen –,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

dass bereits zum 1. Juli diesen Jahres die vollständige Befreiung von der Mineralölsteuer bei Biokraftstoffen, die

ja ursprünglich bis 2009 vorgesehen war, wegfällt beziehungsweise durch eine Teilbesteuerung in Höhe von 10 Cent bei reinem Biokraftstoff und 15 Cent je Liter bei gemischtem Biodiesel ersetzt wird. Seitdem diese Information, was im Koa-Vertrag steht, auf dem Markt ist, ist natürlich die Verunsicherung nicht kleiner geworden, sondern eher größer. Es gab sehr viel Kritik bei Produzenten, bei Unternehmen der Biokraftstoffbranche und natürlich auch bei den Verbrauchern, vor allen Dingen in Mecklenburg-Vorpommern. Warum das so ist, das ist heute ja zum Teil schon von meinen Vorrednern klargestellt worden. Ich möchte es einfach nur noch mit einigen Fakten anreichern, denn Mecklenburg-Vorpommern ist nun einmal neben Brandenburg eines der führenden Bundesländer in der Biokraftstoffproduktion.

Nirgendwo in Deutschland wird so viel Biokraftstoff produziert wie in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben zurzeit sieben Anlagen und fünf weitere sind im Bau. Wir werden in Kürze zwölf Anlagen haben, die möglicherweise in wenigen Jahren bereits in der Lage wären, ungefähr 500.000 Tonnen Biodiesel, das sind eine halbe Millionen Tonnen, zu produzieren. Das wären über 25 Prozent der Gesamtproduktion in Deutschland. Das bedeutet circa 800 direkte Arbeitsplätze in diesen Anlagen und bestimmt circa 4.000 bis 5.000 indirekte Arbeitsplätze vor allen Dingen in der Landwirtschaft, die für diesen Bereich die nachwachsenden Rohstoffe liefern, also die Biomasse wie zum Beispiel den Raps, der verkauft wird. Das sind circa 10 Millionen Euro Mehreinnahmen für die Landwirte und in einem Jahr ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Land.

Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn wir sagen – wenn man sich einmal mit ein bisschen Fantasie das Jahr 2015 oder 2020 anguckt, das machen wir ja bei demografischen Entwicklungen und bei finanziellen Entwicklungen –, dass die Biokraftstoffbranchenerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern echte Chancen hat, eine Wachstumsbranche zu sein beziehungsweise sich weiterzuentwickeln. Sehr viele Menschen in unserem Land verbinden Hoffnungen mit dieser Branche. Man muss aber auch sagen, dass vor dem Hintergrund der immer wieder beschriebenen Notwendigkeit, dass man sich aus der Importabhängigkeit des Rohöls schrittweise lösen will, in Deutschland, in Europa und auch in Mecklenburg-Vorpommern hier bereits ein wichtiger Beitrag geleistet wird. Wenn man diese 0,5 Millionen Tonnen Liter Biodiesel einmal hochrechnet auf 3 Millionen Barrel Erdöl, dann ist man bei einem angenommenen Preis von circa 55 Dollar pro Barrel immerhin bei einer Größenordnung von 170 Millionen Euro Ersparnis von Rohölimporten. Der eine mag sagen, das ist nicht viel, aber ich bin der Meinung, das sind wichtige kleine Schritte, um das große Ziel zu erreichen, um unabhängiger von Erdölimporten zu werden. Und wenn man nicht bereit ist, diese kleinen Schritte zu gehen, wird man letztendlich die großen auch nicht erreichen. Hinzu kommen natürlich die für den Klimaschutz so wichtigen CO₂-Einsparungen.

(Egbert Liskow, CDU: Kernenergie!)

Meine Damen und Herren, die geplante Einschränkung der Steuerbefreiung wird die Geschäftsgrundlagen der Investoren allerdings entscheidend verschlechtern. Bisher hat unser Land mit GA-Mitteln in großem Umfang den Bau von neuen Anlagen gefördert und weitere Investitionen von über 70 Millionen Euro sind geplant. All dieses wäre in

Frage gestellt, wenn es nicht mehr genügend Anreizelemente zum Verbrauch von Biodiesel gibt und der Absatz von Biodiesel nicht zunimmt, wie es die Investoren erwarten, sondern zurückgeht. Die Beibehaltung des Preisvorteils für Biodiesel ist aber auch für die Nachfrageseite erforderlich. Es wird oftmals unterschätzt, was das für die Arbeitsplätze bedeutet. Negativ betroffen wären die Kfz-Branche, die bisher von der Umrüstung profitiert, der Taxiverkehr, der Öffentliche Personennahverkehr, der weitgehend auf Biodiesel oder zumindest umfangreich auf Biodiesel umgestellt hat, und es hätte ebenso negative Auswirkungen auf Spediteure und Tankstellenbetreiber.

Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht missverstehen, selbstverständlich muss die zurzeit vorhandene überkompensierende Steuerbegünstigung von circa 5 Cent bei reinem Biodiesel und 10 Cent bei Biodiesel als Beimischungskomponente beseitigt werden. Das ist unstrittig, denn dies erfordert einerseits das EU-Recht und andererseits auch die Steuergerechtigkeit. Die Beimischungspflicht ist grundsätzlich zu begrüßen, das ist nicht der Streitpunkt. Sie ist der ernsthafte Versuch, durch einen Systemwechsel von Steuerrecht auf Ordnungsrecht, das, was ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, nämlich die Förderung von Biokraftstoffen mit mindestens sechs Prozent Anteil auf eine langfristige Basis zu stellen. Also auch dieser Punkt ist unstrittig.

Was wirklich strittig ist, ist die Frage: Wie weit reichen jetzt und zukünftig steuerliche Anreizelemente, um Biokraftstoffen überhaupt noch eine Chance zu geben? Es ist strittig, weil oftmals übersehen wird – das hat vermutlich auch dieser Referent übersehen –, dass wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass in den nächsten Jahren, das lässt sich jetzt schlecht datieren, aber auf viele Jahre hinaus, der Biokraftstoff noch keine Chance hat, mit fossilen Kraftstoffen zu konkurrieren. Das ist einfach so. Deshalb brauchen wir auch weiterhin angemessene, differenzierte und ausreichende steuerliche Anreize. Im Klartext ist es so, meine Damen und Herren, dass es Biokraftstoffe nicht mehr geben wird. Die Anreize müssen so gestaltet sein, dass sie den Marktzutritt ermöglichen und die Steuerausfälle dabei in Grenzen halten.

Meine Damen und Herren, im Antrag von SPD und PDS wird deutlich, was wir wollen. Allerdings sei es mir gestattet, dass ich aus meiner Sicht dem noch etwas hinzufüge:

Erstens. Die Höhe der jetzt vorgesehenen Teilbesteuerung im Referentenentwurf von 10 beziehungsweise 15 Cent muss unbedingt überprüft werden. Ich habe persönlich große Zweifel daran, dass diese Höhe ausreichend ist, davon zu sprechen, dass wir die gewollten steuerlichen Anreize, das unterstelle ich einmal, wirklich erhalten.

Zweitens. Die in der Landwirtschaft eingesetzten Biokraftstoffe müssen mindestens bis 2009 steuerbefreit bleiben.

Und drittens gilt, das gilt im Übrigen auch für die Biokraftstoffe der zweiten Generation, dass Biomasse, Frau Holznagel, bis zur Markteinführung, bis sie marktreif ist, unbedingt steuerbefreit bleiben muss. Ansonsten haben diese Produkte keine Chance und wir werden sie letztendlich nicht in die produzierende Phase hineinbekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich möchte einen Punkt hinzufügen, der, glaube ich, bisher noch nicht klar gesagt worden ist. Ich halte die Ein-

führung der Teilbesteuerung zum 1. Juli diesen Jahres gelinde gesagt für abenteuerlich, denn wir haben jetzt bereits März. Zum 1. Juli diesen Jahres bereits eine Teilbesteuerung in der beschriebenen Art und Weise, wie es im Referentenentwurf vorgesehen ist, einzuführen halte ich für unverantwortlich. Auch die Einführung der Beimischungspflicht zum 01.01.2007 halte ich zumindest für sehr, sehr ehrgeizig. Meine Damen und Herren, was wir brauchen, sind vernünftige Übergangsfristen und ein EU-weit abgestimmtes Gesamtkonzept zur steuerlichen Förderung der Biokraftstoffe. Das kann man jedoch in diesen kurzen Zeiträumen einfach nicht schaffen.

(Beifall Konrad Döring, Die Linkspartei.PDS)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, sei es mir gestattet, dass ich einmal als Finanzpolitiker klarstelle, dass es – und da möchte ich eine Lanze brechen für Herrn Steinbrück – völlig legitim und sicherlich auch notwendig ist, wenn der Bundesfinanzminister die Mineralölsteuereinnahmen im Blick hat und zusätzlich 130 Millionen Euro in 2006, 370 Millionen Euro 2007 oder mehr als 400 Millionen für die Jahre danach, wenn alles gut geht bei einem kompletten Systemwechsel, möglicherweise 2 Milliarden Euro pro Jahr mehr einnehmen möchte.

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Diese Modellrechnung, das kann man machen, das funktioniert, aber man ist dann auch sehr schnell dabei zu sagen: Okay, das Geld nehmen wir ein und einen guten Verwendungszweck, den finden wir dann schon, das ist kein Problem. Allerdings ist diese Betrachtungsweise, ich sage es einmal als Finanzpolitiker, ausdrücklich gestattet, aber volkswirtschaftlich betrachtet sehr, sehr kurzsichtig.

(Egbert Liskow, CDU: Das erklären Sie einmal Herrn Steinbrück!)

Denn statt Mineralölsteuern zu erzielen, hat der Staat dann die Verluste bei der Einkommensteuer, bei der Gewerbesteuer, wegfallende Arbeitsplätze bis hin zur Belastung der Arbeitslosenversicherung. Man verzichtet auf Möglichkeiten der Wertschöpfung, die im Land verbleiben können und den Steuerkreislauf mehrfach durchlaufen.

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

In regionalen Wirtschaftskreisläufen fließen nämlich Steuern vielfältiger und umfangreicher zurück, als sie durch die Direktsteuer – und die Mineralsteuer ist eine Direktsteuer – überhaupt erzielt werden können. Ganz abgesehen davon, das wurde hier schon angesprochen, würden uns natürlich die vielen verpulverten Steuermillionen für Forschung und Entwicklung in Anlagen der Biokraftstoffherzeugung und der Anlagen selbst, glaube ich, sehr, sehr schmerzen.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, hoffe ich immer noch, dass sich in dem Fall auch die Vernunft durchsetzen wird und wir intelligente Lösungen finden, um zu einer maßvollen – ich betone, maßvollen – Teilbesteuerung des Biokraftstoffes zu kommen. In diesem Zusammenhang sei mir gestattet, dass ich mich persönlich sehr darüber freue, das ist ja nicht so oft der Fall, dass es zu einem Schulterschluss gekommen ist von Energiepolitikern, Wirtschaftspolitikern, Landwirtschaftspolitikern und Umweltpolitikern und dazu, das sei mir gestattet, ist ja nicht zu übersehen und zu überhören, auch einigen Finanzpolitikern.

(Egbert Liskow, CDU: Und das alles in der SPD!)

Nicht nur in der SPD, Herr Liskow! Ich habe das ausdrücklich so betont mit den Fachpolitikern,

(Heinz Müller, SPD: Herr Liskow kennt nur eine Kategorie.)

damit auch klar ist, in Zeiten von großen Koalitionen in Berlin, Herr Liskow, brauchen wir den Schulterschluss dieser Fachpolitiker von CDU und SPD, ansonsten werden wir hier nichts bewegen können. Der Appell des Ministers Herrn Methling, der an uns alle und insbesondere an Sie gerichtet ist, ist natürlich zwingend. Sie müssen ihn mit Ihrer Bundestagsfraktion bereden und Sie müssen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen Fachpolitikern reden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

so, wie wir es bereits gemacht haben oder noch machen werden. Nur dann haben wir gemeinsam eine Chance. Von daher hoffe ich sehr auf die Unterstützung der CDU-Opposition beim heutigen Antrag.

Und jetzt noch einmal zu Frau Holznagel. Ich habe im Interesse der Sache die herzliche Bitte, denn wir liegen hier ganz dicht beieinander, dass wir heute den Antrag nicht überweisen, weil wir nicht mehr so viel Zeit haben. Meine Damen und Herren, wir brauchen heute den Beschluss hier im Landtag. Wir müssen handeln, denn es ist mindestens fünf vor zwölf. Mit dem heutigen Beschluss im Rücken kann unsere Regierung anders und besser handeln und auch wir als Fraktionen können besser handeln. Wir müssen in der Öffentlichkeit weiter Druck machen und uns gemeinsam für die Interessen unseres Landes einsetzen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Borchert.

Weitere Wortmeldungen zu dem Thema liegen mir nicht vor. Ich schließe also die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS auf Drucksache 4/2121 zur federführenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Antrag in der Sache ab. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS „Biokraftstoffe müssen wettbewerbsfähig bleiben!“ auf Drucksache 4/2121 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Bitte keine Kommentare von der Regierungsbank und auch keine Kommentare während der Abstimmung!

Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und Linkspartei.PDS zum genannten Thema mit den Stimmen von SPD, Linkspartei.PDS und Stimmen der Fraktion der CDU

bei einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU angenommen worden.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 14**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Berufsschulkonzept für Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/2129.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Berufsschulkonzept für
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/2129 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt heute ein Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Berufsschulkonzept für Mecklenburg-Vorpommern“ vor, wo es um unterschiedliche Punkte geht, die hier in einem Konzept realisiert werden sollen, zum Beispiel Berufsschulstandorte, Verteilung der Ausbildungsberufe, dann die Verteilung von Regional- und Landesfachklassen und zum Schluss auch die Thematik der Schülerentwicklung beziehungsweise den entsprechenden Stellenbedarf. Das dürfte auch die Politiker von der SPD interessieren, weil das nämlich haushaltstechnisch sehr wesentlich ist, um das Ganze nachher auszufinanzieren. Und wenn wir die tagesaktuelle Presse verfolgen, dann scheint auch in diesem Bereich der Bildungspolitik doch einiges im Argen zu sein, wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass es hier wahrscheinlich um 150 bis zu 165 Lehrerstellen geht.

Im Berufsschulbereich wird durch die GEW kritisiert, dass es doch hier Unwägbarkeiten im Bildungsministerium bei der Umsetzung geben soll. Diese Tatsache gilt es vielleicht auch an dieser Stelle etwas aufzuklären. Es geht immerhin um circa 10 Millionen Euro und ich möchte ganz einfach an dieser Stelle an die Haushaltsdiskussion erinnern, als es dem Landtag gelungen ist, zusätzlich 280 kw-Stellen rückgängig zu machen, was sicherlich ein Erfolg des Landtages war, wir aber immer gesagt haben, die Art und Weise ist für uns unverständlich, wenn alles sozusagen im Reinen ist, auch im Bereich der beruflichen Bildung, warum dann plötzlich diese Hauruckaktion in den Haushaltsberatungen zu machen, zumal man mehr zur Kenntnis nehmen muss, dass es nur 95 Prozent Unterrichtsversorgung in unseren Berufsschulen in Mecklenburg-Vorpommern gibt.

Erstaunlicher ist dann die Tatsache, und das ist eigentlich auch das Thema, was die GEW aufgreift, nämlich die Unterrichtsversorgungsverordnung 2006/2007. Und wenn man jetzt die Pressemitteilung nimmt, wenn ich den Entwurf vom 23.09. nehme, wo im Prinzip die gleiche Unterrichtsversorgung wie im Vorjahr bestätigt werden sollte, dann wird das natürlich auch etwas klarer – seit zwei Jahren ist man erst einmal auf diesem Dampfer, dass man die Stundenzuweisung anhand von Schülerzahlen vornimmt –, dann hat am 23.09. dieser Entwurf genau das beinhaltet, was im Vorjahr auf den Weg gebracht wurde. Wenn wir jetzt aber erstaunlicherweise feststellen, dass im Januar, sprich am 23.01., ein neuer Entwurf auf den Weg gebracht wird, wo in allen Bereichen der beruflichen Bildung die Faktoren, sprich die Faktoren zur Bestimmung der Lehrerstunden, der Zuweisung heruntergeschraubt werden, dann ist das schon mehr als bedauerlich.

Was heißt das konkret für die Praxis? Für die Praxis heißt das, dass es weiterhin zulasten der Qualität an Be-

rufsschulen geht, wenn wir weniger Lehrerstunden vor Ort bekommen. Das bedeutet ganz konkret – die Zahl stand auch heute in der Zeitung –, dass vorher die Stundenzuweisung auf 20 Schüler erfolgte, jetzt auf 22 Schüler. Das bedeutet, dass wir dann auch für die zu bildende Klasse weniger Stunden haben und somit aus meiner Sicht langsam eingeleitet wird, dass nicht ausreichend Stunden für die einzelnen Berufsgruppen zur Verfügung stehen. Das wiederum bedeutet, dass einzelne Berufe sterben werden. Und wenn einzelne Berufe eines Gesamtgebildes sterben, dann heißt es natürlich auch, dass eines Tages der Standort stirbt. Und von der Warte aus muss genau überlegt werden, ob dieser Weg aufrechterhalten wird oder nicht. Das Ganze betrifft 150 Stellen im Stellenplan, bei denen ich nicht genau weiß, ob sie durch den Haushalt 2006/2007 bereits ausfinanziert sind. Das gilt es hier auf alle Fälle zu klären.

Gleichzeitig werden auch die Teilungsstunden weiter reduziert. An dieser Stelle möchte ich erinnern, dass wir 1990 für Berufsschulklassen vier Stunden Teilungsunterricht hatten. Das Ganze wurde reduziert auf zwei – Jetztzustand – und wird in absehbarer Zukunft durch die neue Verordnung auf eine Stunde reduziert. Wer sich im Bereich der Berufsschulen auskennt, weiß genau, dass mit der Einführung von Lernfeldern gerade diese Thematik Teilungsunterricht eine besondere Priorität haben sollte.

(Heike Polzin, SPD: Bringen Sie eigentlich den Antrag noch mal ein?)

Von der Warte aus ist es eher unverständlich, auch in diesem Bereich Korrekturen vorzunehmen.

(Rudolf Borchert, SPD: Worum geht's da?
Worum ging's? – Heike Polzin, SPD: Sie sollen doch nicht noch einmal den Antrag einbringen!)

Ich möchte Sie auch besonders bitten – das ist eine persönliche Bitte von mir –, dass Sie von SPD und PDS Einfluss auf den Minister nehmen, gerade die Lehrerwochenstundenzuweisung für das Berufsbildungswerk in Greifswald genauer unter die Lupe zu nehmen. Ich stelle Ihnen auch gern die Post zur Verfügung. Das Ganze ist bei den Ausbildungsplätzen auf 12 Auszubildende ausgelegt und wenn Sie den Faktor von zurzeit 1,0 reduzieren auf 0,813, dann heißt das, Sie werden über 14 Lehrlinge dort haben müssen, und das ist in diesen Räumlichkeiten nicht realisierbar. Nehmen Sie sich bitte dieses Problems noch einmal an!

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass Sie bei den Berufsschulen einen Bereich haben, den Sie jetzt vielleicht noch wegschieben wollen, vielleicht mit dem Gedanken, vor dem 17. September wird das nicht thematisiert. Aber ich sage Ihnen Folgendes für den Bereich der Berufsschulen voraus: Sie haben vor zwei Jahren eine Stellschraube eingeführt, indem Sie von der Zuweisung bezogen auf Klassen abgewichen sind und eine schülerbezogene Zuweisung vornehmen. Das heißt, Sie haben hier das erste Mal eine Stellschraube eingeführt, die eine weitere Reduzierung der Stunden nach sich gezogen hat. Jetzt sind zwei Jahre vergangen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und Sie beginnen, an dieser Stellschraube zu drehen. Es wird der Faktor reduziert, das heißt, es wird weiterhin weniger Stunden geben, die nach unten durchgereicht werden, und ich sage Ihnen voraus, diese Stellschraube

können Sie nicht unendlich weit drehen. Sie sind jetzt schon fast am Ende. Bei den Teilungsstunden, wenn Sie von vier auf zwei jetzt bei eins sind, können Sie im Prinzip nichts mehr streichen. Wenn nichts ist, wie wollen Sie da weiter streichen? Das heißt, Sie sind jetzt an einem Punkt angekommen – Sie retten sich natürlich jetzt noch mit dieser Legislaturperiode –, dass Sie ab dem nächsten Schuljahr kaum noch handlungsfähig sein werden, und Sie können an diesen Stellschrauben nicht mehr drehen.

Ich weiß, dass an diesem Thema gearbeitet wird – ich möchte die Fraktionen in diesem Hause bitten, sich dieses Themas anzunehmen –, dass man beabsichtigt, für die folgenden Schuljahre ab 2007 dann auch Bildungsgänge zu streichen im Vollzeitbereich. Das ist ein ganz gefährlicher Weg. Ganz konkret geht es dann um die Streichung der höheren Berufsfachschule zum Beispiel im Bereich Wirtschaft. Wenn Sie die wirtschaftliche Situation in diesem Lande kennen und wissen, dass das im Bereich der Vollzeitausbildung ein Punkt werden wird oder sein kann, der ausfinanziert sein muss, dann bitte ich Sie alle hier, jetzt schon zu diesem Zeitpunkt darauf einzuwirken, dass solche Streichorgien, wie sie vorgesehen sind, in diesem Bereich nicht auf den Weg gebracht werden. Ich bitte Sie, hier Ihren Einfluss geltend zu machen.

Noch ein Satz zur Kommunalisierung: Ich habe versucht, Ihnen zu beschreiben, wie schwierig der Weg jetzt für die beruflichen Schulen ist, das hier weiter finanziell aufrechtzuerhalten. Und Sie haben nun ganz bewusst in das Verwaltungsmodernisierungsgesetz hineingeschrieben, dass Sie bei den Berufsschulen mit der Kommunalisierung beginnen wollen. Wenn Sie das nicht glauben, kann ich Ihnen das auch gern noch einmal vorlesen. Sie haben nämlich jetzt auf den Weg gebracht, dass über die Übertragung der Zuständigkeit für die inneren Schulangelegenheiten nach Paragraf 109 des Schulgesetzes auf die kommunale Ebene mit dem Auslaufen des Lehrpersonalkonzeptes entschieden wird.

(Heike Polzin, SPD: Genau.)

Als erster Schritt werden die inneren Schulangelegenheiten der beruflichen Schulen auf die Kreise übertragen. Ich möchte Sie an dieser Stelle auch noch einmal vor dem Schritt warnen. Sie können mir noch lange sagen, dass das nicht umgesetzt wurde oder wird. Sie haben das Thema eröffnet und die Berufsschulen separat im Gesetzesentwurf ausgewiesen. Das ist mehr als eine Willensbekundung. Ich glaube, das ist der falsche Weg. Sie sollten hier nicht gerade die Lehrerschaft, der ich an dieser Stelle einen Dank aussprechen möchte,

(Heiterkeit bei

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:

Das ist doch sonst mein Part, Herr Renz. –

Zuruf von Heike Polzin, SPD)

aus dem Lehrpersonalkonzept herausgreifen, die im Prinzip bei der Inanspruchnahme noch gar nicht gelandet sind. Und ich möchte Sie abschließend noch auf einen Fakt aufmerksam machen,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

damit Ihnen nicht Ähnliches passiert wie mit der Erhöhung der Pflichtstundenzahl, dass Sie vor Gericht scheitern. Sie haben jetzt eine 95-prozentige Unterrichtsversorgung in Berufsschulen.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Sie kommen einseitig von Regierungsseite her und verändern die Parameter, um wahrscheinlich auf eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung zu kommen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wenn das gleichbedeutend ist mit der Inanspruchnahme von Teilzeit für Berufsschullehrer, dann sage ich Ihnen schon viel Freude voraus. Es könnte sein, dass sich damit eines Tages wieder die Gerichte befassen.

(Heike Polzin, SPD: Völlig partielle Wahrnehmung, junger Mann!)

Lassen Sie das bitte nicht zu, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe bis jetzt als Diskussionsgrundlage eine Ausschussdrucksache vom 09.01., glaube ich, gehabt. Ich habe vor einer Viertelstunde einen neuen Entwurf vom Berufsschulkonzept vorgelegt bekommen,

(Vincent Kokert, CDU: Der ist an die Kreistagspräsidentin gegangen und nicht an den Landtag.)

den ich nicht sofort bewerten kann. Er ist an die Kreistagspräsidentin gegangen, nicht an den Landtag, wo er, denke ich, auch hingehört.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Deshalb können wir das kaum bewerten. Was ich auf den ersten Blick gesehen habe, ist gerade dieses heikle Thema der Schülerprognose.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Das ist auch der Knackpunkt, warum wir im Nachgang den Lehrbedarf neu ausfinanzieren mussten.

(Heike Polzin, SPD: Ach, hat man das tatsächlich gemacht? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Diese Punkte sind hier noch nicht geklärt und ich kann nur hoffen, dass recht kurzfristig dieses Konzept im Bereich der Berufsschulen auf den Weg gebracht wird, dass es nicht weiter ein Entwurf der Landesregierung bleibt, sondern endlich ein Konzept wird. Und dann wird uns natürlich interessieren, wie dieses Konzept im Zusammenwirken mit der kommunalen Ebene umgesetzt werden soll. Das ist nämlich das Interessante und ich hoffe nicht, dass das auf die lange Bank geschoben wird. Ich kann nur eindringlich dazu auffordern, und zwar in diesem Fall den Bildungsminister, dass er hier in der Lage ist, einen Dialog zu führen, um dieses Konzept erfolgreich umzusetzen,

(Heike Polzin, SPD: Jetzt ziehen Sie den Antrag zurück, ja?)

denn sonst – das sage ich Ihnen voraus – läuft uns die Zeit weg und Sie wissen, auch im Bereich der beruflichen Schulen ist enormer Handlungsbedarf aufgrund der demografischen Entwicklung.

Wir werden jetzt als Fraktion dieses Konzept noch einmal genauer unter die Lupe nehmen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und ziehe für die Fraktion den Antrag zurück. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Damit ist die vorgesehene Aussprache zum Tagesordnungspunkt hinfällig geworden.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Großbildleinwände zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in den Innenstädten von Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen, auf Drucksache 4/2124.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Großbildleinwände zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in den Innenstädten von Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen
– Drucksache 4/2124 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sind natürlich schneller, als ich gedacht habe. Da habe ich ja Glück gehabt, dass ich rechtzeitig reingekommen bin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So schnell geht das. –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ach, Herr Liskow, das haben wir doch gewusst. –
Gabriele Měšt'an, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja ein Ding! – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Nein, das habe ich leider nicht gewusst, das ist Zufall gewesen. Aber es geht jetzt um den Antrag. Der Antrag liegt Ihnen allen vor. Wir wissen, Deutschland hat eine Fußballweltmeisterschaft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Die Deutschen werden Weltmeister

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Oh, oh!)

oder sie haben es mindestens vor, denke ich mal.

(Heinz Müller, SPD: Sie werden es zumindest versuchen.)

Oder sie werden es versuchen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Holger Friedrich, SPD: Das ist aber jetzt kein Wahlversprechen.)

Nein, das ist kein Wahlversprechen.

Uns geht es eigentlich um Folgendes: Wir wissen, dass nicht alle Bürger in die Stadien kommen können,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und viele Städte und Gemeinden planen, Großbildleinwände aufzubauen. Da es in Greifswald ähnliche Bemühungen gibt, auf dem Marktplatz für die gesamte Zeit eine Großbildleinwand aufzustellen, sind mir die Probleme bekannt. Ich bin auch durch meine Bürgerschaft beauftragt worden, mich rechtlich darum zu kümmern. Ich habe mich mit einem Richter in Verbindung gesetzt und der Richter hat mir dann schriftlich bestätigt, dass unsere Verordnung hier im Lande, die Freizeitrichtlinie, nicht ausreichend ist. Das kann ich auch gern noch einmal den Gremien zur Verfügung stellen. Zu der Kleinen Anfrage, die ich im Vorfeld gestellt hatte, hatte sich das entsprechende Ministerium dazu geäußert, dass diese Richtlinie ausreichend ist. Daraufhin hatte ich sozusagen den Richter beauftragt, der dann sagte, diese Freizeitrichtlinie sei nicht ausreichend. Jetzt wissen wir, dass die Bundesregierung, das Innenministerium, einen Arbeitsentwurf zur

Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes, eine Verordnung über den Lärmschutz bei öffentlicher Sportfernsehdarbietung im Freien, erlassen möchte.

Ich bin davon ausgegangen, dass diese Richtlinie, wenn sie denn entsprechend verabschiedet wird, die entsprechenden Voraussetzungen schafft, um hier die rechtlichen Sicherheiten bereitzustellen, und habe diese Richtlinie weitergegeben. Dazu gibt es auch eine Stellungnahme des Städte- und Gemeindetages. Darauf schreibt mir dann der Richter: „Der Entwurf wird nun die veränderte Sportstättenverordnung auf Videoüberwachung analog anwenden. Das ist erforderlich, weil die Sportstättenverordnung ansonsten für unser Problem einer Leinwand auf dem Marktplatz bedeutungslos wäre. Ich halte diesen Vorstoß des Bundes derzeit grundsätzlich für unterstützens- und wünschenswert, will aber nicht verhehlen, dass die hierdurch entstehende Rechtslage auch nicht ganz unproblematisch ist. So arbeitet der Ordnungsgeber mit Begriffen wie öffentliches Interesse und betont mehrfach, das Interesse der Sportinteressierten und der Nachbarn gründlich abzuwägen.“ Also er ist der Meinung, hier gibt es immer noch Regelungsbedarf.

(Holger Friedrich, SPD: Ja, das ist es nämlich.
Man muss immer noch regulieren.)

Deswegen würde ich vorschlagen, weil das Interesse bei allen besteht, diese Videoveranstaltung auf den Märkten und öffentlichen Plätzen auch wirklich stattfinden zu lassen. Wir wissen, dass es Leute geben wird, die entsprechend dagegen arbeiten. Es gibt immer welche, deren Interesse nicht am Lärmschutz liegt.

(Heike Polzin, SPD: Wir wollen deregulieren. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich möchte vorschlagen, dass wir diesen Antrag, den wir gestellt haben, noch einmal in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen, um zu prüfen, ob die Verordnungen ausreichend sind und Handlungen vorzunehmen sind, die die Rechtssicherheit geben. Darum würde ich bitten und beantrage einfach, diesen Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Liskow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Umwelt Herr Professor Dr. Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Liskow, ich bin mir gar nicht sicher, ob die Rechtsauskunft, die Sie erteilt beziehungsweise eingeholt haben, so rechtmäßig war, aber das möchte ich nicht weiter thematisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vorbereitungen zur Fußballweltmeisterschaft 2006 laufen überall in Deutschland auf vollen Touren. In unserem Land finden zwar leider keine Fußballweltmeisterschaftsspiele statt, wohl aber ist geplant, in unseren größeren Städten die

öffentliche Liveübertragung dieses bedeutsamen Sportereignisses auf Großbildleinwänden vorzunehmen. Das heißt, dass während der Zeit der Weltmeisterschaft vom 9. Juni bis zum 9. Juli öffentliche Übertragungen in Innenstädten stattfinden werden. Diese Übertragungen werden aufgrund der angesetzten Spielzeiten bis in die Nachtstunden, also auch nach 22.00 Uhr stattfinden. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, im Wege einer Rechtsverordnung nach Paragraph 23 Absatz 2 Satz 1 Bundesimmissionsschutzgesetz sicherzustellen, dass öffentliche Übertragungen von WM-Spielen zur Nachtzeit möglich sind. Dies soll insbesondere durch die Verlängerung der Tagzeit um eine Stunde auf 23.00 Uhr erreicht werden. Ohne Landesverordnung gäbe es hierfür keinen rechtlichen Rahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Antrag geht in mehrfacher Hinsicht von unzutreffenden Annahmen aus und ist aus unserer Sicht deshalb abzulehnen. Es wäre eine völlig unnötige Regulierung, die Ihrem und unserem Willen zur Deregulierung – dort, wo sie möglich und sinnvoll ist – zuwiderlaufen würde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich will das im Folgenden begründen:

Erstens ist eine generelle Betriebszeitenbegrenzung völlig ungeeignet und auch rechtlich nicht haltbar. Sie würde weder dem Nachbarschutz noch dem berechtigten Interesse der Zuschauer gerecht werden. Auch in der WM-bedingten Novelle der Sportanlagenlärmschutzverordnung – das ist die 18. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz, auf die im Antrag Bezug genommen wird – findet sich nichts Derartiges. Es wurden weder Vorgaben für die Einzelheiten in den Immissionswerten noch für die maximale Anzahl der seltenen Ereignisse gemacht. Der Umfang und die Zulässigkeit der weitergehenden Ausnahmen sind in jedem Einzelfall von der Behörde zu ermitteln und begründet festzulegen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Liskow?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, ich würde aber zuerst gern diese Ausführungen beenden und dann gern.

Zweitens bereitet der Bund gegenwärtig – und ich gehe davon aus, dass Sie das wissen – ebenfalls eine Verordnung über den Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien über die Fußballweltmeisterschaft 2006 vor. Ein entsprechender Entwurf wurde den Ländern bereits zur Stellungnahme übergeben. In dem Entwurf zur Lärmschutzverordnung werden die Vorschriften einschließlich der Ausnahmemöglichkeiten der oben erläuterten Sportanlagen aufgegriffen. Da der Bund von seiner Verordnungsermächtigung nach Paragraph 23 Absatz 1 Bundesimmissionsschutzgesetz in abschließender Weise Gebrauch macht und mit der Verabschiedung dieser Verordnung sicher zu rechnen ist – ich wüsste nicht, wer dagegen auftreten will –, tritt eine Sperrwirkung ein. Das heißt, für die Landesregierung besteht daher gar keine Möglichkeit, eine Landesverordnung zu erlassen, wenn die Bundesregierung eine diesbezügliche Verordnung erlässt.

Drittens könnten, selbst wenn der Erlass einer Bundesverordnung scheitern würde, die geplanten öffentlichen Übertragungen angemessen reglementiert werden. Wie

bereits in der Beantwortung der diesbezüglichen Kleinen Anfrage auf der Drucksache 4/1948 vom 28. Dezember 2005 dargelegt, fallen Veranstaltungen im Freien, wie die öffentlichen Übertragungen auf Großbildleinwänden, in den Anwendungsbereich der in Mecklenburg-Vorpommern geltenden Freizeitlärmrichtlinie, veröffentlicht im Amtsblatt Mecklenburg-Vorpommern 1998, Seite 960. So sieht diese Richtlinie vor, Ereignisse von herausragender Bedeutung besonders zu würdigen und damit über den allgemein gültigen Maßstab sowohl hinsichtlich der Anzahl der seltenen Ereignisse als auch der vorgegebenen Immissionswerte hinauszugehen. Die Freizeitlärmrichtlinie unseres Landes hat sich in den vergangenen Jahren bereits mehrfach bei der Durchführung von Großveranstaltungen wie der Hanse Sail in Rostock, dem Schwedenfest in Wismar oder den Wallensteinfestspielen in Stralsund bestens bewährt. Mir ist nicht bekannt, dass auf dieser Basis nicht gehandelt werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und dass dort eine viel größere Anzahl von Menschen zusammenkam, als vor einem Großbildschirm zu erwarten ist, das ist wohl allen bekannt.

Dabei ist letztendlich die Standortsituation in jedem Einzelfall ausschlaggebend für das Maß der zumutbaren Geräuscheinwirkungen und damit für die erforderlichen technischen Minderungsmaßnahmen beziehungsweise Betriebszeiteinschränkungen. Bereits im Dezember vergangenen Jahres wurde mit den Immissionsschutzbehörden des Landes eine Beratung zur lärmfachlichen Behandlung von Freiluftveranstaltungen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 durchgeführt. In der Beratung wurden Eckpunkte für die lärmfachliche Beurteilung und Ermessensausübung diskutiert und den Immissionsschutzbehörden, das sind unsere Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur, als Arbeitshilfe an die Hand gegeben. Sie sehen, wir sind bestens vorbereitet auf solche Anträge, wenn sie gestellt werden.

Erforderliche technische und organisatorische Anforderungen einschließlich der Vorgaben von einzuhaltenden Immissionswerten und Betriebszeitenregelungen für die jeweiligen Übertragungsstandorte werden im Zusammenhang mit den erforderlichen Genehmigungen der Sondernutzung für Freilichtbühnen erteilt. Mit Gaststätten werden rechtliche Gestattungen für Ausschankstätten abgestimmt, falls es das Bedürfnis gibt, dazu Bier zu trinken. Wie Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unser Land bestens vorbereitet auf die Fußballweltmeisterschaft,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

auf die damit im Zusammenhang stehenden Lärmprobleme, und wir meinen, dieses braucht keinen Erlass einer weiteren Rechtsvorschrift. Ich denke, dass ich das ausreichend begründet habe. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Der Abgeordnete Liskow hat signalisiert, dass er noch einmal sein Rederecht in Anspruch nimmt und daher jetzt auf die Fragestellung verzichtet.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Detlef Müller von der Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Fußballfreunde! Nachdem ich als Fußballfan und auch als Landesfußballfunktionär mittlerweile den Schmerz überwunden habe, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern leider keinen Spielort bei der WM haben, um die Fußballweltmeisterschaft mitzerleben, bin ich immer noch davon überzeugt und glaube, wir hätten es in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere in Rostock verdient gehabt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –
Torsten Renz, CDU: Richtig!)

Leider war die Lobby unseres Landes und insbesondere unseres Landesfußballverbandes zu klein. Insofern ist es uns leider nicht vergönnt, hier in unserem Land direkt an der Weltmeisterschaft teilzuhaben. Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich sehr froh, dass in vielen Städten und Gemeinden die Absicht geboren wurde, zur Weltmeisterschaft Großbildleinwände aufzustellen, um original die Möglichkeit zu haben, an zentralen Plätzen ...

(Angelika Peters, SPD: Das machen die schon! Das bereiten die schon vor.)

Das wird schon vorbereitet, genau, sicherlich auch auf der Insel Rügen, keine Frage, Frau Peters.

Viele sind dabei, solche Großbildleinwände zu ordern und aufzustellen. Insofern, glaube ich, wird es viele Veranstaltungen in der Zeit der Fußballweltmeisterschaft hier in unserem Land geben und viele Leinwände werden die Spiele übertragen. Allerdings ist es jetzt schon schwierig, überhaupt noch eine Großbildleinwand zu bekommen, und auch Projektoren und so weiter sind relativ vergriffen.

Ich glaube, dass es mit diesen Veranstaltungen aber trotzdem gelingen wird, das Fußballfieber und die Atmosphäre, die so eine Fußballweltmeisterschaft mit sich bringt, hier in unserem Land anzuheizen. Darum, sehr geehrter Herr Kollege Liskow, war ich auch sehr froh, als Sie die Kleine Anfrage gestellt haben, ob wirklich rechtlich alles in Ordnung ist, wenn es darum geht, diese Großbildleinwände aufzustellen. Ich habe mich sehr gefreut über Ihre Kleine Anfrage und weil die sicherlich nicht jeder präsent hat, will ich einfach noch einmal die Frage stellen, die Sie gestellt haben, wenn ich darf. Ich zitiere: „Welche bestehenden rechtlichen Probleme bzw. Konfliktpotenziale, vor allem im Hinblick auf die Lärmschutzverordnung, sieht die Landesregierung im Zusammenhang mit der zu erwartenden Anzahl an Veranstaltungen?“ Das war die Frage. Die Antwort durch die Landesregierung lautete: „Keine.“ Damit, glaube ich, ist Ihre Frage beantwortet und meine Sorge ist ausgeräumt. Ich glaube, auch das, was der Herr Minister ausgeführt hat, trägt dazu bei, dass wir uns hier keine Sorgen machen müssen.

(Zuruf von Hans-Heinrich Jarchow, SPD)

Und wenn Sie sagen, Sie haben einen Richter beauftragt, der das noch einmal rechtlich beleuchtet hat, kann ich nur sagen, ohne den Juristen, die hier im Saal sind, zu nahe zu treten, ...

(Torsten Renz, CDU: Na, na!)

Mit den Juristen ist das ja immer so eine Sache.

... ich glaube hier der Landesregierung und die sagt, es gibt keine Bedenken.

Herr Kollege Liskow, die umstrittenste Fußballregel ist die Abseitsregelung und ich glaube, Sie stehen mit Ihrem Antrag im Abseits. Insofern ziehen Sie ihn einfach zurück! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Jawohl! Wer im Abseits weiterspielt, kriegt 'ne gelbe Karte!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU erbeten.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister! Ich wollte heute bewusst keinen politischen Antrag stellen. Ich habe auch bewusst versucht, hier noch einmal eine Überweisung anzustreben, nicht weil ich der Meinung bin, wir müssen hier Polemik machen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Mir geht es wirklich allein darum,

(Heike Polzin, SPD: Wir haben nur fußballpolitisch gesprochen.)

dass wir diese Veranstaltungen auf den Märkten und öffentlichen Plätzen auch gewährleisten können. Jeder, der sich damit beschäftigt, weiß, dass so eine Leinwand sehr viel Geld kostet. Das sind nicht nur 5.000 oder 10.000 Euro. Das geht in die Hunderttausende Euro

(Holger Friedrich, SPD: So viel auch nicht!)

Ja, mindestens an die Hunderttausend oder darüber hinweg, wenn man für die gesamte Zeit so eine Leinwand aufstellen will.

(Holger Friedrich, SPD: Na ja.)

In vielen Städten wird dieses über Sponsoring gemacht. Dass wir eine Rechtssicherheit brauchen auch für diese Leute, ist doch selbstverständlich.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Das ist so.)

Nur in diesem Zusammenhang habe ich einen Richter gebeten, der nachher höchstwahrscheinlich auch urteilen oder bewerten muss, ob er mal raufguckt auf diese Richtlinie. Und der hat uns gesagt, diese Landesverordnung reicht nicht.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Jetzt war ich glücklich und froh, dass es diese Bundesverordnung geben soll, die nichts mit Deregulierung oder Regulierung zu tun hat, sondern die ist befristet für einen Monat.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Das haben Sie doch aber gewusst, Herr Liskow!)

Genau so, für einen Monat und das ist auch richtig. Danach tritt sie wieder außer Kraft.

(Beate Mahr, SPD: Ja.)

Jetzt sagt dieser Richter, dem ich auch diese noch einmal gegeben habe zum Prüfen nach der Stellungnahme des Städte- und Gemeindetages, auch hier gibt es noch Regelungsbedarf. Er schreibt: „Ich halte eine noch besse-

re, an die Bedürfnisse der Kommunen in M-V angepasste Verordnung für die WM als empfehlenswert.“ Nur wegen dieses Satzes habe ich gesagt, lasst es uns noch einmal in die entsprechenden Fachausschüsse überweisen, um nachzudenken, können wir die Rechtssicherheit schaffen. Es geht nicht darum, hier Polemik zu machen, um bestimmte Sachen noch einmal in den Vordergrund zu stellen. Es geht einfach um die Sache. Es geht um die Fußballer, um dieses große Ereignis und das haben wir sehr selten.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Alle vier Jahre.)

Um mehr geht es nicht. Deswegen bitte ich einfach, auch wenn Sie heute hier dieser Überweisung nicht zustimmen können, vielleicht können sich noch einmal die entsprechenden Ministerien mit dieser Sache auseinandersetzen, noch einmal prüfen. Ich bin gerne bereit, diese Ausführungen zur Verfügung zu stellen, Herr Minister, und dann können Sie das hausintern noch einmal prüfen, ob da etwas dran ist oder nicht. Mir geht es wirklich nur um die Sache. Mir geht es nicht darum, dass wir hier Schelte an die Landesregierung verteilen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Liskow.

Ums Wort hat jetzt noch einmal der Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern gebeten. Bitte, Herr Professor Dr. Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht unterstellt, dass Sie nicht sachlich argumentiert hätten, ich habe nur dargestellt, dass aus unserer Sicht diese Regulierung nicht erforderlich ist. Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Ich bin der für die oberste Immissionsschutzbehörde zuständige Minister und wenn ich die Kleine Anfrage entsprechend beantwortet habe, können Sie davon ausgehen, dass wir dieses verantwortungsvoll getan haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

übrigens natürlich in Abstimmung mit dem Justizministerium. Dass Richter und Rechtsanwälte hin und wieder eine unterschiedliche Auffassung haben, ist klar. Aber Genehmigungen werden zunächst nicht von Rechtsanwälten erteilt, sondern von Behörden.

(Holger Friedrich, SPD: Ja.)

Dieses wird nur in Zweifel gestellt, wenn jemand mit Erfolg klagen kann, und dieses kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Ich bin gern bereit, Herr Liskow, Ihre Hinweise entgegenzunehmen. Ich will auch nicht darüber reden, ob dieser Richter richtig gehandelt hat, ich würde mich auf jeden Fall in der Sache damit beschäftigen. Einen Verweis in die Ausschüsse würde ich übrigens auch aus Zeitgründen nicht für sehr sinnvoll halten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Anfrage?

(Egbert Liskow, CDU: Darf ich
noch mal nach vorne? – Unruhe
bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Frage
oder was? – Egbert Liskow, CDU: Nein, nein.)

Also offensichtlich geht es jetzt nicht um eine Frage.

(Heinz Müller, SPD: Was ist denn hier los?)

Wir haben jetzt noch eine Rednerin. Herr Liskow hat signalisiert, dass er danach nochmals sprechen möchte.

Dann bitte ich jetzt als Nächste die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der Linkspartei.PDS ans Mikrofon.

(Harry Glawe, CDU: Lorenz, lauf jetzt nicht weg!)

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wirft ihre Schatten vorzeitig auf Mecklenburg-Vorpommern, und damit meine ich nicht nur die miserablen Spielergebnisse der bundesdeutschen Mannschaften in der Champions League.

(Heiterkeit und Zuruf von
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich meine, vielleicht ist es auch ganz gut, wenn keine Leinwandwände aufgestellt werden, keine Großbildleinwände,

(Heinz Müller, SPD: Wenn
man das Elend nicht sieht.)

denn wenn es nachher um den kollektiven Katzenjammer geht, weil die bundesdeutsche Mannschaft so früh ausgeschieden ist, ist es vielleicht auch nicht so schlimm.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Wie kann man nur so pessimistisch sein! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aber nein, ernsthaft, ernsthaft.

Dank der Oppositionsfraktion und sicher auch dank des beginnenden Wahlkampfes werden hier Probleme herbeigeredet und diskutiert, die so gar nicht vorhanden sind.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Da staunt der politische Laie und die Fachleute wundern sich, dass gerade aus den Reihen der CDU der Ruf nach einer speziellen Richtlinie für vier Wochen für Mecklenburg-Vorpommern kommt, obwohl gerade von mir aus rechts gesehen der Ruf nach Deregulierung und nach Entscheidungen vor Ort und nach Vertrauen in Entscheidungen vor Ort eigentlich immer so laut ergeht. Da der Bund für vier Wochen eine Richtlinie erlässt, denke ich, wird es schon so sein, dass der Minister Recht hat, wenn er sagt, er hat es alles abgeprüft im Dezember schon und jetzt noch einmal in Vorbereitung auf die Rede, dass die im Land seit Jahren geltende Freizeitlärmrichtlinie ausreichend ist, über die Aufstellung dieser Großbildleinwände zu entscheiden. Deswegen hat sich mir der Sinn des CDU-Antrages auch nach mehrfachem Lesen wirklich nicht erschlossen. Wie gesagt, der Umweltminister ist in seiner Rede ausführlich darauf eingegangen. Er hat noch einmal in einem Nachsatz betont, dass rechtlich alles abgeprüft ist, und deswegen bestätigt meine Fraktion ihre ablehnende Haltung zu diesem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schwebs.

Das Wort hat jetzt Herr Caffier von der Fraktion der CDU.

(Norbert Baunach, SPD: Jetzt willst du wohl noch den Bundestrainer zitieren, was Lorenz?!)

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Frau Schwebs, den umweltpolitischen Sachverstand spreche Ihnen unter gar keinen Umständen ab. Beim sportpolitischen halte ich mich da beispielsweise lieber

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wirst du wohl! Wirst du wohl! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

an meinen Kollegen Bluhm oder an den Kollegen Baunach. Was wir alle gemeinsam wollen, ist eine Rechtssicherheit,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das gewinnen sie trotzdem nicht.)

dass jeder das Vergnügen wahrnehmen kann, die Fußball-WM – möglichst lange mit deutscher Beteiligung – anschauen zu können, nach Möglichkeit auch in Gemeinschaft. Dass das auch mit ein bisschen Lautstärke verbunden ist, ist vollkommen natürlich, und das wollen wir mit einer Rechtssicherheit verbinden. Der Umweltminister hat uns erklärt, die Fachaufsichtsbehörde und er haben alles eingehend geprüft und, wie sagt man so schön, er hat alles im Griff. Und weil er erklärt hat, dass er alles im Griff hat, und wir auf sein Wort vertrauen, ziehen wir unseren Antrag zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Harry Glawe, CDU: Genau. –
Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen ohnehin nicht vor. Da der Antrag soeben zurückgezogen wurde, erübrigt sich auch eine Abstimmung.

Mir ist seitens der Fraktion der CDU ein Geschäftsordnungsantrag signalisiert worden, der ist auch zurückgezogen worden. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich berufe die nächste Sitzung

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Seid doch mal ruhig! – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Sonst wissen wir ja gar nicht, wann wir uns hier wieder treffen müssen!)

des Landtages auf Freitag, den 10. März, 9.00 Uhr ein. Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 16.36 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Kerstin Fiedler-Wilhelm, Klaus Mohr, Wolfgang Riemann und Gesine Skrzepski.